Nr. 232.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis pränum.: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg., Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

13. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 3. Oktober 1896. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Rückläufig

scheinen die Wässer zu werden, auf denen der „Bund der Landwirthe" erst daherschoß, dann dahertrieb. Nicht als ob sich in dem „Nothstand" der deutschen Landwirthschaft etwas geändert hätte! Im Gegentheil. Die wirthschaftlichen Verhältnisse, die das Reden von einem Nothstand rechtfertigten, sie bestehen heute noch, wie vor Jahren, und sie werden wohl auch noch morgen oder übermorgen zu finden sein. Aber die Annahme und Ansicht, daß das Streben der deutschen Landwirthe, ihre wirthschaftliche Lage zu verbessern, in dem „Bund der Landwirthe" seine entsprechende politische Verkörperung erfahren, erweist sich mehr und mehr als bloße Fiktion, nicht blos bei der übrigen unbetheiligten Menschheit, sondern auch bei bisherigen Bundesmitgliedern selbst.

Wer sich die letzten Jahresabschlüsse des Bundes etwas genauer angesehen, fand die Thatsache, daß sich die Zahl der Mitglieder im ganzen genommen nicht vermehrt hat. Nicht vermehrt, ist vielleicht noch zu milde ausgedrückt. Da einerseits die Zahl der rückständigen Beiträge eine große ist, andererseits viele Leute nur beigetreten sind, um ein Geschäft zu machen, weiß wohl die Bundesleitung selbst nicht, wie viel wirkliche Landwirthe unter ihrem Kommando stehen. Und wenn Stillstand Rückschritt bedeutet, so trifft das hier beim Bunde zu. Eine Bewegung, deren Stoßkraft schon nach wenigen Jahren erlahmt, trotzdem bei ihrer Inszenirung die reichsten Grundbesitzer und einflußreichsten Verwaltungsbeamten Pathe gestanden, war eben keine Nothwendigkeit, und eine politisch-wirthschaftliche Vereinigung, deren Ausbreitungsfähigkeit schon schwindet, kaum daß sie geboren, hatte wohl von allem Anfang an zu wenig Racketensatz.

Ein zweites äußeres Merkmal des Niedergangs bildet das Riesendefizit der „Deutschen Tageszeitung". Wohl, dieses Blatt ist formell nicht das eigentliche Organ des Bundes, aber seine Gründer und Leser sind die Wohlhabendsten innerhalb der Vereinigung. Und wenn es nicht einmal sie auf einen grünen Zweig bringen können, dann muß doch etwas faul sein im „Staate". Es mag weiter ein Bockstreich gewesen sein, einen Oberlehrer zum Vorbeter einer Agrarier-Gemeinde zu bestellen. Aber seit wann ist denn ein Redakteur im stande, eine gesunde, lebensfähige, politische und wirthschaftliche Bewegung zu ruiniren?

Der „Bund der Landwirthe" hat sich schier an allen Nachwahlen, die zum Reichstag nöthig wurden, betheiligt. Und mit aller Macht. Es werden Unsummen genannt, die man auf die Agitation verwandt. Einen Erfolg aber hat er nicht erzielt. Seine Kandidaten sind allerorts durchgefallen, durchgerasselt mit Pauken und Trompeten.

Wenn man die Plötz-Konsorten so reden hörte, so konnte man meinen, sie hätten auch die ganze konservative Partei in der Tasche. Nun, auch die Geschichte scheint einen Haken zu haben. Seltener und seltener nickt die „Kreuz-Zeitung" den Bündlern zustimmend zu, und ihre Lobsprüche gar haben einen Stich ins Essig-Saure. Das Organ der schlesischen Großgrundbesitzer meint, es sei am besten, den Antrag Kanitz ruhen zu lassen, und der konservative Führer im Reichstage erklärt ganz unwirsch, es sei ihm nicht im Traum eingefallen, zum Agrarkongreß nach Budapest zu pilgern. Das Vorgehen der Großgrundbesitzer, die die konservative Partei leiten, ist leicht erklärlich. Sie haben aus dem Bunde geholt, was aus ihm zu holen war. Die meisten der „kleinen Mittel", für deren Anwendung er eintrat, sind bewilligt, die Großen, und nur sie allein, werden daraus Vortheil ziehen. Gegen den Antrag Kanitz aber sind die Industrie und andere Faktoren, in Sachen der Doppelwährung ist Deutschland allein nicht entscheidend, hier erscheint es nur als ein Gebot der Klugheit, einige Löcher zurückzustecken; in der Noth frißt auch der Junker Fliegen. Ganz abkoppeln wird man die Bündler deshalb noch nicht. Zu schreien verstehen sie ja und zu Schein- und Ablenkungsmanövern sind sie auch noch zu gebrauchen.

Mit dem Abkühlungsprozeß auf der einen Seite erscheint gleichzeitig eine Abbröckelung auf dem anderen Flügel. In der letzten Zeit haben sich im tiefsten Ostelbien Bauernvereinigungen konstituirt, und ihre Sprecher haben sich scharf und direkt gegen die Ziele und Agitationsweise des „Bundes der Landwirthe" erklärt. Diese Thatsache wiegt um so schwerer, als ein großer Theil der jetzigen Bundesgegner früher Mitglieder des Plötz-Bundes gewesen sind. Vielleicht zerfällt auch der ganze Bund wieder in verschiedene Bauernvereinigungen, aus denen er ja entstanden ist. Natürlicher und zweckentsprechender wäre eine derartige Entwickelung, als eine Vereinigung, in der Latifundienherren und Kuhbauern, Roggenproduzenten und Zuckerindustrielle, Spiritusbrenner und Molkerei-Genossenschaftler durcheinander sitzen.

Aber nicht blos in seiner Heimath, in Preußen und Norddeutschland, ist der Nimbus des „Bundes der Landwirthe" im Schwinden, auch jenseits des Maines traut man ihm sozusagen nicht mehr über den Weg. Vor Jahr und Tag sah es noch aus, als wollten die bayerischen Bauernvereinigungen mit fliegenden Fahnen zum Heerhaufen des Bundes stoßen. Die Niederbayern und Franken wählten den Freiherrn von Thüngen, einen Hauptbündler zum Führer, und auf allen Vereinsversammlungen machte der Kuckuck-Kenner, Brauer, „Bauer" und Reichstags-Abgeordneter Lutz den Hauptredner. Heute hat sich das Blättlein vollständig gewendet. Die Niederbayern haben sich mit den Oberbayern geeinigt, und an die Spitze der Vereinigung werden Männer treten, die in politischer Beziehung auf demokratischem Boden stehen.

Die Leitung des „Bundes der Landwirthe" muß es wohl selbst fühlen, daß ihre Stellung unsicher zu werden beginnt. Ansonst könnte man ihre Theilnahme an dem Budapester Agrarkongreß nicht gut erklären. Warum schrie man denn nach den Getreidezöllen? Um der vaterländischen Landwirthschaft auf die Beine zu helfen. Zu welchem Zweck wurde der „Bund der Landwirthe" gegründet? Um die Forderungen der deutschen Landwirthe zu vertreten und durchzusetzen. Wer wetterte am schärfsten gegen die Handelsverträge. Der Bund. Und weshalb? Sie sollten die deutsche Landwirthschaft schädigen. Und die Leiter desselben Bundes gehen jetzt außer Landes, berathen mit den Konkurrenz-Agrariern von ganz Europa — es waren auch französische Erbfeinde darunter —, wie der Landwirthschaft überhaupt zu helfen wäre, und stimmen mit voller Kehle in den Ruf ein: „Agrarier aller Länder, vereinigt Euch! Wenn das nicht ein Widerspruch ist, dann ist der Leiter der „Deutschen Tageszeitung" der erste Landwirth des Jahrhunderts. Wenn aus einem radaupatriotischen Bündler so schnell ein internationaler werden kann, wie steht es dann mit der Festigkeit der übrigen Bundesprinzipien? Wie viel Häute haben die Herren überhaupt zur Verfügung? Der Agrarkongreß zeitigte übrigens auch nicht das kleinste Resultat. Es wurde hin- und hergeredet, und dann ging man wieder nach Hause. Es ist ein starkes Stück der „teutschen Wahrhaftigkeit", aus diesem Nichts einen Sieg auf der ganzen Linie zu machen.

Der „Bund der Landwirthe" hat sich agitatorisch völlig ausgegeben. Wie es mit ihm steht, zeigt am besten die Thatsache, daß er jetzt mit dem Pieps krebsen geht, den die galizischen und russischen Hühner nach Deutschland bringen sollen. Eine politische Partei, die auf den Hühner-Pieps gekommen ist — die Pleite kann nicht schlecht werden!

Politische Uebersicht.

Berlin, 2. Oktober.

Der Anarchist Machner, dessen Name in letzter Zeit, aus Anlaß seiner Inhaftirungen in Stettin, Kopenhagen und später wieder in Stettin, viel in der Presse genannt wurde, will auf seiner Reise und deren unfreiwilligen Unterbrechungen eine Anzahl interessanter Erlebnisse gehabt haben, über welche uns eine recht drastische Schilderung zugegangen ist. Machner wurde auf dem Dampfer „Melchior" mit Polizeibegleitung von Kopen-

---

87]

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Kind," sagte Rienzi, auf die Todten zeigend, „gesegnet bist Du, der Du nicht das Blut eines Verwandten zu rächen hast! Wer es zu rächen hat, für den kommt früher oder später die Stunde, und es ist eine schreckliche Stunde!"

Diese Worte machten tiefen Eindruck auf das Gemüth Angelo's und sie bewährten sich in späterer Zeit als Worte der Vorbedeutung für den, der sie gesprochen, und für den, der sie gehört hatte.

Als Rienzi noch um sich her das Jammern der Wittwen und Mütter der Erschlagenen, das Todesstöhnen der Sterbenden, die Ermahnungen der Mönche, vermischt mit Tönen der Freude und des Triumphes hörte, erhoben die Weiber und die Nachzügler auf dem Schlachtfelde außerhalb plötzlich das Geschrei: „Der Feind! der Feind!"

„Zu Euren Schwertern!" rief der Tribun, „ordnet Euch schnell. Aber sie können nicht so verwegen sein."

Man hörte das Getrampel von Pferden, das Schmettern einer Trompete, und jetzt sprengten einige dreißig Reiter durch das Thor.

„Eure Bogen," rief der Tribun vordringend, „aber halt, der Führer ist unbewaffnet, es ist unser eigenes Banner! Bei der heiligen Mutter, es ist unser Gesandter nach Neapel, der Ritter Adrian di Castello!" —

Athemlos und mit Staub bedeckt hielt Adrian an dem schlammigen Wasser, das durch das Blatt seiner Verwandten geröthet war und ihre bleichen Todesgesichter starrten ihn an.

„Zu spät! Ach schreckliches Schicksal! Unglückliches Rom!"

„Sie fielen in die Grube, die sie selbst gegraben hatten," sagte der Tribun mit fester, aber hohler Stimme, „edler Adrian, hätte doch Dein Rath dies verhindert."

„Fort, stolzer Mann, fort!" sagte Adrian, ungeduldig mit der Hand winkend, „Du solltest das Leben der Römer beschützen und — o, Gianni! — Pietro! — konnte edle Geburt, der Ruhm und Deine Jugend, unglücklicher Jüngling — konnte dieses Euch nicht retten!"

„Entschuldigt ihn, meine Freunde!" sagte der Tribun zu den Umstehenden. „Er kennt noch nicht ganz ihre Schuld — zurück, — ich bitte Euch. Ich werde ihn beruhigen!"

Adrian wäre großer Gefahr ausgesetzt gewesen, wenn der Tribun diese Worte nicht gesprochen hätte. Und als der junge Ritter jetzt abgestiegen war und sich über seine todten Verwandten beugte, übergab auch der Tribun sein Pferd dem Schildknappen, näherte sich und zog den widerstrebenden Adrian bei Seite.

„Junger Freund," sagte er traurig, „mein Herz blutet für Dich, aber bedenke, das Volk ist noch in der ersten Wuth, sei vorsichtig!"

„Vorsichtig!"

„Still — bei meiner Ehre, diese Männer waren Eures Namens unwürdig. Zweimal meineidig — einmal meine Mörder gegen mich dingend — zweimal Rebellen — hört mich an!"

„Tribun, ich frage nicht nach den Gründen dessen, was ich sehe — mögen sie ihren Tod verdient haben, oder nicht. Aber es kann von jetzt ab kein Friede mehr sein zwischen dem Vernichter meines Geschlechtes und mir."

„Willst Du auch meineidig werden? Gedenke Deines Eides! Komm, komm, ich höre Deine Worte nicht! Fasse Dich — ziehe Dich zurück, und wenn Du nach drei Tagen mir einen anderen Vorwurf als den unvorsichtiger Nachsicht machen kannst, so entbinde ich Dich Deines Eides und gestatte Dir, mir als Feind gegenüberzutreten. Das Volk beobachtet uns mißtrauisch — noch eine Minute, und ich kann Dich nicht mehr retten."

Die Gefühle des jungen Patriziers waren der Art, daß sie sich kaum beschreiben lassen. Er hatte nie lange unter seinen Verwandten gelebt, und auch nur der gewöhnlichen Rücksichten sich von ihnen zu erfreuen gehabt. Aber Verwandtschaft bleibt immer Verwandtschaft! und da lag, dem schrecklichen Schicksale des Krieges als Opfer gefallen, die Blüthe und Hoffnung seines Geschlechts. Er fühlte, daß er dem Tribunen nichts erwidern konnte; schon der Ort, wo seine Verwandten ihren Tod gefunden, bewies, daß sie in dem Angriff gegen ihre Mitbürger gefallen waren. Er sympathisirte nicht mit ihrer Sache, aber mit ihrem Schicksal. Und die Rache, die Wuth war ihm untersagt, um desto mehr mußte Schmerz und Trauer ihn erfüllen. Er schwieg und blickte auf die Todten, während große Thränen seine Wangen hinabströmten und seine Stellung so rührend war, daß die zuerst unwillige Menge jetzt Mitleid mit ihm fühlte. Endlich schien er wieder zu sich zu kommen. Er wendete sich gegen Rienzi und sagte mit zitternder Stimme: „Tribun, ich tadle Euch nicht, ich klage Euch nicht an. Wenn Ihr gefehlt habt, so wird der Himmel das Blut mit Blut sühnen. Ich trete Euch nicht als Feind gegenüber. Ihr habt recht, mein Eid untersagt es mir, und wenn Ihr gut regiert, so kann ich mich erinnern, daß ich ein Römer bin. Aber seht jene blutenden Leichen! Wir sind geschieden! Eure Schwester — — Gott behüte sie — zwischen ihr und mir liegt ein tiefer Abgrund!"

Der junge Mann schwieg, durch seine Gefühle überwältigt, einige Augenblicke, darauf fuhr er fort: „Diese Papiere enthalten den Erfolg meiner Sendung. Fahnenträger! legt das Banner der Republik nieder. Tribun — sage weiter nichts — ich möchte ruhig bleiben — ruhig! Und so — lebe wohl, Rom."

Indem er noch einen Blick auf die Leichen warf, sprang er auf sein Pferd und verschwand bald mit seinen Reitern unter dem Thor.

Der Tribun hatte nicht versucht, ihn aufzuhalten, hatte ihn nicht unterbrochen. Er fühlte, daß der junge Patrizier gehandelt hatte, wie er nicht anders konnte und durfte. Er folgte ihm mit seinen Blicken, so lange er sichtbar blieb.

„Und so," sprach er traurig, „raubt mir also das Geschick meinen treuesten Freund und meinen aufrichtigsten Rathgeber, Rom verlor nie einen edleren Bürger!"

(Fortsetzung folgt.)

hagen nach Stettin zurückgebracht und hier von der Hermandad in Empfang genommen. Neben diversen anderen Abenteuern will nun Machner in Stettin auch eine Unterredung mit dem Herrn Polizeikommissar Bösel aus Berlin gehabt haben, in deren Verlauf der Beamte den Machner über seine Beziehungen und Parteifreunde auszuhorchen versuchte und ihn schließlich frug, ob er (Machner) im Dienste irgend einer Behörde stehe. Weiter soll der Kommissar den Machner angeboten haben, insofern in den Dienst der Polizei zu treten, als er nach London gehen und von dort gegen Bezahlung Berichte über die anarchistische Bewegung schicken sollte. Machner ging zum Schein auf den Vorschlag ein und will er sofort 10 M. erhalten haben, womit er die Reisekosten nach Berlin bestritt. Der Anarchist blieb in Berlin in Verbindung mit dem Kommissar, unterrichtete aber zugleich seine näheren Freunde von seinem Abenteuer. Letztere fabrizirten schließlich auch einen „Bericht" über die anarchistische Bewegung in Berlin, der dem Herrn Kommissar zuging und diesen sehr befriedigt zu haben scheint. Zu einem Rendezvous in der Fischkosthalle in der Ausstellung in Treptow, welches zwischen dem Kommissar und Machner verabredet war, hatte letzterer auch mehrere seiner Freunde geladen, bei deren plötzlichem Auftauchen dann dem Kommissar erklärlicherweise die Lust verging, die Unterhaltung weiter fortzusetzen.

Sind die Angaben Machner's richtig, so verlangte der Kommissar in den Berichten Mittheilung wahrheitsgetreuer Thatsachen über den Stand der Bewegung und vor allem über die Anhänger der „Propaganda der That", unter ausdrücklicher Verwarnung, als agent provocateur thätig zu sein. Ueber die Berliner Anarchisten soll sich der Herr Kommissar wenig zufrieden gezeigt haben. Die Schreibweise des „Sozialist" sei nicht zweckmäßig, für ein Blatt, wie die seinerzeit in London erschienene „Autonomie", hätte, nach Machner, Herr Bösel mehr Respekt. Als Machner die Bemerkung machte, ob man denn die anarchistische Bewegung zu grunde richten wolle, will er vom Herrn Kommissar die Antwort gehört haben: „Um Gottes willen nicht, da gäbe es ja für uns nichts mehr zu thun!"

Machner weiß auch sonst noch manche interessante Einzelheit zu erzählen. Wie viel an der ganzen Darstellung Wahrheit, was Dichtung ist, werden wir wohl später vor Gericht erfahren, da der „Sozialist", der die Machner'sche Affäre sehr eingehend darstellt, konfiszirt worden ist. —

Eine merkwürdige Konfiskation. Die heutige Nummer des „Sozialist" ist, wie wir erfahren, heute konfiszirt worden. Wir haben die Nummer vom ersten bis zum letzten Worte genau durchgelesen und haben keine Stelle entdecken können, die nach unseren Kenntnissen eine Konfiskation rechtfertigen könnte, sodaß nur die Annahme bleibt, daß der Artikel über die unglücklichen Erlebnisse des Polizeikommissars Bösel zur Beschlagnahme Veranlassung gegeben hat. Es dürfte schwerlich ein Kenner des Preßgesetzes in Deutschland zu finden sein, der aus juristischen Erwägungen diese Konfiskation für berechtigt erklären könnte. —

Herr Melville mußte für seine verkrachte Gründung etwas thun. So schickte er denn nach bekanntem Muster einige Reklamenotizen in die Pariser Presse. Ein Telegramm meldet uns darüber:

Paris, 2. Oktober. Hiesige Blätter melden aus Boulogne, daß in der Nacht ein als Frau verkleidetes Individuum dem dort verhafteten Fenier Tynan zur Flucht zu verhelfen versuchte. Die Polizei ist einem Fenierkomplott auf der Spur, welches mit allen Mitteln die — Befreiung Tynan's bewirken will.

Spiegelberg, wir kennen Dich! Erst ein entsetzliches Fenierkomplott, um alle möglichen Menschen und Dinge zu morden und in die Luft zu sprengen. Und nun, da alle Welt über das Riesenkomplott lacht, ein neues Fenierkomplott, um die Angst des russischen Zaren aufzufrischen, der russischen und internationalen Polizei wieder ein bischen Wind in die Segel zu blasen, und — das Verschwinden des unbequem gewordenen Tynan polizeiromantisch vorzubereiten. —

Von England wird schablonenmäßig behauptet, es sei überhaupt nicht in der Lage, um die orientalische Frage einen Krieg führen zu können. Und richtig ist ja, daß das beständige Ausweichen und Zurückweichen der englischen vor der russischen Diplomatie dieser Annahme eine gewisse Berechtigung giebt. Allein der Schein trügt mitunter. Und wir wollen hier an die vor etwa 1½ Monaten von uns mitgetheilte Aeußerung eines sehr eingeweihten englischen Politikers erinnern, der uns sagte: Die Gefahr der Lage besteht darin, daß in unserer Regierung Männer sitzen, die den Krieg wollen, weil sie ihn für unvermeidlich halten, und die nur nach einem guten Anlaß suchen, wo sie das Volk hinter sich haben. Vorbereitet ist alles.

Diese Aeußerung ist uns wiederholt worden. —

Die orientalische Frage ist schon vor fast einem Jahrhundert „die große Sphynx", d. h. das große Räthsel genannt. Bei den Herren Diplomaten und Zunftpolitikern, die den Schutz des berühmten Oxenstierna'schen Kanzlerwortes für sich haben, kann es nicht Wunder nehmen, daß sie das Räthsel noch nicht gelöst haben, allein auch im Publikum, und zwar dem aller Parteien, herrscht noch heute dieselbe Unklarheit und Unwissenheit wie zur Zeit des griechischen Freiheitskampfes. Land und Leute sind völlig unbekannt; durch sentimentale Aufwallungen wird das Urtheil bestimmt und kritiklos wird hingenommen, was von den wirklichen Interessenten, das heißt denen, die auf die türkische und asiatisch-afrikanische Beute spekuliren, in Umlauf gesetzt wird.

Wir machten schon früher auf die Arbeiten von Karl Marx über die orientalische Frage aufmerksam und regten eine Sammlung und Uebersetzung dieser in englischer Sprache veröffentlichten Essays, Flugschriften und Zeitungsartikel an.

Heute können wir nun mittheilen, daß inzwischen Schritte erfolgt sind, welche die Verwirklichung unseres Wunsches in Aussicht stellen. Möge es bald geschehen! —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Von Frau Irmler, Neu-Weißensee, Friedrichstr. 42, wird uns zu dem am Donnerstag gemeldeten Majestätsbeleidigungs-Prozeß, der vor dem Landgericht II gegen den früheren Bauunternehmer Peper verhandelt wurde, berichtigend mitgetheilt, daß die Denunziation nicht von ihr bei der Behörde eingereicht worden sei. Die Anzeige sei ohne ihr Zuthun von einer ihr unbekannten dritten Person erstattet worden.

•

Deutsches Reich.

— Bundesrath. In der am 1. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde der Beschluß des Reichstags zu der Petition des Magistats zu Strehlen (Schlesien) wegen Zutheilung einer Garnison dem Reichskanzler, der Antrag Preußens, betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung, sowie die Vorlagen, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Gebühren für Führung der Schiffsregister, betr. die Statistik der Seeschifffahrt, betr. den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen wegen Abänderung des Gesetzes über das Notariat, betr. den Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung von Arbeiterversicherungs-Gesetzen, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Besteuerung der Bergwerke, sowie betreffend den Entwurf von Bestimmungen über die Führung der Börsenregister und die Aufstellung der Gesammtliste, — den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Vorlage, betreffend den Beitritt Schwedens und Norwegens zu den Vereinbarungen über zollsichere Einrichtung der Eisenbahnwagen im internationalen Verkehr, sowie dem Ausschußantrage über die Vorlage, betreffend Berechnung der Dienstzeit bei Pensionirung der aus der Klasse der Telegraphenarbeiter hervorgegangenen Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, wurde die Zustimmung ertheilt. Von der Vorlage, betreffend die Regelung der Thronfolgerfrage im Fürstenthum Lippe, und von der Mittheilung, betreffend Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik, nahm die Versammlung Kenntniß. Außerdem wurde der Justizausschuß mit der Vorberathung der zu unterbreitenden Vorschläge wegen Besetzung einer Senats-Präsidentenstelle und einer Rathsstelle beim Reichsgericht beauftragt, sowie über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt. —

— Der nationalliberale Parteitag, zu dem gegen 400 Abgesandte erwartet werden, beginnt heute Abend seine Berathungen. Nach den bisherigen Meldungen werden 181 Reichstags-Wahlkreise vertreten sein. Die Verhandlungen des Parteitages werden, was mit Rücksicht auf die elende Situation der Partei begreiflich ist, nicht öffentlich sein; sie sollen geheim gehalten und Berichterstatter nicht zugelassen werden.

Freudige Stimmung herrscht anläßlich des Parteitages nicht in der nationalliberalen Presse; noch nie ist eine entscheidende Zusammenkunft der Leiter einer Partei so traurigen Muthes, so ohne jedes Selbstbewußtsein begrüßt worden, wie der nationalliberale Parteitag. Las man die Blätter dieser Richtung in den letzten Tagen, so mußte man annehmen, daß der nahende Tod der Partei allgemein erwartet wurde.

Es wird übermenschlicher Anstrengungen bedürfen, sollte es nochmals gelingen, die klaffende Kluft nothdürftig noch einmal zu überbrücken. —

— Ein sehr einfaches Mittel gegen den Anarchismus hat der Ex-Kanzler im Sachsenwalde erfunden: Man macht es wie die Engländer mit den Thugs (einer indischen Mördergesellschaft) — man wartet nicht, bis einer ein Verbrechen begangen hat, sondern hängt (oder köpft) jeden, der zu der Sekte gehört.

Sehr einfach.

Und der das schreiben läßt, konnte fast dreißig Jahre lang an der Spitze eines Landes stehen, das für zivilisirt gilt. —

— „Die inneren Feinde." Unter dieser Ueberschrift bringt die „Wochenschrift für Eisenbahn-Betriebs- und Verkehrsbeamte, Organ des Vereins mittlerer Beamten des Stations- und Abfertigungsdienstes preußischer Staats- sowie der Reichseisenbahnen", einen Artikel, worin von einem Irgendwer, der weder die Kourage hat, seinen Namen noch auch nur seinen Wohnort zu nennen, den im „Hamburger Echo" erschienenen „Aufruf an alle Eisenbahnbediensteten Deutschlands" bespricht, der zur Abfassung einer Broschüre über die Mißstände in den Arbeitsverhältnissen der Eisenbahnbediensteten Material erbat. Der Irgendwer scheint begründete Furcht vor solchen Veröffentlichungen zu haben, denn er zitirt nicht nur zustimmend den wuthschnaubenden Artikel, den die „Köln. Ztg." gegen die Organisationsbestrebungen der Eisenbahnbediensteten brachte, sondern er fügt auch noch folgende Bemerkungen an, die das Verhältniß der mittleren Beamten zu den ihnen unterstellten Eisenbahnbediensteten in äußerst trübem Lichte erscheinen lassen, sofern dieser Beamte der Typus seiner Kollegen wäre. Er sagt:

„Uns mittleren Beamten im Stations- und Abfertigungsdienst, denen mit Ausnahme der Rotten- und Werkstätten-Arbeiter fast das ganze übrige Arbeiterpersonal unterstellt ist, erfüllte es bis dahin mit Genugthuung, daß dank des guten Vorbildes und der gerechten Behandlung — der Würgengel der Ordnung, die Sozialdemokratie, in die Eisenbahnarbeiter-Kreise fühlbar nicht hineindringen konnte. An uns fanden die Anzapfungen und Verlockungen der Sozialdemokratie ein Bollwerk, welches ihr auch den Zugang zu den uns unterstellten Arbeitern verschloß. Wenn auch die Ankündigung von Hamburg nur eine Uebertreibung oder vielleicht nur einen in einem vereinzelten Falle geglückten Anfang bedeutet, so dürfte es doch an der Zeit sein, uns unsere Arbeiter daraufhin etwas genauer anzusehen — und da, wo erwiesenermaßen sozialdemokratische Elemente gezeitigt wurden, einen durchgreifenden Reinigungsprozeß vorzunehmen, d. h. die Arbeiter zur Entlassung bringen. Denn es trifft uns immer ein Theil der Verantwortung, wenn die Sozialdemokratie die Reihen durchbrechen und in unsere Arbeiterkreise eindringen würde.

Wir mittleren Beamten im Eisenbahndienste stehen jetzt gerade vor einem Zeitabschnitte, in welchem wir unsere ganze Hoffnung auf das Wohlwollen der Regierung setzen, nämlich uns den Beamten anderer Verwaltungen mit gleicher Vorbildung in den Gehaltsbezügen gleichzustellen. Um so mehr müssen wir der Regierung zeigen, daß wir Männer vom „Volldampf voraus" nicht nur der schweren Aufgabe gewachsen sind, das größte Verkehrswesen zu bewältigen, sondern daß sie überall auf uns zählen kann, den Grundsätzen zum Recht zu verhelfen, welche die bestehende Ordnung garantiren."

Widriger kann das Streberthum unter der Beamtenschaft wohl nicht auftreten, als es durch diesen Beamten geschieht, der zynisch in einer Zeitschrift eingesteht, daß es ihm darauf ankommt, durch Entlassung der von ihm für Sozialdemokraten gehaltenen Eisenbahn-Bediensteten Gehaltszulage zu ergattern. Daß ein Mensch mit solchem Mangel an Moral sich als Hüter der bestehenden Ordnung aufzuspielen wagt, mag den wirklichen Patrioten unter der Bureaukratie zeigen, wo die eigentlichen inneren Feinde zu suchen sind, und daß es die höchste Zeit ist, zu freiheitlicheren Zuständen zu gelangen, wo es Elementen wie dem in Rede stehenden Beamten unmöglich gemacht ist, auf der Noth und dem Elend der zu unrecht entlassenen Arbeitskameraden ihr Glück zu gründen.

Und um was handelt es sich bei den „sozialdemokratischen" Bestrebungen der Eisenbahn-Bediensteten? Lassen wir zum Schluß ein bürgerliches Blatt, die in Dresden erscheinenden „Neuesten Nachrichten" reden. Diese schreiben:

„Die sichtbar weit vorgeschrittene Eisenbahnarbeiter-Bewegung dreht sich im wesentlichen um die Lohnverhältnisse, die Arbeitszeit und die Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten. Nach Angabe der Führer beziehen die Arbeiter der Staatsbahnen in größeren Orten einen Tagelohn von 2,40 bis 2,80 M., in Dresden gewährt man beispielsweise für die ältesten Arbeiter 3 M.; nun wird ein Minimallohn von 2,50 M. angestrebt, der von Jahr zu Jahr um 10 Pf. steigen soll, dergestalt also, daß nach 5jähriger Dienstzeit ein Eisenbahnarbeiter 3 M. Tagelohn erhält. Die Arbeiter wollen ferner, daß die zehnstündige Arbeitszeit für alle Betriebs- und Verkehrsarbeiter, die zwölfstündige für die Hilfsfahrbeamten streng eingehalten werde, und daß Ueberstunden, wo sie unvermeidlich sind, unverkürzt nach Maßgabe des Tagelohns bezahlt werden sollen. Dort, wo das Ladewesen in die Hände von Unternehmern gegeben ist, soll sofort darauf gedrungen werden, daß über zehn Stunden täglich nicht gearbeitet wird. Das sind zum theil die Forderungen, denen sich lebhaft unterstützt noch Wünsche behufs einer Urlaubsregulirung, Freifahrtgewährung — wo sie nicht besteht — beigesellen. Am erfreulichsten und vortheilhaftesten wäre es nun jedenfalls, wenn die Eisenbahn-Verwaltungen möglichst Fühlung mit der Bewegung nehmen wollten. Die langsam aber unaufhaltsam vordringende Bewegung innerhalb der deutschen Eisenbahnarbeiterkreise giebt zu denken, man schenke ihr maßgebenderseits die ihr gebührende Beachtung — sonst könnte es zu spät sein!"

Oesterreich.

— Der erste internationale Kongreß gegen die Freimaurerei, wie sich der eben beendete Trienter Pfaffenkonvent mit spaßiger Feierlichkeit nennt, zeigt, wie die Wiener „Arb.-Ztg." richtig bemerkt, unwiderleglich, daß die Frommen wenigstens als unfreiwillige Komiker allen anderen Leuten weit über sind. Man stelle sich doch einmal eine Versammlung von etlichen hundert Männern vor, die sich mit grimmigem Ernst und Eifer darüber streiten, ob eine Miß Vaughan überhaupt existirt oder nicht existirt, unter deren Namen die grausigsten Enthüllungen über die Freimaurer und über ihren Verkehr mit dem Teufel verbreitet wurden, sammt nachgedruckten Dokumenten, direkt vom Teufel unterschrieben und über die für die Menschheitszukunft unschätzbar wichtige Nachricht, daß irgend eine Dame demnächst mit der Großmutter des Antichrist in die Wochen kommen soll. Die deutschen und ein Theil der österreichischen Schwarzen sind gegen Miß Vaughan, ihren Teufel und die Großmutter des Antichrist; die übrigen, vor allem die Italiener und Franzosen, für. So wogt der Kampf unentschieden hin und her, und statt des lieb-einträchtigen, gemeinsamen Schimpfens auf die Freimaurer schimpfen die Antifreimaurer jetzt unter einander. —

Ungarn.

— Die Auflösung des Abgeordnetenhauses soll Blättermeldungen zufolge am 5. Oktober, die Neuwahlen dazu dürften am 8. November und der Zusammentritt des neuen Reichstages am 20. November stattfinden. —

Frankreich.

— Der Zarenkoller wüthet arg unter den französischen Chauvinisten und sonstigen Reaktionären. Die „Patrie" brachte gestern das Porträt des — Pferdes Seiner Majestät des Beherrschers aller Reußen. Warum macht man das Pferd nicht zum Senator, wie einst im alten Rom geschehen ist? Der Senat wäre gewiß nicht beleidigt. Nächstens werden die französischen Patrioten wohl auf den Hund des Zaren kommen, wie unsere auf den Hund des Bismarck. —

Paris, 2. Oktober. Mehrere sozialistische Deputirte und der Vizepräsident des Pariser Gemeinderathes Landrin erließen ein in den heftigsten Ausdrücken abgefaßtes Protestmanifest gegen die beabsichtigten Feste bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers von Rußland. Morgen findet eine große Protestversammlung der Blanquisten statt. —

Italien.

Rom, Ende September. (Eig. Ber.) Der Landesminister für Sizilien, dessen Einsetzung seinerzeit von der Crispi'schen Presse heftig angegriffen wurde, weil die Partei Crispi sich in Sizilien wesentlich auf die oligarchischen Gemeindeverwaltungen stützt, deren Mißwirthschaft durch die Mission des Landesministers bedroht wird, hat sich seiner Aufgabe, dem verwickelten sizilischen Problem von allen Seiten her beizukommen, mit einer in Italien nicht gewöhnlichen Arbeitskraft unterzogen. Die verrotteten Zustände in den sizilischen Schwefel-Bergwerken sind durch die Uebertragung des Betriebes an eine englische Gesellschaft, sowie durch die Einschärfung der Bestimmungen gegen die Kinderarbeit und durch das Verbot des Truck systems schon einigermaßen verbessert worden. Ueber die Frage der Umgestaltung der ländlichen Arbeitskontrakte zu gunsten der arbeitenden Bevölkerung hat der Landesminister dem Gesammtministerium bereits einige Berichte erstattet. Insbesondere ist mit der Ueberwachung des Finanzwesens der Gemeinden ernst gemacht worden, welches bisher auf dem Grundsatz beruhte, daß alle Gemeinde-Abgaben von den Schultern der herrschenden besitzenden Klasse auf diejenigen des ärmeren Theils der Bevölkerung abgewälzt wurden. Die Mannigfaltigkeit der dem Landesminister zufallenden Aufgaben und die kurze Dauer seiner bisherigen Amtirung lassen noch kein definitives Urtheil über die Erfolge der neuen Einrichtung zu; aber an der ernstgemeinten Thätigkeit des Landesministers kann nicht gezweifelt werden. Während die Besserung der sizilischen Verhältnisse thatsächlich in Angriff genommen worden ist, befinden sich die Versuche, den noch weit schlimmeren wirthschaftlichen und sozialen Uebelständen auf der Insel Sardinien abzuhelfen, noch in dem Stadium vorläufiger Untersuchungen. Der sardinische Abgeordnete Pais hat, schon von der vorigen Regierung hiermit beauftragt, dem Ministerium einen fünfhundert Druckseiten starken Bericht über die dortigen Mißstände, insbesondere über die Nichtbebauung des Landes und über den Mangel an öffentlicher Sicherheit vorgelegt. Er hat eine Reihe von Vorschlägen zur Besserung der Lage formulirt. Da diese zum theil mit erheblichen Kosten verbunden sein würden, so hat das Ministerium eine Kommission niedergesetzt, welche zum Zweck einer Vorlage an das Parlament die zunächst und am leichtesten ausführbaren Maßregeln zusammenstellen soll. Wenn man aber aus den Studien und Vorberathungen wirklich zur thatsächlichen Abhilfe vorschreiten will, wird man nach Sardinien eben wie nach Sizilien einen Beamten mit außerordentlichen Vollmachten und langer Amtsdauer schicken müssen. —

— Der Vertrag betreffend Tunis, der soeben zwischen Frankreich und Italien abgeschlossen worden ist und die Handelsbeziehungen und die rechtliche Stellung der Italiener in Tunis befriedigend regelt, schafft den Hauptstreitpunkt weg, der bisher zwischen den beiden Ländern bestanden, und den Crispi systematisch verschärft hatte. Wenn es Rudini gelingt, eine andere Erbschaft der Crispi'schen Großmannssucht zu beseitigen: die afrikanische Kolonialpolitik, dann hat er sich, wenigstens auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, um Italien verdient gemacht.

In Paris erwartet man nach dem Gelingen des tunesischen Vertrags den baldigen Abschluß eines französisch-italienischen Handelsvertrages. —

Spanien.

Madrid, Ende September. (Eig. Ber.) Die Regierung hat sich wieder einmal eine schöne Suppe eingebrockt, welche ihr das Leben kosten kann, wenn das Volk mit Nachdruck und Energie auf dem jetzt eingenommenen Standpunkt verharrt. Freilich steht zu befürchten, daß auch jetzt die Indolenz stärker sein wird, als der gegenwärtig gezeigte gute Wille. Vor nicht sehr langer Zeit wurde der spanische Bürger Octavio Zubizarreta auf Kuba gefangen genommen, als er den Aufständischen Waffen auslieferte. Man stellte ihn vor ein Kriegsgericht, welches ihn zum Tode verurtheilte. Weyler bestätigte dieses Urtheil; und dasselbe wäre in diesen Tagen ausgeführt worden, wenn der Verräther nicht — begnadigt worden wäre. Zubizarreta stammt nämlich aus vornehmer Familie, soll er doch mit dem Kriegsminister verwandt sein; wäre er der Sohn eines gewöhnlichen Mannes, so hätte man wohl kurzen Prozeß mit ihm gemacht. General Weyler wollte aber von Bitten und Flehen nichts wissen, um seine Autorität nicht zu untergraben. Man wandte sich daher an die Regierung in Madrid und zwar mit Erfolg; mit besonderem Interesse nahm sich der Kriegsminister des Verräthers an und suchte auch Weyler günstig zu stimmen. Aber dieser gab auf zwei Telegramme des Kriegsministers eine durchaus verneinende Antwort. Trotzdem unterstützte nicht nur der Kriegsminister, sondern die gesammte Regierung das Begnadigungsgesuch und unterbreiteten dasselbe der Königin, welche natürlich unterzeichnete; anderes hat die gute Frau ja nicht zu thun.

Sobald dies bekannt geworden war, erhob sich auf Kuba und in Spanien ein Sturm der Entrüstung gegen diesen Willkürakt der Regierung, gegen diese Untergrabung der Autorität Weyler's, den man für die Dinge auf Kuba verantwortlich macht. Weyler soll aus diesem Grunde seine Entlassung eingereicht haben, was allerdings von der Regierung in Abrede gestellt wird. Die gesammte Presse richtet die heftigsten Angriffe gegen die Regierung, besonders gegen den Kriegsminister Azcarraga, dem es in erster Linie zugekommen wäre, die Autorität Weyler's zu stärken.

Im Volke hält man den Zubizarreta für einen infamen Verräther, welcher indirekt seine Brüder morde und darum die härteste Strafe verdiene. —

Serbien.

— Die Skuptschina, das Parlament, ist zum 17. Oktober einberufen worden. —

Türkei.

Konstantinopel, 2. Oktober. („Köln. Ztg.") Seit den letzten Tagen haben die Massenverhaftungen und Verschickungen von Armeniern nach Kleinasien aufgehört, und zwar infolge ernster Warnungen des deutschen Botschafters, den der Sultan zu sich gebeten hatte, um ihn um Rath zu fragen. Der Rath des deutschen Botschafters konnte nicht ungehört verhallen. —

Kanea. („Köln. Ztg.") Seitens Griechenlands soll ein Aufruf an das christliche Europa und Amerika geplant werden, um durch Sammlung von Geld bis zur Höhe von 250 bis 300 Millionen Franks den türkischen Grundbesitz in christliche Hände zu bringen.

Bei dem Vertrauen, das Griechenland in den kapitalkräftigen Kreisen besitzt, kann ein solcher Vorschlag blos einen Heiterkeitserfolg haben. —

Amerika.

New-York, 22. Sept. (Eig. Ber.) Von den Silberminen bei Leadville (Colorado) kommen Nachrichten, welche für die „16 zu 1" schwärmenden Arbeiter des gesammten Landes die Wirkung eines recht kalten Wasserstrahls ausüben mögen. Der Gouverneur des Staates hat nämlich gegen die dortigen Bergleute die ganze Staatsmiliz beordert, weil dieselben bei ihrem Widerstand gegen die Besetzung „ihrer" Plätze mit auswärtigen Kräften angeblich zu gewaltsamen Mitteln gegriffen haben. Die Unternehmer hatten diejenigen Minen, bei denen sich dies bewerkstelligen ließ, mit hohen Pallisaden umgeben lassen, damit die eingeschmuggelten „Scabs" (Streikbrecher), die sowieso im benachbarten Ort kein Quartier erhalten konnten, gegen die Angriffe der Streiker geschützt seien. (Die anderen Minen hat man durch Stillstand der Pumpwerke „ersäufen lassen; die Produktion ist überhaupt auf ein Minimum beschränkt, indem sich von den Silberminen des ganzen Staates nur 5 pCt. in Betrieb befinden.) Gestern sollen nun die Streiker damit begonnen haben, jene Schutzplanken mittels Dynamit zu zerstören; die Detonationen will man bis in Leadville gehört haben. Der Sheriff des County's, der sich bisher gegen die Nothwendigkeit der Entsendung von Truppen erklärt (welche die Unternehmer schon längst gern dort gehabt hätten), telegraphirte an den Gouverneur, und dieser erließ sofort obige Ordre. Die Bergleute, welche sich nun vier Monate im Streik für Zahlung der alten Löhne befinden (die s. Z. mit ihrem Einverständniß bis zu jenem Termin um 22½ pCt. verkürzt worden waren, weil die Unternehmer ihnen vorgejammert, daß sie sonst bei dem flauen Geschäftsgang keine „Profite" machen könnten), sind am Ende ihrer Mittel, und die kleinen Geschäftsleute des Ortes, welche ihnen bisher kreditirten, scheinen den Glauben an den endlichen Sieg der Leute verloren zu haben; das hat diese denn zu dem verzweifelten Schritt getrieben — falls die betr. Nachrichten nicht übertrieben sind.

McBride, der gewesene Präsident der „Federation of Labor", hat sich gleich dem Ober-Knight Sovereign vollständig der Silberagitation „gewidmet"; er will in Chicago — wo auch dieser seinen Sitz aufgeschlagen hat — einen ganzen Stab „einflußreicher" und „thatsächlicher" Vertreter der Arbeiter engagiren. (Der Staat Illinois ist nämlich einer von denen, welcher als „zweifelhaft" mit seiner großen Anzahl Elektoralstimmen bei der Präsidentenwahl hauptsächlich in betracht kommt.) Die republikanische Partei dort scheint zunächst die „einflußreichen" und „thatsächlichen" Vertreter der Baugewerks-Arbeiter" gewonnen" zu haben. Der Lokalverband derselben hatte sich nämlich zum „Labor Day" (Arbeitertag) einen republikanischen Redner verschrieben, während der gewerkschaftliche Zentralkörper den Ober-Silberschwadroneur Bryan hatte kommen lassen. Die „anarchistische" Chikagoer „Arbeiterzeitung" arbeitet ebenfalls für die Popokraten (trotz ihres traditionellen Abscheues vor dem „Wahlhumbug"), die „ein Herz für die Arbeiter" hätten. Neulich schrieb sie: „Möglich ist aber auch, daß diese Reformer (besonders Altgeld und Bryan sind gemeint) die Silberfrage nur absichtlich in die Kampagne hineingezogen haben, um ihre besseren und tieferen Absichten zu verbergen." Heiliger Strohsack!

New-York. („Frankf. Ztg.") Der Kongreß wird zweifellos eine Goldmehrheit haben, da die Golddemokraten überall eigene Kandidaten aufstellen oder für die Republikaner eintreten, während andererseits letztere die ersteren unterstützen werden. —

Partei-Nachrichten.

In Apolda beauftragte eine Parteiversammlung die Genossen Baudert und Leutert, unserer Reichstags-Fraktion Material zuzustellen, auf grund dessen sie im Reichstage die Mißstände der Alters- und Invalidenversicherung zur Sprache bringen kann, die sich dort in der Textilindustrie hinsichtlich der Beitragspflicht der Kleinmeister und Heimarbeiter fühlbar gemacht haben.

Auf der Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Höchst-Usingen-Homburg-Idstein, die am Sonntag in Idstein im Taunus tagte, waren 22 Delegirte und 9 Vertrauensmänner aus den Orten Höchst, Soffenheim, Rödelheim, Hofheim, Marxheim, Schwanheim, Liederbach, Wallrabenstein, Steinkischbach, Homburg, Oberursel, Cronberg, Oberhöchstadt, Sulzbach, Heddernheim, Griesheim anwesend. Aus dem Bericht des Kreisvertrauensmannes Sauer — derselbe erhielt einstimmig Decharge und wurde einstimmig wiedergewählt — ging hervor, daß in der Berichtsperiode 41 Volksversammlungen abgehalten und 18 000 Flugblätter und Broschüren vertheilt worden sind, hinsichtlich der Agitation also fleißig gearbeitet worden ist. Von den Beschlüssen seien folgende erwähnt: Der Antrag aus Heddernheim, einen Wahlverein für den ganzen Kreis Höchst-Usingen zu errichten, wurde angenommen; ebenso der Antrag aus Oberursel, den seit 1½ Jahren über die Aktienbrauerei vormals Messerschmitt in Homburg verhängten Boykott aufzuheben, da durch denselben nichts mehr erreicht, sondern die Agitation und Organisation gestört würde. Das Referat, das Reichstags-Abgeordneter Brühne über die Thätigkeit des Reichstages hielt, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und im Anschluß daran einstimmig eine Resolution gefaßt, worin sich die Kreiskonferenz mit der Thätigkeit unserer Fraktion insbesondere in Beziehung auf die soziale Gesetzgebung einverstanden erklärt und die Erwartung ausspricht, daß die Fraktion auch fernerhin auf gesetzliche Einführung des Achtstundentages hinarbeiten sowie den Bestrebungen der reaktionären Parteien, durch Einführung der zwangsweisen Organisation des Handwerks die Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse einzuengen, energisch entgegengetreten wird. Die Kreiskonferenz hält es aber auch für angebracht, daß die Parteigenossen allerorts dafür sorgen, daß die Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Auf dem Gothaer Parteitag wird der Kreis durch den Delegirten Merz, beziehentlich dessen Ersatzmann Legendecker vertreten sein.

Der Sozialdemokratische Verein für den 4. sächsischen Reichstags-Wahlkreis Dresden-Neustadt und Land hat in seinem eben abgeschlossenen Geschäftsjahr eine Einnahme von 2261,52 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 2121,51 M. gegenübersteht. Von den Ausgaben kam der größte Theil auf die Landagitation und die sächsische Wahlrechtsbewegung. Der Mitgliederzuwachs beträgt in diesem Jahre 100, gewiß ein erfreuliches Resultat. Zum Vorsitzenden wurde der Genosse Reinhold Postelt gewählt.

Aus Amerika. Das infolge der ausgezeichneten Agitationsresultate des Genossen Dolski geplante neue polnische Partei-Organ ist jetzt erschienen; es betitelt sich „Silo" (Kraft) und wird in Buffalo herausgegeben, wo sich eine verhältnißmäßig starke polnische Arbeiterbevölkerung befindet. Redakteur ist der Genosse A. J. Korulski, der längere Zeit an der in London erscheinenden Monatsschrift „Przedswit" als Schriftsetzer thätig war.

Für Philadelphia ist eine Lokalausgabe des in New-York erscheinenden englischen Partei-Organs „The People" unter dem Namen „The Liberator" veranstaltet worden.

Die ungarischen Genossen haben nun auch ein eigenes Partei-Organ gegründet; dasselbe führt den Namen „Nepszava" und erscheint in Cleveland, Ohio.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Wegen Boykotterklärung hatte sich am 1. Oktober vor dem Breslauer Schöffengericht Genosse F. Müller zu verantworten. Bekanntlich stehen der dortigen sozialdemokratischen Partei keine Säle zu Versammlungen zur Verfügung, so daß die Genossen zu Gegenmaßregeln gezwungen sind. Es wurde von dem Angeklagten ein Flugblatt herausgegeben, worin die Genossen und Genossinnen aufgefordert wurden, erst dann das Bier der Brauerei Lindermann zu trinken, wenn dieselbe uns ihren Saal zur Verfügung stellt. Auf grund dieses Flugblatts wurde gegen Müller Anklage wegen groben Unfugs erhoben. Vorm Schöffengericht wies Müller darauf hin, daß er das Flugblatt nur bei Parteigenossen verbreitet hat und somit eine Beunruhigung weiterer Volksschichten nicht eingetreten sei. Der Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung an und sprach Müller frei. Der Amtsanwalt hatte 50 M. Geldstrafe beantragt.

— Wegen Beleidigung des Ersten Bürgermeisters von Erfurt war Genosse Wiertelarz, verantwortlicher Redakteur der „Thüringer Tribüne", vom Erfurter Landgericht zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Beleidigung wurde gefunden in dem Vorwurfe der Parteilichkeit, der dem Bürgermeisters aus Anlaß des Verbots des Umzuges am 1. Mai gemacht war. Die Revision des Angeklagten, welche Verletzung des § 193 Str.-G.-B. rügte, wurde dieser Tage vom Reichsgericht verworfen.

— In einem Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der „Breslauer Volkswacht", Genossen Balduin Gerhard, fand vorgestern in Dresden das kommissarische Zeugenverhör statt. Ueber das Verhör selbst kann natürlich nichts mitgetheilt werden, sondern nur über seinen Zweck. Es handelt sich um ein Versammlungskuriosum in Naußlitz, wo der überwachende Brigadier Nestmann eine Versammlung der Müller dadurch zu kürzen versucht hat, daß er sein Mißbehagen über die lange Dauer derselben aussprach, worauf der damalige Versammlungsreferent, Genosse Reichard, ihm bedeutete, er, Nestmann, könne ja nach Hause gehen, wenn es ihm nicht passe, die Müller könnten auch ohne Polizei glücklich leben. Es wurde dies zuerst in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" besprochen und die „Breslauer Volkswacht" brachte dann den Bericht ebenfalls. Gegen den Redakteur Wittrisch von der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" wurde Strafverfahren auf grund des § 186 eingeleitet, später auch gegen Gerhard. Da ersterer im vollen Umfange den Wahrheitsbeweis erbringen wollte, so beantragte Gerhard, seine Verhandlung bis nach Erledigung des Dresdener Prozesses zu vertagen. Diesem Antrage wurde aber seitens des Breslauer Landgerichts merkwürdigerweise nicht stattgegeben.

Gewerkschaftliches.

Ueber den Stand der Gasarbeiterbewegung in Berlin

wird uns berichtet:

Die Arbeiter der städtischen Gasanstalten betreiben zur Zeit eine rührige Agitation unter ihren Kollegen, um diese zum Anschluß an einen etwaigen Streik in allen Gasanstalten zu bewegen. Am Donnerstag wurden 2 Versammlungen, je eine für die Arbeiter der Tag- und der Nachtschicht aus der Anstalt in der Gitschinerstraße abgehalten. Das Resultat dieser Versammlungen war, daß sich die Mehrzahl der Arbeiter aus der Gitschinerstraße auf die Seite ihrer ausständigen Kollegen stellten, indem sie beschlossen, auch ihrerseits die Arbeit niederzulegen, wenn die Forderungen nicht bewilligt werden. Die Arbeiter der Tagschicht aus der Müllerstraße haben bekanntlich schon am Mittwoch einen gleichlautenden Beschluß gefaßt, während eine für die Nachtschicht der Müllerstraße zum Freitag Nachmittag einberufene Versammlung nur schwach besucht war, weil sie zu einer ungünstigen Zeit stattfand. Am Sonnabend und Sonntag sind die Arbeiter der Gasanstalt in Schmargendorf zu zwei Versammlungen eingeladen. Ueber den gegenwärtigen Stand der Bewegung erfahren wir, daß in der Gitschinerstraße neue Leute eingestellt worden sind, die man aber, weil sie sich als unbrauchbar erwiesen, wieder entlassen mußte. Infolge dessen wurde seitens der Betriebsleitung dieser Anstalt den alten Arbeitern anheimgestellt, daß es am nächsten Sonntag mit der 18stündigen Schicht jeder nach Belieben halten könne, d. h. wer weiter 18 Stunden arbeiten wolle, möge es thun. Auf dies Anerbieten ging selbstverständlich aber kein Arbeiter ein. Auch die Arbeiter der Tagschicht in der Müllerstraße sind aufs neue wegen Bewilligung der Forderungen vorgegangen. Das Direktorium der Englischen Gaswerke hat erklärt, seinen Arbeitern die Forderungen zuzugestehen, sobald die städtischen Werke dieselben bewilligt haben. (Also bei den Engländern scheint die „Technik" keine Schwierigkeiten zu bereiten. R. d. „V.") Bei dieser Gelegenheit möge ein Irrthum richtig gestellt werden, in dem sich der Stadtrath Ramslau befindet, welcher in der letzten Stadtverordneten-Versammlung sagte, die vorgesehenen Ruhepausen innerhalb der Arbeitszeit könnten schon deshalb nicht durch Arbeiten verkürzt werden, weil sofort nach Schluß der Arbeitsstunde die andere Kolonne den Platz der vorher in Thätigkeit gewesenen einnehmen müsse. Dem ist jedoch nicht so. Wenn die Oefen gefüllt sind, bedürfen sie einstweilen der Besorgung nicht, und diese Zeit ist für die Ruhepausen angesetzt. Die neue Kolonne, deren Ruhepause beendet ist, tritt nunmehr an andere Oefen, die während der Ruhezeit soweit ausgeglüht sind, daß sie nun wieder gefüllt werden müssen. Es kommt demnach gar nicht vor, daß eine Kolonne die andere ablöst, sondern jede Kolonne hat ihre besonderen Oefen zu besorgen. Diese Arbeitsverhältnisse beziehen sich jedoch nur auf die Ofenarbeiter. Die Kohlenkarrer haben keine Pausen und arbeiten Sonntags 18 Stunden durch, wovon nur je eine halbe Stunde Frühstücks- und Vesperpause, sowie eine einstündige Mittagspause abgehen. Dieselbe Arbeitszeit haben die Feuerleute einzuhalten, die manchmal, um das Feuer in regelrechtem Gang zu halten, kaum genügend Zeit zum Essen finden.

Achtung, Buchbinder! Ausständig sind in Berlin die Kollegen und Kolleginnen in den Werkstuben von: Frentsch, Wallstr. 11. Leo Simson, Spandauerstr. 72. Carl Rechlin, Engel-Ufer 8. Bernhard Paul, Wilhelmstraße 22a. Bürgenstein, Friedrichstr. 240. A. Weichert, Andreasstr. 82. Imberg u. Lesson, Alte Jakobstr. 64a. Aug. Nelmann, Mauerstr. 53. A. Demuth, königliche Hofbuchbinderei, Mohrenstraße 58. Gebrüder Grunert, Junkerstr. 16. Gertz, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 32. Wegner, Prinzessinnenstr. 26.

Galanterie-Branche:

Schmitz u. Voit, Annenstr. 14.

Zuzug ist streng fernzuhalten!

Die Lohnkommission.

Achtung, Metallarbeiter aller Branchen Berlins! Der Ausstand der Former und Gießerei-Arbeiter dauert in folgenden Werkstätten unverändert fort: Schäffer u. Oehlmann, Chausseestraße; Frister (Engel u. Hegewald), Lindenstraße 23; Schlüter, Brandenburgstr. 19; G. Heinze, Wasserthorstraße 8; Thilecke, Wasserthorstr. 62; Heinze, Brandenburgstr. 75; Nürnberg, Prinzenstr. 25; Kraatz, Gitschinerstr. 81; Krumme, Gitschinerstraße; Christ, Wrangelstr. 111; Kube, Elisabeth-Ufer 30; Ritter, Oranienstr. 9; Krone u. Ko., Stallschreiberstr. 18; Krüger, Sebastianstr. 74; Krüger, Alte Jakobstr. 35; Lehmann, Adalbertstraße 72; Sauer, Skalitzerstraße 32; Räbiger, Skalitzerstraße 125; Speck, Dresdenerstaße 36; Haberland, Stallschreiberstr. 9; Eitner, Sebastianstr. 61; Henßeler, Stallschreiberstraße 12; Falbe, Manteuffelstr. 72.

Die Metallarbeiter aller Branchen werden dringend ersucht, den Zuzug nach diesen Werkstätten zu unterlassen.

In folgenden Werkstätten sind die Forderungen: 9stündige Arbeitszeit 2c. bewilligt: Karl Holy, Calm u. Bender, Salz u. Co., Schrammer in Rixdorf. Ehestädt u. Robert, Gustav Grove, Stiebert, Theodor Schmidt, Stallschreiberstraße, Herm. Schmidt, Stallschreiberstraße, Friedrich u. Rust, Oehmicke u. Schröder, Bergas Gebr., Moffert, Michaelis, Pfeffer, Scherler, Heise, Hauschild, Tredensee u. Schreiber, Lunitz, Lewy Söhne, Krüger, Prinzenstraße, Prühl, Kaiser Franz Grenadier-Platz, Preiß, Adalbertstraße 8. Insgesammt **24** Werkstätten mit **566** Arbeitern.

In 30 Werkstätten mit **830** Arbeitern wurde vor Beginn der Bewegung in diesem Jahre die neunstündige Arbeitszeit seitens der Fabrikanten bewilligt, sodaß in diesem Jahre **1396** Arbeitern in dieser Branche die Verkürzung der Arbeitszeit zu gute kommt.

In folgenden Werkstätten sind die Forderungen abgelehnt und befinden sich die Kollegen im Ausstande: Paul Stabernack, Lindenstr. 70, Richard Mielke, Fürstenstr. 8, mit 39 Arbeitern. Zuzug ist fernzuhalten!

Der Vorstand
des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend

Die Bilderrahmenmacher befinden sich seit 26. Sept. in einer Lohnbewegung, die hauptsächlich die Verkürzung der Arbeitszeit auf 52 Stunden und die Zahlung von 25,50 Mark Minimallohn zum Zweck hat. Trotz des unsolidarischen Verhaltens einiger Kollegen, denen großes Vertrauen geschenkt wurde, ist die Begeisterung für die Durchführung der Forderungen groß und die Bewegung verspricht guten Erfolg. Vollständig bewilligt haben bis jetzt die Firmen: Schömann, Sonnet, Spiesicke, Höhne, Hochmann und Behrendt; theilweise, aber zuerst eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligten die Firmen: Wehner, Schulz, Schröder, Brandtner, Brückner, Leon, Zickendraht, Lundershausen und Schneider. Ablehnend verhalten sich nur: Maunlich, Königsberger, Kristan und Viehstädt. Auch hier ist noch auf Bewilligung zu rechnen, wenn es auch nicht ohne Kampf möglich sein wird. Den Unternehmern, die nicht voll bewilligten, sind nun von der Kommission noch einmal die Forderungen unterbreitet worden.

Sonntag, den 4. Oktober, wird in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, von vormittags 10 Uhr an eine öffentliche Versammlung aller in der Bilderrahmen-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen abgehalten. Kollegen! Erscheint alle, keiner fehle, damit wir unsere Lohnbewegung zu einem guten Abschluß bringen. Die Streikkommission.

Arbeitsnachweis und Streikbureau befinden sich Ritterstr. 123.

Achtung, Graveure und Ziseleure Berlins! Die Kollegen der Graviranstalt von R. Otto in München legen wegen Lohndifferenzen die Arbeit nieder. Die hiesigen Kollegen werden ersucht, Stellen-Angebote von dort nicht anzunehmen, sondern sich mit den Kollegen solidarisch zu fühlen und sie nach besten Kräften zu unterstützen. Alle Sendungen sind an den Kollegen Carl Groschupp in München, Gabelsbergerstraße 63 bei E. Rüttinger, zu richten. J. A.: E. Brückner.

Die Agitationskommission der Steinarbeiter von Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, bestehend aus G. Sachse, C. Hartmann und M. Gabel, sandte uns einen Aufruf an die Steinarbeiter jener Provinzen, worin unter Berufung darauf, daß eine Reihe Streiks infolge des guten Zusammenhalts der organisirten Steinarbeiter vortheilhaft beendet werden konnten, den Kollegen empfohlen wird, sammt und sonders der Organisation beizutreten. Es heißt dann weiter: Kollegen, in den Orten, wo noch keine Organisation besteht, sucht Fühlung untereinander zu nehmen und bernft, wenn es möglich ist, Versammlungen ein, um Euch klar zu machen, wie Ihr den Uebergriffen des Unternehmerthums wirksam entgegentreten könnt. Wollt Ihr informirt sein über die Verhältnisse der Steinarbeiter Deutschlands, so fordern wir Euch auf, abonnirt auf unser Fachorgan „Der Bauhandwerker" (Herausgeber Joh. Rönsch, Berlin SO., Manteuffelstr. 14). Genossen, welche mit Steinarbeitern in Berührung kommen, werden ersucht, dieselben auf diesen Aufruf aufmerksam zu machen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Briefe sind zu richten an Max Gabel, Berlin SW., Willibald Alexisstr. 15 bei Buchmann.

An die Töpfer Berlins wendet sich der provisorische Vorstand des neugegründeten Vereins der Töpfer Berlins und Umgegend in einem Aufruf mit dem Ersuchen, dieser Organisation, die bereits ein ansehnliches Häuflein Mitglieder zähle, sich anzuschließen, und die dem Verein bereits angehörenden Töpfer werden aufgefordert, jeder einzelne solle sich die erdenklichste Mühe geben, möglichst viel neue Mitglieder zu gewinnen. Weiter ersucht der Vorstand alle Kollegen, die an den Bestrebungen zur Verbesserung der traurigen Lage der Töpfer noch einen Funken Interesse haben, Mittwoch, den 7. Oktober, abends 6 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27c zur ersten Generalversammlung des neuen Vereins zu erscheinen. Material zur Aufnahme wird zur Stelle sein. Laut Beschluß der letzten Versammlung erfolgt der Beitritt die ersten vier Wochen, vom 22. September ab gerechnet, kostenlos; von da ab kostet derselbe 20 Pf. — Wer sich ferner einzeichnen lassen will, muß Angaben über Vor- und Zunamen, Wohnung, Geburtsdatum und Geburtsort mitsenden. Es wird ersucht, die Vertrauensleute der Bauten damit zu betrauen. — Mitglieder werden Sonnabend, den 3. Oktober, abends von 6 Uhr ab im Arbeitsnachweis Klosterstr. 101 bei Moll aufgenommen. Weiter macht der Vorstand bekannt: „Da die Höhe des Beitrages in der Versammlung noch nicht festgesetzt wurde, derselbe aber mangels einer anderen Sammlung erhoben werden muß, so beträgt der erste Wochenbeitrag 20 Pf.; sollte die Versammlung denselben auf 15 Pf. ermäßigen, so werden einfach in der zweiten Woche nur 10 Pf. nachgezahlt, wofür dann 2 Wochen abgestempelt sind. — Die Vertrauensleute sämmtlicher Bauten werden noch ersucht, am Sonnabend im Nachweis die Handzettel für die nächste Versammlung zwecks weitgehendster Verbreitung entgegenzunehmen."

Der Vorstand der Görlitzer Töpferinnung hat im Anschluß an die erste schwarze Liste noch eine zweite versandt, die folgenden Wortlaut hat:

„P. P. Soeben geht uns die Meldung zu, daß heut auch die Werkstattarbeiter der Firma Martin u. Altmann die Arbeit

niederlegten und zwar nicht wegen Lohnforderung, sondern wegen Differenz persönlicher Natur. Nachstehend finden Sie die Namen derselben verzeichnet (folgen 10 Namen der Ausständigen). Görlitz, den 20. August 1896. Der Vorstand des Verbandes der selbständigen Töpfermeister und Ofenfabrikanten von Nieder-Schlesien und der Lausitz. R. Wünsch."

Zur Konfektionsarbeiter-Bewegung. Frau Jeannette Schwerin ersucht uns um Veröffentlichung folgenden Schreibens:

Zur thatsächlichen Berichtigung bitte ich folgende Zeilen freundlichst aufnehmen zu wollen:

Im Leitartikel vom Dienstag, den 29. September, wird gesagt:

„Als es darauf ankam, Kräfte für die Arbeit in den Zahlstellen zu gewinnen, trat die Kommission auch an bürgerliche Frauen aus anderen Parteien mit dem Ersuchen um Uebernahme einer Zahlstellen-Verwaltung heran. Leider aber hatten die Damen keine Zeit."

Ich bemerke dazu, daß ich meine Kraft angeboten habe und auch in der Zahlstelle bei Feuerstein, Alte Jakobstraße, arbeiten durfte. Das von mir gesammelte Geld ist direkt der Streikkasse zugeführt worden (s. Quittungen von Timm und Arons). Eine größere Summe, die mir direkt zur „Unterstützung der Nothleidenden" gegeben wurde, habe ich mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß ich dadurch das Prinzip des gewerkschaftlichen Kampfes verletzen würde.

Vom Verfasser des fraglichen Artikels wird uns zu vorstehender Einsendung geschrieben:

Daß Frau Schwerin die Sonderauszahlung von Unterstützungsgeldern in einem eigenen Bureau nicht für statthaft hielt, war mir bekannt. Leider haben einige der evangelisch-sozialen Gruppe angehörige Damen dieses Verständniß für den Charakter gewerkschaftlicher Kämpfe nicht bewiesen. Sie haben allerdings, wie ich nachträglich gehört habe, solche Gelder, die sie ohne Vorbehalt bei ihren Sammlungen entgegen genommen hatten, direkt in die Streikkasse gezahlt. Dagegen ließen sie sich bestimmen, andere Gelder unter der Bedingung in Empfang zu nehmen, daß dieselben nicht durch die Hände des Streikausschusses gehen, sondern an Bedürftige als Unterstützung gezahlt werden sollten. Hätten sie die nämliche Diskretion bewiesen, wie Frau Schwerin, so wäre es ihnen meiner Ueberzeugung nach auch gelungen, die Geldgeber oder Geldgeberinnen in den meisten Fällen von dem Unpassenden einer solchen Einschränkung zu überzeugen. Der Streikausschuß wollte anfänglich sich auf die von der evangelisch-sozialen Frauengruppe gestellten Bedingungen nicht einlassen und hat schließlich nur aus Rücksicht auf die Noth der Streikenden zu dem Auskunftsmittel gegriffen, das in der gestrigen Zuschrift „aus Schneiderkreisen" erwähnt wurde. Wie man nun das Verfahren der evangelisch-sozialen Frauengruppe auch entschuldigen mag, thatsächlich traten die Damen derselben in ihrem eigenen Bureau nicht als Beauftragte des Streikausschusses, sondern als außerhalb der Streikbewegung stehende Auszahlerinnen von Unterstützungsgeldern auf. Es ist mir aber persönlich mitgetheilt worden, daß Streikende, die genöthigt waren, dort Gelder in Empfang zu nehmen, diese Veranstaltung als eine Patronisirung peinlich empfunden haben. Hat doch auch der Streikausschuß in einem bestimmten Falle sich veranlaßt gesehen, eine der Damen zu ersuchen, sich aller moralisirenden Belehrungen gegenüber den Gelderhebern zu enthalten. Daß die Wiederholung ähnlicher aus Unverständniß für das Wesen eines gewerkschaftlichen Kampfes hervorgehender Patronisirungen für die Zukunft vorgebeugt wird, halte ich allerdings für durchaus nothwendig. G. L.

Auf genaue Information hin haben wir folgendes festgestellt:

In dem von der evangelisch-sozialen Frauengruppe eingerichteten Bureau wurden Unterstützungen nur an Personen ausgezahlt, die mit Anweisungen des Streikkomitees dahin kamen. Nicht als Unterstützung an Bedürftige, sondern ebenso wie in den anderen Bureaus als Streikunterstützung wurden dort die Gelder ausbezahlt.

Wohl sind in einzelnen Fällen und speziell auf Wunsch der an der Auszahlung der Streikgelder betheiligten Genossen und Genossinnen einer Anzahl Streikenden besondere Unterstützungen ausbezahlt worden, aber nur auf Ersuchen unserer Zahlstellen und nach Recherchirung der Verhältnisse der Unterstützungsbedürftigen durch die Organe der Schneiderorganisation.

Es ist auch nur die Generalisirung eines vereinzelten Falles, wenn von moralisirenden Belehrungen und Patronisirungen der Streikenden durch die Vertreterinnen der evangelisch-sozialen Frauengruppe gesprochen wird. Es muß anerkannt werden, daß von den übrigen Frauen selbst der hier angezogene Fall peinlich empfunden und sofort Remedur geschafft wurde.

Das Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, der „Gewerkschafter", erscheint seit Anfang Oktober unter dem Titel „Der Tabakarbeiter".

Aus Flensburg. Der Kommission der ausgesperrten und streikenden Werftarbeiter war von seiten eines ungenannt sein wollenden Vermittlers erklärt worden, die Werftdirektion sei bereit, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln, wenn die Vertreter die Befugniß hätten, Abschlüsse bindend zu unterzeichnen. Der Vermittler machte noch Vorschläge zu einer Vereinbarung und bemerkte, wenn die Werftarbeiter ihre Forderungen demgemäß abändern, d. h. reduziren wollten, würde die Direktion die Arbeiter am (vorigen) Donnerstag wieder einstellen. Die Kommission der Arbeiter unterbreitete nun am 28. September diese Angelegenheit einer Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten. Das Resultat war, daß die Vorschläge des Vermittlers einstimmig abgelehnt wurden sowohl in Beziehung auf die Abänderung der Forderungen wie hinsichtlich desjenigen, wonach die Kommission Beschlüsse mit bindender Kraft unterzeichnen sollte. Dagegen wurde der Kommission das Recht ertheilt, mit der Werftdirektion jederzeit ohne weiteres zu verhandeln. Der Streik dauert also vorläufig noch fort, weshalb mit den Unterstützungen noch nicht einzuhalten ist. Da die Werft keine ausländischen Arbeiter bekommt, vielmehr Flensburger Werftarbeiter nach auswärts verlangt werden, so dürfte der Friedensschluß in nicht allzu weiter Ferne stehen.

Die Steinsetzmeister Hamburgs beschlossen, mit der Organisation der im Streik befindlichen Steinsetzer und Rammer nicht mehr zu verhandeln; dies war die Antwort auf folgende Forderungen, die die Streikenden neuerdings aufgestellt haben: 1. Bei einer Wiederaufnahme der Arbeit ist von den Arbeitgebern die bestimmte Erklärung abzugeben, daß Maßregelungen irgend welcher Art nicht stattfinden werden und überhaupt nicht vorkommen dürfen. 2. Die streitige Forderung, Ueberlandarbeiten betreffend, wird dahin abgeändert, daß prozentuale Aufschläge für diese Arbeiten festgesetzt werden; die Forderung ad II: „Freie Beförderung der Arbeitskräfte nach und von den Arbeitsorten betreffend", ist von Fall zu Fall besonders zu regeln. 3. Der Arbeitslohn für Steinsetzer wird von 48 auf 50 Pf. und der für Rammer von 42 auf 45 Pf. pro Stunde erhöht; für Sonntagsarbeit und Ueberstunden ist ein Lohnaufschlag von 25 Pf. in Anrechnung zu bringen. 4. Der seinerzeit den Arbeitgebern zugesandte, aber noch nicht anerkannte Akkordtarif soll in Zukunft Giltigkeit erlangen. 5. Die von der Bau-Deputation festgesetzte Arbeitszeit ist auch von den Unternehmern anzuerkennen. 6. und 7. Regelung der Geschirr- und Baubudenfrage. 8. Aufstellung einer Maximal-Arbeitsleistung, d. h. eines bestimmten Arbeitspensums, welches nicht überschritten werden darf. 9. Da ein harmonisches Zusammenwirken mit den ausgeschlossenen Verbandsmitgliedern, den sog. Streikbrechern nicht zu erwarten sein dürfte, versprechen die Arbeitgeber, diese Elemente aus Liebe zum Frieden möglichst abgesondert, d. h. von den Mitgliedern des Steinsetzer-Verbandes getrennt arbeiten zu lassen.

Die Herren Meister fanden diese Forderungen natürlich „unerhört".

In Magdeburg haben am 19. September die Arbeiter und Arbeiterinnen die Buchbinderei von G. Schäfer wegen Verweigerung ihrer Forderungen sämmtlich gekündigt. Die Kündigungsfrist läuft heute ab.

Im Streik der Werkstättenarbeiter der priv. österreichisch-ungarischen Staatseisenbahn ist keine Veränderung eingetreten. Der Werkstättenchef in Prag soll renommirt haben, die Werkstätten würden fünf Monate lang gesperrt bleiben, wenn die Arbeit nicht bedingungslos wieder aufgenommen wird. In Bubna und Prag mangelt es jedoch schon jetzt an Maschinen, da die Zeit der Rübentransporte beginnt. Während in Prag die dumme Bureaukratenhartnäckigkeit obenauf ist, wurde das Komitee der Wiener Werkstättenarbeiter von der Werkstättenleitung zu einer Besprechung eingeladen, der auch Vertreter der Prager Arbeiter beiwohnten. Den Arbeitervertretern wurde in dieser Verhandlung mitgetheilt, daß vom 1. Oktober an die Arbeitszeit neuneinhalbstündig sei. Betreffs der Akkordpreise sei die Direktion gewillt, etwas zu thun. Die Regulirung der Löhne könne aber nicht binnen vier Wochen durchgeführt werden, sondern es werde länger dauern. Die Preise würden im Einvernehmen mit den Vorarbeitern bestimmt werden. Ein Arbeitervertreter wies darauf hin, daß die Akkordisten zur Preisbestimmung herangezogen werden möchten, worauf erwidert wurde, auch damit wäre die Werkstättenleitung einverstanden. Es dürfe auch ein Fabrikausschuß gewählt werden. Die beanspruchte Lohnaufbesserung könne nicht gewährt werden, das würde zu viel kosten. Bezüglich des Aufrechtbleibens der Rechte der Mitglieder im Falle des Einrückens zur Waffenübung werde das Nothwendige veranlaßt werden.

In einer Versammlung sämmtlicher Streikenden Wiens wurden jedoch diese Zusicherungen für unannehmbar erklärt, weil man schon im Jahre 1890 mit bloßen Versprechungen schlimme Erfahrungen gemacht hat; außerdem könne von der beanspruchten Lohnforderung nicht abgegangen werden und im übrigen müsse man bindende Abmachungen verlangen. Der Streik dauert also fort. Bemerkt sei noch, daß die Generaldirektion die Firma Ringhoffer ersucht hat, ihr Arbeiter zur Verfügung zu stellen, die Arbeiter es jedoch abgelehnt haben, in den Werkstätten der Staatsbahn zu arbeiten.

Der Bergarbeiter-Streik im Brüx-Duxer Revier ist, wie die „Arbeiter-Zeitung" jetzt als sicher mittheilen kann, ohne Vorwissen der Bergarbeiter-Organisation begonnen worden. „Die schändlichen Zustände" — schreibt unser Bruderorgan — „unter denen die Bergarbeiter Oesterreichs überall leiden, bilden eine stetige Quelle der an Verzweiflung grenzenden Unzufriedenheit, und Anlaß zur Auflehnung ist überall und stets vorhanden. Während aber sämmtliche andere Grubenreviere in der Organisation stehen, die sich der Verantwortung für die Wahl der Zeit für den Kampf voll bewußt ist, blieb bisher der einzige Brüx-Duxer Grubenbezirk außerhalb der Organisation und unter dem Einfluß einiger „Unabhängiger". Es wird sich bald zeigen, ob die Leiter des Streiks der Lage gewachsen sind, und ob sie einen günstigen Zeitpunkt gewählt haben. Die Grubenbesitzer haben vorläufig zur Gewalt gegriffen und Militär in Massen aufmarschieren lassen. Schon daß wieder der Name des Grafen Wallis auftaucht, an den sich böse Erinnerungen vom letzten Streik her knüpfen, und daß gerade diesem Mann als Vertreter der Bezirkshauptmannschaft die Leitung der behördlichen Maßnahmen anvertraut wurde, ist ein schlimmes Vorzeichen. Aber die offizielle Gewaltanwendung wird in jedem Falle vergebens bleiben, und so lange die gerechten und dringenden Forderungen der Bergarbeiter nicht erfüllt werden, wird es stets planmäßig und mit Ueberlegung aller Umstände unternommene Kämpfe und wilde Ausbrüche geben. Die volle Last der Schuld mag diejenigen drücken, die die Leiden der Bergarbeiter zu verantworten haben und von ihnen profitiren."

An neuesten Nachrichten über die Situation im Streikgebiet liegen folgende vor:

Prag, 2. Oktober. (B. H.) Die Anzahl der Streikenden hat nunmehr **10 000** überschritten. Die Streikenden demoliren fortgesetzt die Schächte. Die Mehrheit der Belegschaften erklärt, daß sie bloß aus Furcht vor Mißhandlungen nicht einfahre. In verschiedenen Orten wurden Zettel gefunden mit der Drohung, daß die Stadt Brüx an allen Enden angezündet werden solle.

Teplitz, 2. Oktober. (B. H.) Der Verein für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, gegenüber den anarchistischen Ausschreitungen, Mißhandlungen von Werkbediensteten und Zerstörungen von Eigenthum, sowie eigenmächtigen und zwangsweisen Arbeitseinstellungen ein solidarisches Vorgehen der Bergbau-Unternehmer überall einzuleiten. — Bisher wurden 40 Ruhestörer verhaftet.

Auf Sizilien, wo das Proletariat unter dem Joch einer beispiellosen Ausbeutung seufzt, sind wieder große Streiks ausgebrochen. Nach einer Mittheilung der „Voss. Ztg." haben die Schwefelarbeiter die Arbeit niedergelegt. Auch die Landarbeiter regen sich wieder. Die Behörden Siziliens scheinen wie gewöhnlich so auch diesmal auf seiten der Ausbeuter zu stehen; in zirka 30 Orten sind plötzlich zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Soziales.

Mehrere Heizer und Trimmer schildern im Sprechsaal des „Hamburger Echo's" die Behandlung, die sie auf einem (näher bezeichneten) Hamburger Schnelldampfer erduldet haben. Sie schreiben:

„Auf dem Kongreß des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Kiel hat man auch über die Zustände auf den deutschen Kauffahrteischiffen gesprochen und in anerkennenswerther Weise hat der hiesige Hafenarzt Dr. Nocht auf die Mängel hingewiesen, die bezüglich der Fürsorge für die Mannschaft vorhanden sind. Die „gutgesinnte" Presse kann ja nicht oft genug Loblieder auf die „musterhafte" Einrichtung der Schnelldampfer anstimmen, deshalb halten wir es für unsere Pflicht, diese Loblieder auf ihren wirklichen Werth zurückzuführen.

Wir fahren auf dem Schnelldampfer (folgt Name des Schiffes). Unser Logis auf dem „Musterschiff" ist schmutzig, dunstig und voller Ungeziefer, so daß man kaum in Schlaf kommen kann. Die Kojen sind zum Theil ohne Boden. Uns fehlt ein Raum, um unsere Sachen sicher unterbringen zu können. Nichts ist vor den Ratten sicher, die das Logis bevölkern. Die Arbeit in den Heizräumen ist eine unmenschliche. Wird jemand schlapp, dann hagelt es Schimpfworte der rohesten Art und er wird mit Gewalt zur Arbeit getrieben. Dabei wird gehastet und gejagt in der rücksichtslosesten Weise, so daß niemand seines Lebens sicher ist. Unglücksfälle sind deshalb nichts Seltenes; aber die Verunglückten sind doppelt zu bedauern, weil man es mit der Hilfeleistung durchaus nicht eilig hat. Oft wurden wir zum Reinigen des Schornsteins getrieben, wenn derselbe noch heiß war, sodaß Einige erhebliche Brandwunden erlitten. Aber darum kümmert man sich nicht, da heißt es: „Mag der Hund verrecken!" Sehr schlimm sind die sogenannten „Rüberarbeiter" daran, die schlimmer gepeinigt werden als alle anderen. Sie werden in der brutalsten Weise mißhandelt und gezwiebelt, sodaß es garnicht verwunderlich ist, wenn die zur Verzweiflung Getriebenen schließlich über Bord gehen und den Tod in den Wellen suchen, um ihren unmenschlichen Peinigern zu entgehen. Unsere Arbeitszeit beträgt täglich acht Stunden, nichtsdestoweniger haben wir auf der Hinreise 5 Tage lang 12 Stunden und auf der Herreise 4 Tage lang 12 Stunden arbeiten müssen, die Bezahlung für die Ueberstunden aber hat man uns verweigert. Soviel über das „Musterschiff". Es ist dringend nöthig, daß durch eine neue Seemanns-Ordnung der Mannschaft auf den Schiffen eine menschenwürdige Existenz gesichert und sie gegen eine barbarische Behandlung geschützt wird." —

Wir wollen nicht verfehlen, hierbei in Erinnerung zu bringen, daß sogar ein Berliner Freisinniger (!!) in der letzten Stadtverordnetensitzung die Arbeit am Ofen auf Seeschiffen für **mörderisch** erklärt hat. Bei einem Liberalen, dessen Genügsamkeit in der Arbeiterfürsorge so weit geht, daß er sogar die Arbeit in der Giftluft der Gasfabriken nicht als gesundheitzerstörend betrachtet, will jene scharfe Kritik der Verhältnisse auf den Seeschiffen gewiß etwas besagen. Sollte sich die Reichsregierung betreffs der Fürsorge für die Heizer und Trimmer von den Berliner Freisinnigen überbieten lassen wollen?

Der bisherige Gewerbe-Inspektor in Saalfeld, Bergrath Vollhardt, ist auf seinen Antrag dieses Amtes entbunden worden. An seiner Stelle wurde Baurath Eichhorn in Saalfeld zum Gewerbe-Inspektor ernannt.

Die Sonntagsruhe für die Eisenbahnarbeiter ist, wie man uns schreibt, auch für die auf dem Magdeburger Güterbahnhof in Leipzig beschäftigten Güterbodenarbeiter aufgehoben worden. Früher wurde Sonnabends abends solange gearbeitet, bis die eingelieferten Stückgüter verladen waren. Infolge des stark erhöhten Güterverkehrs müssen jetzt die Leute Sonntags arbeiten und haben nur jeden zweiten Sonntag frei. Die Arbeit an den Wochentagen dauert oft auch über die eigentliche Arbeitszeit, und da die meisten Arbeiter in den Vororten oder nächstliegenden Dörfern wohnen, also erst spät heimkommen, so ist für sie das Familienleben völlig aufgehoben. Zwar hat die Bahnverwaltung einige Hilfsarbeiter bei 24stündiger Kündigung engagirt, doch ist dadurch auch nicht die Sonntagsarbeit beseitigt worden. Es mangelt einfach auf dem Güterboden an genügenden Arbeitskräften, um die Arbeit bewältigen zu können. — Die Staatsbetriebe sollen doch Musterbetriebe sein und doch nimmt man den Arbeitern aus Sparsamkeitsrücksichten die Sonntagsruhe und beeinträchtigt sie damit in ihrem Familienleben.

Die Generaldirektion der bayerischen Staatseisenbahnen hat den Verkehrsbeamten für künftig jeden Genuß alkoholischer Getränke während des Dienstes verboten. Die „Münchener Post" bemerkt hierzu: „Ohne Zweifel will der Ukas in löblicher Absicht jeder Betrunkenheit im Dienste vorbeugen und damit jedem hieraus allenfalls erwartbaren Unfall. Wer aber die Verhältnisse bei den „verkehrten" Anstalten kennt, der weiß genau, daß die bayerischen Bahnunfälle keineswegs auf etwaige „Trunkenheit" des im allgemeinen absolut nüchternen Betriebspersonals, sondern vielfach auf die Ueberanstrengung der Leute, den langen Dienst und sonstige verkehrte Maßnahmen zurückzuführen sind. Hier ist Remedur dringend nöthig!"

Die Zahl der Arbeitslosen in Bayern betrug am 14. Juni vorigen Jahres 18 461, am 2. Dezember desselben Jahres aber 50 492.

Der größere Theil der als arbeitslos Gezählten gehört natürlich dem männlichen Geschlechte an: im Juni waren es 11 995, im Dezember 37 715; weibliche Arbeitslose wurden 6466 und 12 777 gezählt. Auf München allein treffen bei der Sommerzählung 4391, bei der Winterzählung 7754 Arbeitslose, auf Nürnberg 1258 und 2065. Bei der Zählung vom 14. Juni kam eine größere Anzahl von Arbeitslosen auf folgende Berufszweige: Häusliche Dienste und wechselnde Lohnarbeit 3017, Landwirthschaft 2315 (einschließlich der Gärtnerei und Forstwirthschaft 2443), Baugewerbe 1442, Gast- und Schankwirthschaft 952, Waarenhandel 927, Schlosserei 728, Bäckerei 721, Tischlerei 532, Bierbrauerei 514, Metzgerei 503, Spinnerei und Weberei 497, Schneiderei 407, Schuhmacherei 403, dann (unter dem Einflusse des Streiks in Fürth) Metallschlägerei 257. Die erhebliche Steigerung der Zahl der Arbeitslosen bei der Dezemberzählung lenkt den Blick von selbst auf jene Betriebe, die während des Winters theilweise ruhen. So finden wir insbesondere im Baugewerbe die Zahl der Beschäftigungslosen auf 12 878 erhöht, in der Land- und Forstwirthschaft auf 10 430, im Wirthschaftsgewerbe auf 1700, bei den häuslichen Diensten und der Lohnarbeit wechselnder Art auf 5511. Unter den Schlossern und Tischlern waren 1032 bezw. 949, unter den Kaufleuten (Waarenhandel) 1285, unter den Bierbrauern 877, unter den Bäckern 967, unter den Fleischern 813, unter den Spinnern und Webern 806, unter den Schneidern 887, unter den Schuhmachern 738 beschäftigungslose Arbeitnehmer. Alle diese Zahlen sind somit gegenüber der Sommerzählung gestiegen. Nur bei den Metallschlägern zeigt sich (aus dem oben erwähnten Grunde) eine geringere Ziffer von (67) Feiernden. Bemerkenswerth ist die große Zahl der Nichtbayern unter den in Bayern gezählten Arbeitslosen. Sie betrug im Dezember 3934, d. i. 7,8 pCt. der Beschäftigungslosen überhaupt, während der Antheil der Nichtbayern an der gesammten Volkszahl kaum halb so groß ist. Unter den 3934 arbeitslosen Nichtbayern waren 1132 Oesterreicher und 184 sonstige Ausländer (Schweizer, Italiener, Russen, Amerikaner 2c., auch 1 Egypter), dann 829 Preußen, 750 Württemberger, 326 Badenser, 321 Sachsen, 176 Hessen und 216 Angehörige anderer deutscher Bundesstaaten.

Eine eingehende Darstellung der Zählungs-Ergebnisse, bei welcher auch die Dauer und der Grund der Arbeitslosigkeit, Alter und Zivilstand der Arbeitslosen u. s. w. in betracht gezogen ist, befindet sich zur Zeit im Druck und wird demnächst in der Zeitschrift des kaiserlichen Statistischen Bureaus veröffentlicht werden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 20. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die Schrift „Der offene Brief an den Kaiser" ist nicht in Hamburg, sondern in Breslau und Leipzig konfiszirt worden. —

Wien, 2. Okt. (B. H.) Im Schoße des Polenklubs sind ernste Meinungsverschiedenheiten zu tage getreten. Zalewski, der Obmann des Klubs, hat sein Amt bereits niedergelegt.

Brüx, 2. Oktober. (B. H.) In Bruch nahmen heute die Arbeiter sämmtlicher Schächte infolge der Intervention des Direktors Bauer vom Wiener Bankverein die Arbeit wieder auf. Für Sonntag sind große Arbeiterversammlungen anberaumt, in welchen entscheidende Beschlüsse über die Fortsetzung des Streiks gefaßt werden sollen.

Budapest, 2. Okt. (B. H.) Wegen Beleidigung des Honvedministers ist der Redakteur des sozialistischen Blattes „Neue Volksstimme", Jakob Israel, zu vier Monaten Gefängniß und zu einer Geldstrafe verurtheilt.

Paris, 2. Oktober. (B. H.) Das heute hierselbst angeschlagene Manifest des revolutionären Zentralkomitees lautet ungefähr wie folgt: Getreu der sozialistisch-revolutionären Politik, die darin besteht, mit den Völkern Einigkeit und Frieden aufrecht zu erhalten, für Würde und Sicherheit des Landes Sorge zu tragen, zu sorgen für Autonomie und republikanische Einrichtungen, treu der Unabhängigkeit und treu der Eroberung der Freiheit in einem Augenblick, in welchem sich die regierenden Opportunisten vor die Füße des Zaren werfen und die republikanische Würde des Landes vergessen, dem Zäsarismus und Militarismus zujubeln und denselben auch dem französischen Volke aufbürden wollen, angesichts der Schwäche, der Feigheit und des Verraths bekräftigen wir, daß das Zentralkomitee für die republikanischen und sozialistischen Ueberzeugungen einstehen wird. Wir richten daher an die sozialen Proletarier aller Welt die Versicherung vollster Sympathie. — Unterzeichnet ist das Manifest von vier revolutionären Abgeordneten, einer Anzahl sozialistischer Gemeinderäthe, an deren Spitze der zweite Vizepräsident des Gemeinderaths.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 232. Sonnabend, den 3. Oktober 1896. 13. Jahrg.

Lokales.

Die Parteigenossen im vierten Wahlkreise werden bei etwaigem Wohnungswechsel ersucht, Adressenveränderungen sofort den Botenfrauen oder den Parteispediteuren zu melden, damit in der Bestellung der Zeitung keine Störung eintritt. Auch erwächst jedem Parteigenossen die Pflicht, für weiteste Verbreitung des „Vorwärts“ zu wirken und neue Abonnenten dem Zentralorgan der Partei zu gewinnen. Die Parteispedition besorgt nicht allein den „Vorwärts“, sondern auch sämmtliche übrige Parteiliteratur. Die Speditionslokale befinden sich: Für den Osten bei Wengels, Fruchtstr. 30, H. 2 Tr., für den Südosten bei Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35, v. part. Ferner werden in den bekannten Lokalen Abonnements für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Zum Ausstand der städtischen Gasarbeiter. In der Angelegenheit der Arbeiter der städtischen Gasanstalten hat das Magistrats-Kollegium beschlossen, bei dem Einigungsamt, vor welchem auf Veranlassung der Arbeiter die Streitsache schwebt, durch Deputirte sich vertreten zu lassen.

Die Kampfweise des Herrn Namslau in der vorgestrigen Stadtverordneten-Sitzung scheint auch in einem Theil der bürgerlichen Gesellschaft als bedenklich empfunden zu werden. Die „Volks-Zeitung“ schreibt:

Der Antrag Singer in Sachen der städtischen Gasarbeiter gab dem neuen Direktor der städtischen Gaswerke, Herrn Stadtrath Namslau, zum ersten Male Gelegenheit, in einer Verwaltungsfrage von sozialpolitischer Bedeutung öffentlich hervorzutreten. Wir haben uns von Herrn Namslau niemals viel versprochen. Aber daß sein erstes Auftreten so unglücklich verlaufen würde, haben wir doch nicht für möglich gehalten. Herr Namslau hat den Antrag Singer „schneidig“ zurückgewiesen. Er verlangte von der Versammlung, sie möge den Antrag auf Umwandlung der 18stündigen Sonntagsschicht in eine 12stündige kurzer Hand ablehnen. Die Arbeiter hätten das Gewerbegericht angerufen, und der Magistrat werde sich alsbald schlüssig machen, ob er sich auf Verhandlungen vor dem Einigungsamt einlassen solle. Wer Herrn Namslau gestern gehört hat, der muß den Eindruck gewonnen haben, daß, wenn es nach ihm ginge, die Vermittelung des Einigungsamtes kurzweg abgelehnt werden würde. Und weiter muß er den Eindruck gewonnen haben, daß Herr Namslau auf dem Standpunkt jenes Unternehmerthums steht, das in dem Arbeiter weiter nichts als eine Arbeitsmaschine erblickt, die er gegen Zahlung von so und so viel Geld für sich erworben hat. Das ist eine Auffassung, die dem Vertreter einer großen Kommunalverwaltung, die sich eine liberale nennt, sehr übel ansteht.

Auf die vorgeblichen technischen Schwierigkeiten, die der Abschaffung der 18stündigen Arbeitsschicht entgegenstehen sollen, eingehend, schreibt das genannte Blatt weiter:

Ein Stadtverordneter, der dem schwerbedrängten Herrn Direktor zu Hilfe kommen zu müssen glaubte, bemerkte sehr weise, daß weder Stadtverordneter Singer noch die Arbeiter einen Vorschlag zur Durchführung der Arbeiterforderungen gemacht hätten. Wir fragen: ist es Aufgabe des Stadtverordneten Singer, ist es Aufgabe der Arbeiter, betriebstechnische Vorschläge zu machen? Wir denken, das ist nicht der Fall. Die Beseitigung betriebstechnischer Mängel liegt nicht den Arbeitern, sondern der Betriebsleitung, in diesem Falle also Herrn Namslau ob. Und daß die Einrichtung der 18stündigen Sonntags-Arbeitsschicht ein Mangel ist, hat Herr Namslau selbst zugegeben. Herr Namslau ist nun freilich der Ansicht, daß die städtische Verwaltung das ihrige gethan habe, wenn sie dem Arbeiter die von ihm geleisteten Ueberstunden bezahle. Wieder der Standpunkt des Unternehmers, der mit seinem Gelde alles machen zu können glaubt! Die Arbeiter denken aber vornehmer über diesen Punkt. Sie verzichten gern auf den Mehrverdienst für die Ueberstunden. Sie haben das Gefühl, daß sie Menschen sind, die nach sechs Arbeitstagen von je 12 Stunden — in welchem Privatbetriebe wird heute noch 12 Stunden lang gearbeitet? — das Anrecht auf einen Ruhetag haben, an dem sie sich als Menschen fühlen können. Aber einen vollen Ruhetag verlangen sie ja nicht einmal nach jeder Arbeitswoche. Sie verlangen ja nur einen vollen Ruhetag alle 14 Tage und alle 14 Tage einen halben Ruhetag. Daß diese Forderung berechtigt ist, darüber ist eine Diskussion wohl kaum nothwendig, und es gehört ein gutes Stück sozialer Empfindungslosigkeit dazu, diese mehr als bescheidene Forderung mit einem blanken „Es geht nicht“ abzuthun.

Es wird sich ja bald zeigen, ob der kommunale „Liberalismus“, bei dem die „Volks-Zeitung“ den Magistrat packt, unentwegt die Pfade des brutal-protzenhaften Manchesterthums weiter wandeln wird, oder ob er — o Wunder — aus den letzten drei Jahrzehnten sozialen Kampfes wirklich einmal eine gescheidte Lehre nach Hause bringt.

Man sollte meinen, daß Rathenow am Ende der Welt liegt, daß unsere Reichspost nicht der bewährten Leitung des Herrn v. Stephan unterstünde, daß wir nicht im Besitze von Telegraphen und Telephon wären, wenn man sich nachstehende Thatsache vergegenwärtigt: Ein hiesiger Handwerker war durch schwere Schicksalsschläge in Noth und Elend gerathen, dergestalt, daß er außer stande war, seine Kinder zu ernähren. Aus diesen Gründen war er zu seinem größten Schmerze genöthigt, seine Kinder vorläufig der städtischen Waisenpflege zu übergeben. Die Kinder wurden nun städtischerseits in Pflege gegeben und eins derselben wurde in Rathenow untergebracht. Am 18. d. M. erhielt nun der Vater unter dem Vermerk: „Portopflichtige Dienstsache“ folgendes lakonische Schreiben.

Berlin, den 12. September 1896. Wir haben die traurige Pflicht, Ihnen mitzutheilen, daß Ihr Kind Marie am 9. d. M. in der Pflegestelle beim Privatier . . . zu Rathenow verstorben ist. Verwaltungs-Direktion des Großen Friedrichs-Waisenhauses.“ Also am 9. September ist das Kind gestorben, vom 12. September datirt die Benachrichtigung des Waisenhauses und am 18. September erfährt der Vater den Tod seines Kindes! Sollte es wirklich nicht möglich gewesen sein, denselben früher in Kenntniß zu setzen, damit er wenigstens der Beerdigung seines Kindes hätte beiwohnen können? So ist dasselbe gestorben, verdorben, begraben, ohne daß der arme Vater etwas davon wußte. Freilich, wer kann auf derlei Rücksicht nehmen? In einem geordneten Staatswesen muß alles seinen reglementsmäßigen Gang gehen.

Der Magistrat ist der von der Stadtverordneten-Versammlung seinerzeit gefaßten Resolution beigetreten, wonach im Winter die Schulhäuser eine Viertelstunde vor Beginn des Unterrichts, an besonders kalten oder regnerischen Tagen auch noch früher zu öffnen sind. Die städtische Schul-Deputation hat in diesem Sommer eine Zirkular-Verfügung an alle Rektoren der Gemeindeschulen erlassen und dabei bemerkt, daß, wenn Kinder, deren Unterricht zu späterer Stunde beginnt, in Begleitung älterer Geschwister früher erscheinen, ihnen Unterkunft möglichst in einer freien Schulklasse zu gewähren ist. — Bezüglich einer weiteren Resolution der Stadtverordneten-Versammlung, daß die Entscheidung über die unentgeltliche Hergabe von Lehrmitteln den Rektoren und dem Lehrerkollegium der betreffenden Schule und nicht mehr den Schulkommissionen zu übertragen sei, hat der Magistrat dem Vorschlage der städtischen Schul-Deputation sich angeschlossen, daß das bisherige Verfahren aufrecht zu erhalten wäre mit der Maßgabe, daß für die allerschleunigste und mit den wenigsten Umständen verknüpfte Erledigung derartiger Gesuche Sorge getragen werden solle. In diesem Sinne sind die betreffenden Organe seitens der städtischen Schul-Deputation bereits verständigt worden.

Welches Krähwinkel die deutsche Reichshauptstadt Berlin, die sogenannte „Metropole der Intelligenz“, in sozialpolitischer Beziehung ist, zeigt wieder ein Vergleich der Arbeitsverhältnisse in den hiesigen städtischen Gasanstalten mit denen der Gasanstalten von Paris. Während in Berlin die Arbeiter der städtischen Gasanstalten 12 Stunden täglich, alle 14 Tage Sonntags 18 Stunden, einschließlich der Erholungspausen, im Betriebe beschäftigt sind, darf in Paris eine regelmäßige Arbeitszeit, die der Pausen selbstverständlich ebenfalls nicht ermangelt, 10 von 24 Stunden nicht überschreiten. Nur die Nachtwachezeit kann auf 12 Stunden ausgedehnt werden. Alle Arbeit über die regelmäßige Zeit hinaus muß jedoch besonders bezahlt werden. Alle 14 Tage ein freier Tag, alle Jahre zehn Tage Ferien bei voller Lohnzahlung sind weitere Vergünstigungen, die die Pariser Gasarbeiter genießen. Bei Unfällen im Betriebe erfolgt volle Lohnzahlung, bei Krankheitsfällen ebenfalls. Darüber hinaus bestimmt die Verwaltung, ob der Mann seinen Lohn ganz oder theilweise weiter erhält oder ob ihm Pension gewährt werden soll.

Gegenüber dieser Arbeiterfürsorge der französischen Kommunalverwaltung wird uns die Engherzigkeit des freisinnigen Philister-Regiments in der Berliner Stadtverwaltung wieder einmal aufs beschämendste inne. In Paris ist die zehnstündige Arbeitszeit Regel, die zwölfstündige Ausnahme, — in Berlin aber geht es aus „technischen“ Gründen nicht einmal an, die 18stündige Sonntagsschicht in eine zwölfstündige zu verwandeln, wie die Arbeiter in ihrer Bescheidenheit fordern. In der That, in Beziehung auf den Arbeiterschutz kann das „freisinnige“ Regiment der Berliner Stadtverwaltung selbst mit der Schnelligkeit des österreichischen Landsturms von anno dazumal kaum konkurriren. Also, immer langsam voran, oder am liebsten garnicht.

Die gerichtliche Eidesformel in Plakatform ist eine neue Erscheinung, die seit einiger Zeit im Kriminalgerichts-Gebäude in Moabit zu beobachten ist. Ein Gerichts-Berichterstatter schreibt: „Während der Sitzungen der 146. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts erscheint seit einiger Zeit regelmäßig am Kopfe der Termintafel ein auf Pappe geklebtes Plakat, welches nichts weiter enthält, als die mit großen Buchstaben gedruckten Worte des gerichtlichen Eides: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde. So wahr mir Gott helfe.“ Wenn nun auch mit diesem Plakat wahrscheinlich eine erziehliche Wirkung beabsichtigt ist und bezweckt wird, die als Zeugen vorgeladenen Personen schon vor Eintritt in den Gerichtssaal mit dem Inhalt des Eides bekannt zu machen, so macht es doch einen höchst befremdlichen Eindruck. Dasselbe Plakat prangt im Gerichtssaale auf dem Zeugentische und wenn ein Zeuge hier den Eid leisten soll, so geschieht es nicht, wie sonst in allen Sitzungszimmern des großen Gebäudes durch Nachsprechen der Worte des Vorsitzenden; der Amtsrichter hat vielmehr die Form gewählt, dem Zeugen zu sagen: Erheben Sie die rechte Hand und lesen Sie laut ab, was dort gedruckt steht.“ In der betr. Abtheilung werden Polizeiübertretungen verhandelt und in den durchschnittlich täglich anstehenden 25—30 Terminen wird etwa 50 mal geschworen. Da mag der Zeitersparniß wegen die neue Form der Eidesleistung vor Gericht vielleicht ganz praktisch sein, zumal ihr der § 63 der Strafprozeß-Ordnung nicht entgegensteht; eine andere Frage aber ist, ob der jetzt so vielfach in die öffentliche Debatte gezogene Eid vor Gericht hierdurch an Ansehen gewinnt.

Der städtische Gewerbesaal, Abtheilung VI, und die Berliner Tischlerschule, Abtheilung V, für den Südosten Berlins beginnen am 14. Oktober das Wintersemester. Elektro- und Präzisions-Mechaniker, Maschinenbauer, Kunst- und Bauschlosser, Schmiede, Gürtler, Klempner, sowie die Angehörigen sämmtlicher Zweige des Tischler- und Drechslergewerbes finden hier die beste zeichnerische Ausbildung für ihren Beruf. — Der Unterricht findet täglich von 7½—9½ Uhr abends und Sonntags von 9—1 Uhr statt. Anmeldungen nimmt der Rektor Schünemann im Amtszimmer der 151. Gemeindeschule, Reichenbergerstraße 131/132, täglich vor Beginn des Unterrichts entgegen.

Feuerbestattung und Orthodoxie. In freisinnigen Blättern wird geklagt: Die Aschenreste des Oberbürgermeisters Baumbach haben noch keine würdige Stätte gefunden; sie befinden sich zu Gotha in einem abseits gelegenen Aufbewahrungsraum. Die Beisetzung auf dem städtischen Friedhofe in Danzig ist bis jetzt nicht gestattet (!) worden. Vielleicht wird man die Aschenreste nun in der Berliner Urnenhalle aufbewahren.

Die königliche Bibliothek macht folgendes bekannt: Da die mit unabweislichen Aenderungen der Beleuchtungsmaschine beauftragte Firma sich, nachdem sie die betreffenden Arbeiten auf diesseitige Veranlassung bereits am 19. September begonnen und versprochen hatte, bis zum 28. September fertig zu sein, außer stande erklärt, diese Arbeiten vor dem 3. d. M. zu beendigen, sieht die unterzeichnete Verwaltung sich genöthigt, den großen Lesesaal bis zum 3. d. M. mit Einbruch der Dunkelheit zu schließen.

Das Kunstgewerbe-Museum, Prinz Albrechtstr. 7, veranstaltet in den Monaten Oktober—Dezember 1896 die nachstehenden Vorlesungen: a) Einführung in das Kunstgewerbe und seine Literatur: Herr Direktor Dr. P. Jessen. Zehn Vorträge Montag abends 8½—9½ Uhr. Beginn: Montag, 12. Oktober 1896. b) Die Bronze: Herr Dr. Adolf Brüning. Zehn Vorträge Dienstag abends 8½—9½ Uhr. Beginn: Dienstag, 13. Oktober 1896. c) Haus- und Wohnungseinrichtung im Alterthum: Herr Dr. Franz Winter. Zehn Vorträge Donnerstag abends 8½—9½ Uhr. Beginn: Donnerstag, 15. Oktober 1896. Die Vorlesungen finden im Hörsaal des Museums statt und werden durch ausgestellte Gegenstände und Abbildungen sowie durch Lichtbilder mittels des Projektionsapparats erläutert. Der Zutritt ist unentgeltlich.

Die Hauslisten für den Jahrgang 1897 des Adreßbuches für Berlin und Vororte (Verlag von August Scherl) sind nunmehr ausgetragen und liegen bei den Hauseigenthümern oder deren Verwaltern zur Ausfüllung bereit. Die Abholung der Listen erfolgt am Montag, den 5. Oktober. Im eigenen Interesse der Einwohner Berlins und der Vororte liegt es, die Listen pünktlich und genau auszufüllen, damit Verspätungen oder Unrichtigkeiten ausgeschlossen bleiben. Das weitere bitten wir in dem in der heutigen Nummer unseres Blattes enthaltenen Inserat gefälligst nachzulesen.

Die Besichtigung des Tunnels der Untergrundbahn durch das Publikum ist nunmehr von der Behörde freigegeben auf eine Strecke von 120 Meter. Der übrige mit Preßluft gefüllte Raum, der zum Arbeiten benutzt wird, darf vom Publikum nicht betreten werden.

Der Tunnel, welcher unter den Geleisen der Stettiner Bahn hindurch die Schwartzkopffstraße mit der Gartenstraße (gegenüber dem Gartenplatz) verbindet, wird am Sonnabend, den 3. Oktober für den Fußgängerverkehr eröffnet. Abends wird der Tunnel elektrisch beleuchtet werden.

Ein großer Mangel an Militärärzten macht sich in den letzten Jahren mehr und mehr fühlbar. Beim VI. Armeekorps fehlen z. B. nahezu 40 Assistenzärzte. Zum Kaisermanöver im Jahre 1894 mußten schon 100 Reserveärzte telegraphisch einberufen werden. Der Mangel wird hauptsächlich auf die ungenügenden Gehälter der Assistenzärzte zurückgeführt. Diese stehen den Lieutenants gleich, obwohl sie eine weit längere und viel kostspieligere Vorbereitungszeit durchgemacht haben. An eine Privatpraxis ist bei ihnen kaum zu denken; die beginnt in der Regel erst beim Stabsarzt.

Es hat etwas Beleidigendes für das Auge in sich, einen Menschen mit körperlichen Gebrechen Faxen machen zu sehen. Mag in früheren Zeiten der Bucklige in Possenspielen Hauptakteur gewesen sein; nach dem Empfinden gesitteter Wesen von heute sollte dem Krüppel als solchen keine andere Gefühlsäußerung als die des stillen Mitleids zu theil werden. In dieser Anschauung bestärkt einen in Kaufmann's Variété das gegenwärtige Auftreten zweier Leute, die das Unglück haben, nur ein Bein zu besitzen. Wie sie zum Krüppel geworden sind, wissen wir nicht; genug, sie thun, als ob ihr Elend sie nichts weiter anginge und haben es namentlich in der Kunst des Springens zu einer gewiß staunenswerthen Fertigkeit gebracht. Man könnte in der Erwägung, daß es immer anerkannt werden muß, wenn zwei Unglückliche es durch eiserne Energie zu tüchtigen Artisten bringen, das Auftreten dieser Künstler ohne weiteres gut heißen, wenn sie nicht auf die unglückliche Idee verfallen wären, sich komisch zu geberden und mit ihrem Gebrechen Klownspäße zu treiben. Das beleidigt, und daher muß, bei allem Respekt vor der Gewandtheit der Artisten, die Art ihres gegenwärtigen Auftretens als betrübend bezeichnet werden.

Eine sehr energische Frau ist die Gastwirthin K. in der Roßstraße, welche Donnerstag Abend wegen Bedrohung mit einem Revolver sistirt werden mußte. Frau K. hatte die Gewerbe-Ausstellung besucht und gerieth, als sie von dort zurückkehrte, mit einigen Gästen in Streit. Als ein im Geschäft anwesender und sie vertretender Kousin die wüthende Frau zu beruhigen suchte, griff sie nach einem Revolver. Der Bedrohte flüchtete nach der Straße, wurde von der tobenden Frau verfolgt, welche dreimal auf ihren Vetter feuerte, jedoch ohne zu treffen. Letzterem gelang es, die K.'sche Gastwirthschaft wieder zu erreichen, deren Eingangsthür er hinter sich verschloß und so die Wirthin aussperrte. Durch den Skandal herangelockte Schutzleute nahmen die auf der Straße noch immer tobende Frau fest und brachten sie nach der Polizeiwache, von wo sie nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen sein soll. Der Revolver wird wohl nur blind geladen gewesen sein.

Eine ganze Wagenladung in Fäulniß übergegangener Fische ist Donnerstag Vormittag auf Veranlassung eines Polizei-Thierarztes bei einem umherziehenden Händler in der Schulstraße beschlagnahmt und der Abdeckerei zur Vernichtung überwiesen worden.

Eine heftige Gasexplosion fand Freitag Nachmittag um 4¼ Uhr auf dem Stadtbahnhof Zoologischer Garten statt. Zwischen den Stationen Thiergarten und Zoologischer Garten, etwa 10 Meter vor der Bahnsteighalle des letzteren, steht auf dem asphaltirten Steige eine Signalstange. An dieser vorbei führt unter dem Steige ein ziemlich starkes Gasrohr, das die Bahnhofslampen speist. In der Nähe der Signalstange hatte man schon längere Zeit — man sagt wochenlang — einen starken Gasgeruch wahrgenommen. Um die schadhafte Stelle der Leitung ausfindig zu machen, suchte man gestern Nachmittag den Bahnsteig in der Umgebung der Stange mit brennenden Streichhölzern ab. Als man dicht an die Stange herankam, gab es plötzlich einen heftigen Knall und in demselben Augenblick wurde das Asphaltpflaster in einer Länge von acht und in einer Breite von etwa vier Metern aufgerissen. Das Gas, das sich unter dem Pflaster angesammelt hatte, war explodirt. Die Klamotten der Bodenbefestigung unter dem Asphalt wurden mit dem tief aufgewühlten Erdreich herausgeschleudert und bedeckten nachher in großen Haufen beide Geleise der Stadtbahn, so daß der Verkehr längere Zeit unterbrochen war. Zahlreiche Arbeiter mußten aufgeboten werden, den Schutt so schnell als möglich zu beseitigen. Die Erschütterung war so stark, daß sie dem gewölbten Mauerwerk der Stadtbahn arg mitgespielt hat. In einem Bogen, in dem die thierärztliche Klinik untergebracht ist, und in einem anderen, den der Pferdehändler Lange benutzt, zeigen die Decken erhebliche Risse und Abbröckelungen. Durch die weit umhergeschleuderten Steine sind drei Personen zu schaden gekommen. Wie wir von privater Seite erfahren, sind sie leicht verletzt, durchweg am Kopfe. Der Bahnhofsvorsteher verweigerte jede Auskunft über den Unfall mit dem Bemerken, daß Veröffentlichungen die bereits eingeleitete amtliche Untersuchung stören könnten. Er beschränkte sich auf die Mittheilung, daß die Explosion um 4¼ Uhr stattgefunden und bedeutenden Schaden angerichtet habe.

Durch die hiesige Kriminalpolizei wurde auf Requisition der Staatsanwaltschaft in Marienburg (Westpr.) der Werkmeister Viereck von hier verhaftet, der sich im Gerichtsgefängnisse zu Marienburg fortgesetzte Diebstähle an Schuh- und Lederwaaren zu schulden hatte kommen lassen. Gleichzeitig wurden auch die Ehefrau des Viereck und noch mehrere andere der Hehlerei dringend verdächtige Personen festgenommen.

Einem Schutzmann ist in der vergangenen Nacht der 25 Jahre alte Arbeiter Otto Grosse aus der Gneisenaustr. 68 mit dem Messer zu Leibe gegangen. Grosse hatte sich in der Schillstraße hingesetzt. Als er von einem Schutzmann des 32. Reviers weggewiesen wurde, zog er sein Messer und ging damit auf den Beamten los. Dieser zog blank und versetzte dem Widerspenstigen einen Säbelhieb über den Kopf; dann nahm er ihn fest. Nachdem er auf der Sanitätswache einen Nothverband erhalten hatte, wurde Grosse, der erheblich verletzt worden war, als Polizeigefangener in ein Krankenhaus gebracht.

Aus dem Polizeibericht vom 2. Oktober. Auf dem dritten Hofe des Grundstücks Landsbergerstr. 120a wurde am Donnerstag Nachmittag ein Droschkenpferd beim Anschirren scheu, raste über die drei Höfe hinweg und bog in die Landsbergerstraße ein. Vor dem Hause wurde der dort spielende neunjährige Sohn des Tischlers Pieper von dem Pferde umgerissen und am Kopfe schwer verletzt, so daß er nach dem Kranken- Heute früh stürzte auf dem Neubau Genthinerstraße 19 der 28jährige Maurer Karl Hahnel aus Charlottenburg aus dem dritten Stocke auf den Hof des Nachbargrundstückes hinab und starb nach wenigen Minuten. — Gestern früh schoß sich im Thier-

garten in der Großen Quer-Allee der 29jährige Versicherungsbeamte Arnold G. eine Kugel durch den Kopf und starb auf dem Wege zur Universitäts-Klinik. — Im Goldfischteiche wurde die Leiche der 50jährigen Wittwe Friederike P. angeschwemmt und nach dem Schauhause gebracht. Unzweifelhaft liegt Selbstmord vor. — In seiner Wohnung in der Frankfurter Allee wurde morgens der an einem schweren Nervenleiden erkrankte frühere Bäckermeister Adolf H. erhängt aufgefunden. — Vormittags fiel die 52 Jahre alte unverehelichte Marie Luise Wesch vor dem Hause Stralauerstr. 18 in Krämpfen hin, wurde von einem Kohlenwagen überfahren und auf der Stelle getödtet.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Ueber den Verkauf der Ziehungslisten der Ausstellungs-Lotterie in der Gewerbe-Ausstellung wird von seiten des Publikums lebhaft geklagt. Während der Preis aller Lotterielisten bisher 10 Pfennige betrug, müssen für die Listen der Ausstellungs-Lotterie 20 Pfennige gezahlt werden, jedoch nur, wenn man sie in der Ausstellung kauft. Bei jedem Händler auf der Straße, in jedem Zigarrengeschäft in Berlin, sind die amtlichen Listen für 10 Pfennige erhältlich. Wenn man in Berlin ein Loos zur Ausstellungs-Lotterie kauft, so kann man bei dem Verkäufer die Liste stets unentgeltlich einsehen, in der Ausstellung ist dies aber nicht möglich. Den dortigen Loosverkäufern, die auch den Vertrieb der Listen haben, ist es streng verboten, dem Publikum die Einsicht in die Gewinnliste zu gewähren, ja selbst in der Betriebs-Inspektion ist es nicht einmal gestattet, die dort ausliegende Liste anfragenden Ausstellungsbesuchern zur Verfügung zu stellen.

Die Sonder-Ausstellung „Kairo" beabsichtigt, wie gemeldet wird, den Betrieb noch eine kurze Zeit über den 15. Oktober hinaus aufrechtzuhalten. Eine Entscheidung der für die Ertheilung der Erlaubniß zuständigen Behörde liegt noch nicht vor. Von einer Verlängerung der Konzessionen für alle übrigen Sonder-Ausstellungen und Betriebe innerhalb der Ausstellung ist an amtlicher Stelle nichts bekannt. Während der Zeit nach dem 15. d. M. bleiben auf dem Ausstellungsterrain nur für die mit dem Abbruch der Baulichkeiten beschäftigten Arbeiter Schankräumlichkeiten bestehen.

Kunst und Wissenschaft.

Das Theater des Westens, für das, als die glänzendste Schaubühne Deutschlands, schon seit Monaten ungebändigte Reklame gemacht wurde, ist nun am Donnerstag eröffnet worden.

Nicht gering ist das Selbstbewußtsein seiner Gründer, das sich schon äußerlich ausprägt: An der Stirnseite des Gebäudes in der lateinischen Inschrift des Erbauers Bernhard Sehring, der die viel mißbrauchte Fahne der Kunst da hoch schwingt, und in den Kneipräumen, in denen man alle Porträts der betheiligten Künstler, Architekten, Maler und Direktoren findet. Herr Witte-Wild selber, der Oberdirektor, reitet auf dem Pegasus. Das kleine rundliche Männchen sieht dabei so verdutzt drein, als wollte es fragen, wie komme ich nur zu dieser Ehre? Die Geldborger allerdings, die Lieferanten und Herr Blumenreich selber sind nicht verewigt worden; das ist höchst undankbar.

Dafür füllten sie alle, die Schaar der Lieferanten und Geldborger und ihre Sippe in vollem Staat das breite Parkett. Es war zu schön, es war feierlich! Und im ersten Rang die Dichter mit ihren Damen. Das heißt nicht die „Proleten" unter ihnen, Proleten, wie er sich auszudrücken liebt, kann der Grandseigneur nun einmal nicht leiden. Aber die „wohlsituirten" Dichter, die Sudermann und Fulda, die durften oben Platz nehmen.

Der Kunstpalast selbst ist natürlich als einzige Genielhat von den willigen Federn gepriesen worden. Das ist bei uns so Sitte; und als Wallot's Reichspalast erstand, da hieß es auch, nun plötzlich sei der Baustil der Zukunft geschaffen. In Wahrheit ist an dem Theaterbau in der Kantstraße eigentlich originell nur die phantastische Willkür, in der Sehring die widerstrebendsten Stilarten durcheinanderwarf. In zwei Gruppen zerfällt der Bau. Renaissance-Motive zumeist sind für den Zuschauerraum und die Hauptfaçade, die allerdings einen monumentalen Eindruck gewährt, gewählt, für die Bühnen- und Maschinenräume sind gothische Motive verwandt. Für den gothischen Burgbau da hinten möchte sich der Schreiber dieser Zeilen nicht erwärmen, selbst wenn die Schwärmer versichern, sogar der hohe Schornstein erscheine wie ein zinnenbewehrter Thurm. Vieles ist Spielerei dabei und Attrappenkunst.

Die Lust am Dekorativ-Malerischen konnte Sehring in den Innenräumen des Theaters üben. Hier ist in einzelnen Theilen, so im weißlich gehaltenen, lichtumflutheten, blendenden Foyer, eine verschwenderische Pracht geschaffen, wie wir sie bisher in Berlin nicht kannten. Eigenwillig hat auch Sehring dem Theatersaal selbst, dem größten Berlins — er faßt 1800 Personen, eine besondere, fast rein viereckige Gestalt gegeben. Der Saal in den Grundfarben weiß und gold gehalten erscheint frei, hoch und groß, besonders da an dem Deckengemälde eine nicht gerade feinkünstlerische Illusion den Schein weckt, als hebe sich die Decke ins Weite. Soviel Glanz und Kunstzierrath auch verwandt worden, ein Gesammteindruck von frostigem Prunk, vielleicht durch das überreich verwandte kühle Mattweiß der Färbung veranlaßt, bleibt übrig. Trauliche, anheimelnde Gefälligkeit vermißt man.

Ueber der Eröffnungsvorstellung selbst waltete ein Unstern. Man gab das Märchen „Tausend und eine Nacht" von Holger Drachmann, dem dänischen Lyriker, von dessen feiner Kunst auch Henckell's „Buch der Freiheit" Proben enthält. Das Drama ist Drachmann's Stärke nicht und „Tausend und eine Nacht" ist im grunde ein sanftes Idyll zum Preis der Allgewalt der Liebe, durch die ein armer Nigger und Lastträger den mächtigsten Khalifen und Zauberer überwindet. Solch Märchen nun in einem massigen Prunkbau, vertrauliche Zwiesprache vor einem zerstreuten Publikum! Fünf Bilder zählt Drachmann's Märchendrama. Nach den beiden ersten rührte sich keine Hand, nach dem dritten erinnerten sich einige Lieferanten und Geldborger, daß nunmehr etwas geschehen müsse und sie applaudirten, ohne die Mehrheit der Besucher aus stummer Gleichgiltigkeit erwecken zu können; und so blieb es bis zum Schluß. Die bekannten Schauspieler Herr Drach, Herr Bonn vom Wiener Burgtheater, sowie Fräulein Petri konnten nicht viel helfen. Drach als Märchenkönig blieb steif, Herr Bonn als armer Liebhaber war doch wohl zu kokett, und Fräulein Petri, einst eine derbe Alma in Sudermann's Ehre, ist ihrem künstlerischen Wesen nach so wenig keusch-naiv, daß sie niemals eine Märchenprinzessin werden wird.

Der offenbare Mißerfolg des ersten Abends wird vielleicht das überhitzte Selbstbewußtsein der Potentaten des neuen Theaterseins wenig dämpfen. Wie seltsam Direktor Witte-Wild, der Pegasusreiter, vom Recht der Kritik denkt, hat er in einem köstlichen Ukas an die Redaktion des „Vorwärts" ganz naiv enthüllt. Dieser hochmögende Herr war empört darüber, daß der „Vorwärts" bei den neulichen Massenkündigungen am Theater des Westens wiederum auf den famosen Kontraktparagraphen hinwies, der dem Theaterunternehmer unumschränkte Gewalt giebt über die Schauspieler-Existenzen. Selbst Direktor Burkhard vom Wiener Burg-Theater hat das Ungeheuerliche des Paragraphen, der dem Unternehmer gestattet, für ein Fach Dutzende von Menschen zu engagiren, um in den ersten Wochen des Engagements eine willkürliche Auslese zu treffen und die anderen mitten in der Saison auf's Pflaster zu werfen, unumwunden zugestanden. Herr Witte-Wild aber glaubte den „Vorwärts" züchtigen zu müssen und als wir um ein Billet zur Eröffnung, selbstverständlich nicht um ein Freibillet baten, erklärte Herr Witte-Wild: Sie haben keine Sympathie für uns, also bekommen Sie keine Billets, und jetzt vermögen wir Ihnen auch gegen Bezahlung keine zu geben. So meint der Herr Direktor Sympathie erpressen zu können, und man muß nur wissen, was alles ein Theaterdirektor unter Sympathie versteht. Uebrigens ging es einem großen Theil der bürgerlichen Presse nicht viel besser. Die Herren, vermuthlich alle diejenigen, die nicht die tollsten Reklamen für Sehring und Witte brachten, wurden in eine Art von Verschlag gesperrt, wo sie dicht eingekeilt sich nicht rühren konnten. Wenn die Leute sich derlei ruhig gefallen lassen, geschieht es ihnen recht, wenn jeder kleinliche Theaterdespot sie — sagen wir — dreist behandelt.

Arbeiter-Bildungsschule. In der nächsten Zeit veranstaltet die Arbeiter-Bildungsschule nur alle 14 Tage Vorstellungen im Schiller-Theater. An den dazwischen liegenden Sonntagen sind aber auch Billets zum Preise von 60 Pf. für die Nachmittags-Vorstellungen in den Zahlstellen zu haben; nur übernimmt die Arbeiter-Bildungsschule für das Repertoire an diesen Tagen keine Verantwortung. Der Vorstand.

Das neue „Deutsche Theater" in München scheint bereits einer zweiten Krisis entgegen zu gehen. Wie der „Neuen Freien Presse" aus München telegraphirt wird, erkennen die Gläubiger des Theaters, die dasselbe in eigener Regie führen, Meßthaler nicht als Direktor an und unterhandeln wegen der sofortigen Uebernahme des Direktionspostens mit Angelo Neumann in Prag.

Gerichts-Zeitung.

Der Berliner Magistrat hatte im Oktober v. J. das Kriegsministerium benachrichtigt, daß er im Gegensatz zu früher die Dienstwohnungen der Beamten nach den Bestimmungen der Grund- und Bauplatzsteuer-Verordnung für Berlin zu Grundsteuer und Sublevationsbeitrag veranlagt habe. Es kam zu einem Rechtsstreit, nachdem der Magistrat für die Dienstwohnung eines Beamten Grundsteuer und einen Sublevationsbeitrag erhoben hatte. Der Militärfiskus nahm Steuerfreiheit für die Dienstwohnungen seiner Beamten in Anspruch, während der Magistrat den Standpunkt vertrat, daß die Steuerfreiheit für Beamten-Dienstwohnungen als beseitigt anzusehen sei. Der Bezirksausschuß zu Berlin erklärte den Magistrat für nicht berechtigt, den Militärfiskus hinsichtlich des Nutzungsrechts der Wohnung des Beamten zur Grundsteuer und zu einem Sublevationsbeitrage heranzuziehen. Der Bezirksausschuß machte geltend, die Parteien seien darüber einig, daß das fragliche Grundstück bisher von Kommunalsteuer frei war und im öffentlichen Dienste stand. In Gemäßheit der Kabinetsordre vom 8. Juni 1834, die auch nach dem Kommunalabgaben-Gesetz vom 14. Juli 1893 in Giltigkeit geblieben sei, erscheine jenes Grundstück auch jetzt noch von der Steuer befreit. Des Prinzips wegen legte der Magistrat Revision beim Oberverwaltungsgericht ein und machte durch Assessor Hamburger mit Erfolg geltend, daß nach den Bestimmungen des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 die Steuerfreiheit der Dienstwohnungen für die Beamten aufgehoben worden sei. Der zweite Senat des Oberverwaltungsgerichts trat dieser Auffassung bei und änderte, wie die „Vossische Ztg." meldet, die Vorentscheidung zu gunsten des Magistrats ab.

Staatsanwaltschaft und Wohlthätigkeit. Eine eigenthümliche Illustration erfährt der christliche Polizeistaat durch ein Strafverfahren, das am 1. Okt. vor dem Strafsenat des Kammergerichts seinen Abschluß erreichte. Den Frauen der Fleischermeister Plonget und Schlegel wurde es als strafbare Handlung angerechnet, daß sie einem reisenden Gesellen, der bei ihnen um Arbeit ansprach, ein kleines Geldgeschenk und ein Stückchen Wurst verabreichten. Die beiden Wohlthäterinnen sollten sich vergangen haben gegen eine Kabinetsordre vom 9. August 1804, gegen eine Regierungsverordnung vom 14. Juli 1828 und gegen den § 22 II 19 des Allgemeinen Landrechts, weil sie „einem fremden Bettler Almosen gegeben hätten". Gegen das polizeiliche Strafmandat riefen sie die Entscheidung des Gerichts an; ihnen fehlte absolut das Verständniß dafür, daß Mildthätigkeit strafbar sein könnte, und sie gaben denn auch ihrer Verwunderung über das Vorgehen der Polizei Ausdruck. Das Schöffengericht sprach die Angeschuldigten frei, ebenso das Landgericht, bei dem die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte. Die Strafkammer erklärte die angeführten Verordnungen und Gesetzesbestimmungen für ungeeignet, daraus eine Bestrafung der beiden Frauen rechtfertigen zu können. § 22 II 19 des Allgemeinen Landrechts sei hier nicht anzuwenden, da er von Straßenbettlern rede, im vorliegenden Falle aber höchstens von einer Bettelei im Hause gesprochen werden könne. Die Staatsanwaltschaft beruhigte sich jetzt noch nicht, sondern ergriff das Rechtsmittel der Revision an das Kammergericht. In dem vor einiger Zeit zur mündlichen Verhandlung anberaumten Termine kam das Gericht nicht zur Entscheidung der Sache; es gab damals der Staatsanwaltschaft auf, die richtige Publikation der Kabinetsordre vom 9. August 1804 nachzuweisen. Im neuen Termin am 1. Oktober wurde nunmehr die Revision des Staatsanwalts abgewiesen. Zur Begründung wurde ausgeführt: Es sei dem Staatsanwalt nicht gelungen, die gehörige Publikation der angezogenen Kabinetsordre nachzuweisen; die „Intelligenzblätter", in welchen die Veröffentlichung erfolgt sein müsse, wären nicht zu ermitteln gewesen. Die Regierungsverordnung vom Jahre 1828, auf die sich die Staatsanwaltschaft ebenfalls berufen habe, sei aber nur insoweit rechtsgiltig, als sie eine Ausführungs-Verordnung zum § 22 II 19 des Allgemeinen Landrechts darstelle. Da dort aber nur die Rede von Straßenbettlern sei, könne sie trotz ihrer allgemeinen Fassung nur auf die Verabreichung von Almosen an Bettler auf der Straße Anwendung finden. Die beiden Frauen hätten jedoch nur in ihren Werkstätten bezw. Läden Almosen verabreicht.

Ueber eine für das Droguengeschäft hochwichtige Frage wird demnächst das Ober-Verwaltungsgericht Entscheidung zu treffen haben. Das Berliner Polizeipräsidium hat gegen einen hiesigen Droguisten auf Entziehung der Giftkonzession geklagt, trotzdem dieser die Vorschriften über den Gifthandel in keiner Weise übertreten und nur einen Verstoß gegen eine kaiserliche Verordnung von 1890 betreffs Abgabe indifferenter Mittel begangen hatte. Das Bezirksgericht erkannte auf Entziehung der Konzession, wogegen der Betroffene Berufung einlegte.

Das freisprechende Urtheil, welches kürzlich vom Schöffengericht gegen den der Beleidigung des Medizinal-Assessors Springfeld angeklagten Dr. Kahnt gefällt wurde, ist gestern von der Berufungsinstanz bestätigt worden. Es handelte sich bekanntlich um die Heilmethode des früheren Rechtsanwalts Dr. Glünicke, gegen die die Medizinalpolizei sich in einer Bekanntmachung gewandt hatte. Dr. Kahnt hatte eine Entgegnung erlassen, die zu dem Strafantrag des Polizeipräsidenten führte.

Hannover, 2. Oktober. Heute wurde der Arbeiter Dräger wegen Mordes, begangen am 12. Juli an dem Maschinenmeister Ahrend von der chemischen Fabrik in Linden, nach zweitägiger Verhandlung vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt.

In der Schwurgerichts-Sitzung zu Thorn wurde am 1. Oktober die Arbeiterwittwe Kenficke wegen Mordes zum Tode verurtheilt. Sie hatte ihr drei Wochen altes Kind mittels Phosphor vergiftet.

Prozeß Witschel (siehe 2. Beilage). **Ueber den weiteren Verlauf des Prozesses wird berichtet:**

In dem Prozeß gegen den Stadtrath Witschel wegen wissentlichen Meineids zogen sich die Verhandlungen bis in die späte Abendstunde hin. Der Angeklagte behauptet, in allen Dingen die Wahrheit beschworen zu haben. Sämmtliche Zeugen, die heute vernommen wurden, beschwören, daß die Behauptungen Witschel's unwahr seien. Die Beweisaufnahme wird Freitag fortgesetzt.

Der Ausspruch: „Sie sind nicht satisfaktionsfähig" brachte den Regierungsbaumeister Benecke in Oberwesel vor die Strafkammer Koblenz. Der Rentner Stelzmann in Oberwesel hatte wegen dieser Aeußerung den Baumeister verklagt. Das Schöffengericht in St. Goar hatte aber die Klage zurückgewiesen. Stelzmann erhob Berufung und Benecke wurde dann auch von der Strafkammer zu einer Geldstrafe von 30 Mark und in die Kosten verurtheilt!

Der Fall Berchthold. Von dem Raubmordprozeß, der sich gegenwärtig in München wider den Maurer Berchthold abspielt, haben wir gestern unter Depeschen kurz berichtet. Dem kriminalistisch außerordentlich interessanten Fall liegt folgender Thatbestand zu grunde: Am Sonntag, den 15. Februar d. J. vormittags wurden in München im Hause Nr. 33 an der Karlstraße im zweiten Stock die 75jährige Ministerialrathswittwe Karoline von Roos mit ihrer 51jährigen Tochter Julie von Roos und die 53jährige Köchin Marie Gradl todt aufgefunden. Der Polizeibericht meldete hierüber: „Heute Vormittag gegen zehn Uhr wollte ein Hausdiener die an der Karlstr. 33/2 wohnhafte Ministerialraths-Wittwe K. v. Roos aufsuchen und verständigte, als ihm gegen die Gepflogenheit nicht geöffnet wurde, die Gendarmerie. Ein Gendarmerie-Stationskommandant ließ die Wohnung öffnen. Hierbei wurden sämmtliche Wohnungsinsassen, das ist: Frau v. Roos, deren Tochter und die Köchin todt aufgefunden. Frau v. Roos und die Köchin lagen, vollständig angekleidet, übereinander im Abort, die Tochter vollständig angekleidet im Bette der Mutter. Irgendwelche Verletzungen oder sonstige Spuren von Gewaltanwendung zeigt keine der Leichen. Auch ist keine Entwendung bemerkbar. Vermuthlich ist der Tod der 3 Personen bereits am 14. Februar vormittags 11 Uhr eingetreten, da man um diese Zeit einen Schrei und einen Fall hörte. In der Küche, woselbst die ganze Familie zu speisen pflegte, war das Mittagessen (für den 14. Februar) zum Anrichten fertig noch auf der Herdplatte. Die Köchin hatte eben ein Ei, wie es scheint zum Frikassiren der Suppe, aufgeschlagen. Der Tod der Tochter scheint etwas später eingetreten zu sein als der der Mutter und Köchin. Alle drei waren in ärztlicher Behandlung gestanden. In der Wohnung fanden sich zahlreiche Medikamente und Medizinfläschchen, hierunter auch ein solches mit der Aufschrift: „Arsenik". Alle Medikamente, die vorgefundenen Speisen und Weine und Küchenvorräthe wurden beschlagnahmt. Mit Bestimmtheit kann die Todesursache nur durch Sektion festgestellt werden." Inzwischen fand die Obduktion der Leichen statt und nun meldete der Polizeibericht am Montag, den 17. Februar über deren Ergebniß: „Auf einen grauenvollen Raubmord ist das Ableben der Frau Ministerialrath v. Roos, deren Tochter und Köchin zurückzuführen. Das Ergebniß der am Sonntag vorgenommenen Sektion der Frau v. Roos und deren Tochter (die Sektion der Köchin folgt erst) läßt nämlich keinen Zweifel darüber, daß sie erdrosselt worden sind und den Tod durch Erstickung gefunden haben. — Auch fehlen abgesehen von etwa 800 M. Baargeld eine Anzahl Pfandbriefe der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank." Alle Bemühungen der Polizei, des Thäters habhaft zu werden, blieben ohne Erfolg, bis anonyme Briefe die Behörde auf die Spur des 1862 geborenen Maurers Joh. Berchthold führten. Es wurde festgestellt, daß Berchtholdt die Kloseteinrichtung in der Wohnung von Roos hatte herstellen helfen; nachdem der Maurer am 22. Februar verhaftet worden war, suchte die Polizei mit äußerst geringem Erfolge nach Beweismitteln. Die bürgerliche Presse gewann ein Behagen daran, dem Maurer Berchthold alle Schandthaten, deren Urheber unentdeckt geblieben waren, zur Last zu legen, und als die öffentliche Meinung auf das höchste erregt war, erklärte der Minister v. Feilitzsch sogar im bayerischen Landtage, daß nach Lage der Akten die Ueberführung des Berchthold außer allem Zweifel stehe. Der Vertheidiger des Verdächtigten wies dieses Urtheil energisch zurück. In der Anklageschrift wird Berchthold zur Last gelegt, daß er am Freitag, den 14. Februar d. J., vormittags ungefähr um 11 Uhr, im Hause Nr. 33 an der Karlstraße erst die Frau v. Roos, dann die Köchin Gradl und endlich die Tochter Julie v. Roos durch Erwürgung ermordet habe, ferner, daß er sodann 13 Pfandbriefe der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank im Gesammtwerthe von 4000 M., 350 M. Baargeld, einen Firmthaler und ein silbernes Reliquienkreuz aus der Roos'schen Wohnung entwendet habe. Außerdem wird Berchthold noch beschuldigt, daß er am 23. Februar 1893 aus der Wohnung der eines plötzlichen Todes gestorbenen Heubindersfrau Marie Emetskofer an der Quellenstraße Werthpapiere im Betrage von 11 000 M. sich rechtswidrig angeeignet und einen Theil derselben bei verschiedenen Münchener Bankiers verkauft habe. Berchthold ist verheirathet. Er bestreitet entschieden, sich der ihm zur Last gelegten schweren Strafthaten schuldig gemacht zu haben. Auch die Vernehmung der Zeugen, deren Zahl 213 beträgt, hat bis jetzt nichts Positives zu tage gefördert.

Versammlungen.

Herr Pfarrer Naumann aus Frankfurt a. M. hat am Donnerstag Abend bei Gelegenheit des zur Zeit hier stattfindenden nationalökonomischen Kursus im „Brandenburger Haus" einen Vortrag über die geplante „national-soziale" Abzweigung der christlich-sozialen Partei gehalten. Der allerdings nur kleine Saal war gedrängt voll. Auch zahlreiche Damen waren erschienen.

Naumann ging zunächst zurück auf die in den vierziger Jahren durch Wichern und Aimé Huber angeregten evangelisch-sozialen Bestrebungen und kommt dann auf die neueren christlich-sozialen Gruppirungen. Die heutigen Christlich-Sozialen rekrutiren sich besonders aus den nach unten absinkenden, gefährdeten Theilen des selbständigen Bürgerthums. Die neuere von Naumann propagirte Form sucht sich an die emporstrebenden Arbeiterschichten anzugliedern. Die zu christlich-sozialen Ideen Neigenden in den verschiedenen Parteien müssen jetzt prüfen, ob genügend Vereinigungspunkte zur Gründung einer neuen Gruppe vorhanden sind. Die jüngere Gruppe betrachtet das Vorhandensein der Sozialdemokratie als eine Thatsache, knüpft an ihr an und sucht die Weiterentwickelung für die Betheiligten selbst segensreich zu gestalten. — Was die Grundgedanken der jüngeren Richtung betrifft, so will sie in religiöser Beziehung den Einzelnen helfen, etwas für ihre Seele zu finden, während die Sozialdemokratie in Religionssachen neutral ist. In politischer Beziehung ist die Sozialdemokratie durch Marx und Engels international geworden. Nun sind freilich in allen Fächern internationale Berührungspunkte vorhanden, und ich habe deswegen auch die Absicht gehabt, zum internationalen Sozialistenkongreß nach London zu gehen und habe deswegen den betreffenden Brief an Bebel geschrieben. Internationale Politik ist aber ein Unding, daß man sich nicht ausdenken kann. Das Deutsche Reich ist jetzt erst 25 Jahre alt, und wir haben heute noch Mühe, die Verfassungs-Einrichtungen zu konsolidiren, die unsere Väter geschaffen haben. Die internationalen Ideen der Sozialdemokratie halten wir für traumhaft. Die Arbeiterschaft muß lernen, daß wir nicht auf die Gutmüthigkeit unserer Nachbarn rechnen können, sondern selber stark sein müssen, um etwas zu bedeuten. Unser Sozialismus stellt sich auf nationalen Boden und hält fest am Kaiserthum. Einzelne Aussprüche des Kaisers kann man für falsch halten, aber die Institution selbst ist zu erhalten. Es giebt Gründe genug, anzunehmen, daß das Kaiserthum die Stimme nach umfassenden sozialen Reformen nicht ungehört verhallen lassen wird und daß mancher, der heute laut ist, bald „stummer" sein wird. Was unsere wirthschaftlichen Grundgedanken betrifft, so wollen wir praktische Politik für die heutigen Menschen treiben. Der erste theoretische Theil des sozialdemokratischen Programms schwebt allmälig auch für die Sozialdemokraten selbst in die Wolken, während der

zweite, praktische allein die Köpfe beschäftigt. An diese Bestrebungen wollen wir anknüpfen und mit Benutzung der Ideen von Marx und Engels, die aber nicht der Weisheit letzter Schluß sind, und der Resultate der heutigen nationalökonomischen Wissenschaft weiterbauen. — Für die neue Parteigruppirung rechnen wir auf die politisch Obdachlosen, ferner auf die Sozialdemokraten, die mit der internationalen Politik ihrer Partei und auf die Bürgerlichen, die mit der Sozialpolitik der bürgerlichen Parteien unzufrieden sind. Wer auf christlicher, sozialer Grundlage steht und für das Bestehen von Heer und Flotte, für das allgemeine Wahlrecht und für volle Koalitionsfreiheit der Arbeiter eintritt, von dem ist anzunehmen, daß er sich am 23. November in Erfurt mit uns vereinigen kann. Aus ihrem heutigen Bestande können die Christlich-Sozialen keine neue Partei gründen. — Eine irgendwie bemerkenswerthe Diskussion fand nicht statt, so daß die Versammlung schon um 3/4 11 Uhr geschlossen werden konnte.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstag seine gut besuchte ordentliche Generalversammlung ab. Genosse Morawsky referirte über den ersten Punkt der Tagesordnung: Die sozialistische Bewegung im ehemaligen Königreich Polen. Bis zum Ausbruch des russisch-türkischen Feldzuges i. J. 1877, meint Redner, könne man von einer eigentlich sozialistischen Bewegung überhaupt nicht reden, wenn auch der Nihilismus schon weit früher verbreitet war. Aber die damaligen allgemeinen Ereignisse haben auf die russisch-polnische Jugend, besonders in Polen ungemein lebhaft eingewirkt. Da aber weder eine Organisation noch eine nennenswerthe Literatur bestand, die man unter den Arbeitermassen hätte vertheilen können, so wurden seitens der Studenten auf den Universitäten Warschau, Moskau, Kiew, sowie auch vom Auslande her, Broschüren in französischer und englischer Sprache zunächst unter der studirenden Jugend verbreitet. Es bildeten sich alsdann wenn auch ursprünglich nur kleine, später aber immer zahlreichere und größere geheime Verbindungen, die sich die Ausbreitung des Sozialismus aller Schattirungen zur Aufgabe machten. Um jene Zeit erfolgten auch bereits die ersten Verurtheilungen, wenn auch nur in geringer Zahl, weil man seitens der Polizei der bereits immer mehr um sich greifenden Bewegung auf die Spur gekommen war, als sich die Zahl der Anhänger schon auf Tausende belief. Entdeckt wurde eine Verbindung dadurch, daß man bei einem Genossen Barowsky eine Anzahl Broschüren fand und infolge dessen eine große Zahl von Verhaftungen vorgenommen wurden. Diese führten im Jahre 1886 zu dem ersten großen umfangreichen Sozialistenprozeß, der allein über einen Monat dauerte und das Wesen der ganzen Bewegung enthüllte. In jenem Prozeß, während dessen fast sämmtliche Theilnehmer der Verbindung als Ankläger gegen die herrschenden Zustände auftraten, wurde Barowski und eine Anzahl der hervorragendsten Genossen zum Tode, andere bis zu 20jähriger Verbannung nach Sibirien, wo sie heut noch schmachten, verurtheilt. Aber das heldenmüthige Auftreten, verbunden mit dem umfangreichen Wissen der Angeklagten, deren Reden durchweg als Glanzpunkte des ganzen Prozesses bezeichnet werden müssen und zum Theil noch erhalten sind, erweckte allgemeine Bewunderung. Anstatt zu verzweifeln, verstanden sie es, aus dem Gefängniß heraus, wo sie bis zum Prozeß gegen zwei Jahre geschmachtet hatten, ihren Freunden und Angehörigen Muth zuzusprechen. Daß hierdurch eine weitere Anzahl von Studenten noch kompromittirt war, veranlaßte dieselben, nach dem Ausland, zunächst nach Galizien, Ungarn, Paris, London und Zürich zu gehen, um von hier aus die Propaganda erfolgreicher betreiben zu können. Von hier aus wurden auf den verschiedenen Wegen, unter den größten Gefahren, Flugschriften nach Rußland eingeschmuggelt und verbreitet. Hauptsächlich lassen sich hierbei 2 Hauptrichtungen unterscheiden, von denen die friedlichere oder loyale zunächst darauf ausging, einen großen Bund von Arbeitern zu organisiren, um Verbesserung der Löhne und Zustände in den Fabriken herbeizuführen. Die andere radikale Richtung, die Terroristen, versuchen namentlich die Fabrikanten, welche die Forderungen nicht bewilligen, in Schrecken zu versetzen durch körperliche Züchtigung, Ueberfälle und dergleichen Mittel, die sie als den „ökonomischen Schrecken" bezeichnen. Als aber die Polizei durch einen Ukas verlangte, daß alle Fabrikarbeiterinnen sich der Sittenkontrolle unterziehen sollten, entstand hiergegen eine allgemeine Entrüstung, welche die Zurücknahme des Ukas veranlaßte. Dieses Ereigniß war der erste große moralische Erfolg unserer Genossen in Warschau und Polen, der uns immer mehr Anhänger verschaffte und vor einigen Jahren, wenn auch unter großen Opfern, zur ersten Maidemonstration führte. Gegenwärtig sind aber nicht nur eine große Anzahl Broschüren ins Russische und Polnische überletzt, sondern die Arbeiter sind auch über die westeuropäischen und besonders deutschen Arbeiterverhältnisse schon sehr gut unterrichtet. In den kleinen polnischen Städten, wo die Lehrlingszüchterei noch am scheußlichsten betrieben wird, finden die sozialistischen Ideen immer mehr Eingang, wobei die große Aufopferung und erstaunliche Anspruchs- und Bedürfnißlosigkeit einzelner Genossen Bewunderung erregt. Betten und Hausgeräthe hat man verkauft oder versetzt, nur um die Herstellung und Verbreitung der Broschüren zu ermöglichen. In Galizien, wo die Polen eine gewisse Autonomie und demzufolge größere Freiheit besitzen, wird von den Studenten auf den Universitäten in Lemberg und Krakau die Agitation befördert, auch ist bereits eine Zeitung „Der Arbeiter" gegründet, welche die weiteste Verbreitung hat. Leider kann in Deutschland, besonders in Posen und Oberschlesien die Bewegung unter der polnischen Bevölkerung nicht so intensiv betrieben werden, wenn es auch schon gut vorwärts geht. In Berlin, wo ca. 80 000 Polen ansässig sind, giebt es allein 42 polnische Vereine. Wenn der eine sozialistische Verein sich mit der Agitation eifrig befaßt, wird die Bewegung trotz aller Vorurtheile gegen die Polen vorwärts gehen. Merkowsky ergänzte hierauf die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen in sehr treffender Weise dahin, daß man es den polnischen Genossen in Deutschland, wo Polen und Sozialisten gleichmäßig unterdrückt werden, nicht verargen könne, wenn sie eine selbständige sozialdemokratische Partei bilden, weil die Agitation eben eine andere ist. Der aufgeklärte Pole habe die Forderung der Wiederherstellung Polens längst aufgegeben, weil diese nur im kapitalistischen Sinne erfolgen würde. Im übrigen haben die Polen eben eine konservative Gesinnung, die man berücksichtigen muß. Man möge also ihre Besonderheiten in der Agitation, wie sie auch in der Resolution auf dem Londoner Kongreß zum Ausdruck gelangte, nicht falsch auffassen. Denn hier bei uns in Deutschland, wo man im Reichstage ungescheut sagen konnte, daß die Menschen die besten seien, welche nicht lesen und schreiben können, haben wir alle einen schweren Kampf, in welchem die Polen den deutschen Genossen als treue Mitkämpfer zur Seite stehen. (Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Sassenbach, erstattete hierauf kurzen Bericht über die Thätigkeit des erst seit einigen Monaten neugegründeten Wahlvereins, der, trotz des Köllerkoups, den früheren aufgelösten Verein wieder ersetzt und bereits 258 Mitglieder zählt. Der Kassenbericht ergiebt eine Einnahme für das dritte bezw. erste Quartal von 150,30 M. Ausgabe: 88,80 M., so daß ein Bestand von 61,50 M. verbleibt. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bekundet, wurde dem Kassirer einstimmig Entlastung ertheilt. Auf Antrag Rosch wurde der bisherige Gesammtvorstand auf's neue von der Versammlung bestätigt. Der Antrag Richter: Die Vereinsversammlungen nicht immer auf denselben Tag anzuberaumen, wurde nach kurzer Diskussion, an der sich Sassenbach, Franz und Rack betheiligen, mit großer Mehrheit abgelehnt und dem Vorstand freie Wahl gelassen. Sassenbach ersucht um recht zahlreiche Betheiligung, namentlich der Frauen, an den von Privatpersonen arrangirten Unterhaltungs-Abenden, um eine engere Verbindung unter den Genossen in Zukunft herbeizuführen.

Die Metallarbeiter hatten für Dienstag Abend eine öffentliche Versammlung einberufen, die auch wegen der Tagesordnung gut besucht war. Frau Rohrlack referirte in eingehender Weise über „die Arbeitsverhältnisse in den Allgemeinen Elektrizitätswerken in der Schlegelstraße". Den Arbeiterinnen bleibe bei ihrer Hilfslosigkeit nichts übrig, als sich an die öffentliche Meinung zu wenden, um die dortigen Lohnverhältnisse, das Lehrlingswesen, die Günstlingswirthschaft, Behandlung und sanitären Mißstände einer Kritik zu unterziehen. Bei der in den Großbetrieben üblichen Theilarbeit, haben wir es hier mit einzelnen Stationen zu thun. In erster Linie ist es die sogenannte „Pumpstation", wo zirka 60 männliche und 8—900 weibliche Personen beschäftigt sind. Dort herrscht im allgemeinen 10stündige Arbeitszeit bei 15 Pfennigen Stundenlohn; im Akkord können 4,50—12 M. verdient werden. In jedem aus der Bläserei kommenden Kasten befinden sich 100 Stück Glasbirnen, von denen durchschnittlich 15—20 Stück defekt sind, aber von den Arbeiterinnen nicht nur umsonst nachgearbeitet, sondern auch der fehlende Stempel bezahlt werden muß. Selbst wenn, wie beim Luftleerpumpen der Birnen, das Material schlecht ist, kommt es vor, daß die Arbeiterinnen den Schaden tragen müssen. Bei der Arbeit am Manometer hat die Arbeiterin ein noch größeres Risiko; für ein zersprungenes Glas sind 50 Pfennige, für beide 1 Mark zu zahlen, so daß sie bei einigem Pech am Lohntage möglicherweise noch das Krankengeld mitbringen kann. Fast jede Arbeiterin ist gezwungen, ein Lehrmädchen zu nehmen unter Hinweis für den von diesem verursachten Schaden eventuell aufkommen zu müssen. Arbeitsbücher sowie Lieferzettel seien für die Arbeiterinnen eine Rarität und beruht im großen und ganzen das Arbeitsverhältniß auf dem Vertrauen zum Herrn Obermeister Salz. Für Zuspätkommen werden 20 Pf., desgleichen für Verlieren der Kontrollmarke, wenn auch ohne Verschulden, abgezogen. Von den für Kranken-Unterstützung zu verwendenden Strafgeldern sollen Frauen 3 M. und Männer 6 M. erhalten, indessen ist den beschäftigten Personen das Mitsprechungsrecht bei der Abrechnung hierüber abgeschnitten. Auch die Behandlung seitens des Vorgesetzten lasse viel zu wünschen übrig und kommt es nicht selten vor, daß die Arbeiterinnen mit Schimpfworten belegt werden. Ein Beschwerderecht giebt es natürlich nicht. Die sanitären Verhältnisse sind ungenügend. In denselben Räumen, in denen das Färben und Beizen der Lampen vorgenommen wird, sind auch die Arbeiterinnen gezwungen die Mahlzeiten einzunehmen, trotzdem die entstehenden Dünste unerträglich sind. Der Mangel getrennter Ankleideräume für männliche und weibliche Personen, sowie das Fehlen von Handtuch und Seife sei ein Uebelstand, der dringend der Abhilfe bedarf. Auf der Gipsstation werden für 100 Lampen im Akkord 3,00 M bezahlt; wer beim Sprechen ertappt wird, kommt auf Stundenlohn, was dann etwa nur 1,50 M. ausmacht. In der Wäscherei der Glocken betrug früher der Lohn 9,50 M., jetzt nur 8,50 M.; im Akkord können bei zehnstündiger Arbeitszeit 10—12 M. verdient werden. Aber die Beschäftigung ist nicht nur äußerst anstrengend, sondern auch ungesund infolge der scharfen Säuren, welche alsbald die Kleidung zerfressen und oft bis auf die Haut durchdringen. Die Gummihandschuhe zum Schutz der Hände werden alsbald durch den Glasgrad zerschnitten, so daß dann auch die Hände von der Säure zerfressen werden. Die Ausbesserung der Gummihandschuhe, wobei ein widerlicher und äußerst gesundheitsschädlicher Gestank entsteht, geschieht in einem Raum, wo 24 Arbeiterinnen bei sehr schlechter Ventilation beschäftigt sind. Für schlecht gewaschene Glocken werden Strafen festgesetzt, von denen die Arbeiterin erst am Lohntag erfährt. Bei größter Anstrengung vermögen die Arbeiterinnen im Akkord nur 2 M. zu verdienen. In der Glasbläserei sollen im Akkord zwar bis 30 M. pro Woche verdient werden, aber gewöhnlich hält es eine Arbeiterin nur drei Monate aus, da sie bei der anstrengenden Thätigkeit darauf ebenso lange krank liegt und sich gewöhnlich Lungenleiden einstellt. Die Arbeitsplätze seien so dicht bei einander, daß sich die Arbeiterinnen öfter gegenseitig die Haare abbrennen. Die Schutzvorrichtungen seien ebenfalls ungenügend. Rednerin schließt ihre mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen in der Voraussetzung, daß die Gewerbe- und Fabrikinspektoren bezw. die Behörden die Zustände in jenen Betrieben untersuchen und für Beseitigung derselben sorgen werden. In der Diskussion wurden von Mohrig und Kurgast einige weitere Uebelstände erwähnt, während Frau Dnoch verlangt, daß weibliche Fabrikinspektoren angestellt werden. Zum Schluß der Versammlung gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, wonach sich sämmtliche Arbeiterinnen verpflichten, für Beseitigung der Uebelstände einzutreten und sich dem Verband der deutschen Metallarbeiter anzuschließen.

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung der Gastwirthsgehilfen, die am Freitag in den „Arminhallen" tagte, referirte Genosse H. Pötzsch über die Innungs- und Handwerker-Vorlage unter besonderer Berücksichtigung des Gastwirthsgewerbes. Der Redner erörterte in einem eingehenden Vortrage die einzelnen Bestimmungen der Vorlage, die er im allgemeinen sehr skeptisch beurtheilte. Im Anschluß daran kritisirte er die Leistungen der bestehenden Innungen, die nach den gemachten Erfahrungen keineswegs den Anforderungen entsprächen, die man auf grund der gesetzlichen Vorrechte, welche ihnen bereits jetzt eingeräumt sind, beanspruchen könnte. Redner kommt zu dem Schluß, daß auch das geplante Gesetz nicht dazu angethan sein wird, dem Handwerk, welches mit dem Fortschritt der Technik dem Untergang unaufhaltsam entgegen geht, den sogenannten goldenen Boden wiederzugeben. Innungsmeister Gastwirth Fr. Günther- der in längeren Ausführungen gegen die Ausführungen des Referenten polemisirt und die Einrichtungen der hiesigen Gastwirthe-Innung als: Arbeitsnachweis, Fachschule, Krankenkasse ꝛc. auch für die Gehilfen als nützlich erachtet, hofft durch das Innungsgesetz eine Verbesserung der Lage des Handwerks. Ihm entgegneten außer dem Referenten die Kollegen Zeiske und Großer. Zur Annahme gelangt schließlich folgende Resolution: „Die Versammlung hält den vorliegenden Innungsentwurf — hauptsächlich aber in bezug auf das Gastwirthsgewerbe — nicht im entferntesten dazu angethan, eine Verbesserung der Lage der Gehilfen herbeizuführen; vielmehr erblickt sie in dieser eine weitere Bevormundung der einzelnen Gewerke durch die Behörde und protestirt energisch gegen die Einführung von Innungen, durch die kategorisch eine weitere Knebelung der nach Freiheit strebenden Arbeiter herbeigeführt werden soll." — Nachdem der Vertreter der Gastwirthsgehilfen in der Gewerkschaftskommission, Kollege Zeiske, über die Thätigkeit derselben Bericht erstattet hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Weißensee. In einer öffentlichen Versammlung der Textilarbeiter, die am 26. September tagte, referirte Kotzke in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: Welche Forderungen stellen die Hausweber an Staat und Gesellschaft? Im Anschluß hieran forderte Brunzlow die Anwesenden zum Beitritt in den Textilarbeiter-Verband auf, worauf der Schluß der Versammlung erfolgte.

Vermischtes.

Zum Instanzenzug erhalten die „Grenzboten" folgendes erbauliche Beispiel: „Das preußische Kultusministerium wünscht eine Kommission zur Herausgabe alter Kunstdenkmäler zu bilden und fordert einen Leipziger Professor auf, dieser Kommission mit beizutreten. Nicht aber durch einen einfachen, direkten Brief, sondern die Angelegenheit geht den Instanzenweg. Zuerst tritt die diplomatische Maschine in Thätigkeit: der preußische Gesandte giebt die Sache an das Auswärtige Ministerium in Dresden, dieses wendet sich an das Ministerium des Innern. Es folgen Kreishauptmannschaft, Stadtrath, Polizeidirektion. Schließlich erscheint ein Gewappneter bei dem Professor und zitirt ihn aufs Polizei-Amt: „Der Herr Referendar X. wünschen aber, daß Sie gleich kommen." Unser Freund, auf hochnothpeinliches gefaßt, geht auch gleich und erfährt nach einem kleinen Verhör, daß ihn der preußische Kultusminister um eine Gefälligkeit ersucht! So war durch den Instanzenzug nicht blos eine Menge Zeit und Papier verloren, sondern eine Bitte und Anfrage auch glücklich in eine ungehörige Form gebracht!"

Die Kleophas-Grube. Wie die „Kattowitzer Zeitung" meldet, wurde in der Kleophas-Grube am Mittwoch Abend durch den Zusammensturz eines Theiles der Holzverkleidung eine Anzahl Leute verschüttet, von denen einer getödtet und vier verletzt wurden.

Zu einem Zwischenfall kam es in Ansbach bei der Prüfung für den Einjährig-Freiwilligendienst. Ein Prüfling namens Haller aus Nürnberg erhielt bei dem deutschen Aufsatz die Note IV, was die weitere Theilnahme an der Prüfung ausschließt. Als ihm dies durch den Vorsitzenden in Anwesenheit der Kommissionsmitglieder eröffnet wurde, entgegnete er: „Wenn er auch so, wie im Vorjahr ein Herr von L. aus Ansbach, die Aufgaben vorher gehabt hätte, würde er nicht durchgefallen sein." Der Prüfling hielt den schweren Verdacht auch nach Einsprache und Verwahrung der Kommissionsmitglieder noch aufrecht. Wie die „Fränk. Ztg." weiter hört, wurde er später vernommen, und es werden bereits einige Namen von Herren außerhalb der Kommission genannt, die mit der Sache im Zusammenhang stehen sollen. Eine strenge Untersuchung soll eingeleitet sein.

Der brünstige Hirsch. Aus Gmunden wird berichtet: Herzog Albrecht von Württemberg schoß auf der Jagd bei Hinterstoder einen Brunsthirsch an, welcher sich nunmehr gegen den Herzog und den Jäger wandte. Der Herzog und der Jäger kamen zu Fall. Der Herzog erlitt eine Quetschung des linken Vorderarmes und eine Verletzung am rechten Mittelfinger. Die Verletzungen des Herzogs und des Jägers sind jedoch leicht. Die Jagd wurde abgebrochen.

Eisenbahn-Unglück. Aus Wien wird gemeldet: Wegen nicht rechtzeitig gestellten Distanzsignals stieß in der Nacht zu Freitag in Brodek (Mähren) ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Ein Bremser wurde erheblich und neun Passagiere leicht verletzt.

Französische Zarentollheit in der Küche. Dem „B. B.-C." wird aus Paris berichtet: „Alle Welt weiß, daß Spargel nur im April, Mai und Juni wächst und sich allenfalls, wenn auch mit großen Mühen und geringer Aussicht auf Erfolg, für den Dezember in Treibhäusern ziehen läßt. Aber im Oktober schönen, frischen Spargel zu erzielen, galt bisher und gilt wohl noch immer für eine Unmöglichkeit. Den weit berühmten Gemüsegärtnern von Carpentras, die ebenso patriotisch, als geschickt sind, ist es nun gelungen, das Unmögliche möglich zu machen, und dank ihrer Kunst wird der Zar bei dem Diner im Elysée am 6. Oktober frisch gebrochenen Spargel essen können. Jedes der Bündel dieser Herbstspargel wird aus 30 Stücken bestehen und 90 Fr. kosten. Die einzelne Spargelstange kommt somit auf 3 Fr. zu stehen. Da anzunehmen ist, daß man nicht nur dem Zaren allein, sondern allen 200 Gästen diesen Leckerbissen serviren wird, mögen Hausfrauen, die sich vor dem Schwindligwerden nicht ängstigen, berechnen, mit welcher Summe das Wirthschaftsbuch des Elysée durch diesen einen Gang belastet wird."

Sonja Kowalewski. Auf dem Grabe der auf dem Neuen Kirchhof bei Stockholm liegenden Frau Sonja Kowalewski wurde dieser Tage ein Denkmal enthüllt. Frau Kowalewski, die in Heidelberg, Berlin und Göttingen studirt hat und an letzterer Universität die Doktorwürde errang, hat mehrere werthvolle, zum theil deutsch geschriebene wissenschaftliche Werke herausgegeben und 1883 für ein Werk einen Preis der französischen Akademie der Wissenschaften erhalten, der sogar aus diesem Anlaß von 3000 auf 5000 Fr. erhöht wurde. Seit 1884 war Frau Kowalewski Professor der Mathematik an der Universität in Stockholm.

Ein entsetzliches Ereigniß wird aus Burlington (Jowa) gemeldet: Während der Parade, welche am Donnerstag zur Feier des fünfzigsten Jahrestages der Aufnahme Jowa's in die Union stattfand, brach eine Zuschauer-Tribüne zusammen. Dreißig Personen wurden verletzt, der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Stevenson erlitt eine leichte Quetschung.

Aus Kairo wird berichtet: Die Cholera ist in Egypten als erloschen zu betrachten, aus dem ganzen Lande werden nur 8 Todesfälle an Cholera gemeldet; in Kairo und Alexandrien ist kein weiterer Fall vorgekommen.

Zwei Kenner. Jochen: „Na, Hannes, was hat's denn gutes zu essen 'geben auf der Stadthochzeit?" Hannes: „Gaulasch und Roßbeef mit Aeppelkompott." Jochen: „Dunnerwetter ja! war das allens vom Pferd?" Hannes: „Nee, die Aeppel nich."

Witterungsübersicht vom 2. Oktober 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm reduzirt auf d. Meeresniv.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0°C. = 4°R.)
Swinemünde .	768	ONO	1	wolkig	12
Hamburg . .	768	OSO	2	Nebel	10
Berlin . . .	768	NO	2	bedeckt	12
Wiesbaden . .	766	Still	—	wolkig	13
München . .	765	NO	4	bedeckt	9
Wien	765	Still	—	Nebel	9
Haparanda . .	758	SW	2	bedeckt	9
Petersburg . .	771	SO	1	wolkenlos	4
Cork	765	S	1	halb bedeckt	14
Aberdeen. . .	760	SSW	3	halb bedeckt	14
Paris. . . .	767	N	1	bedeckt	10

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 3. Oktober 1896.
Milde, theils heiter, theils wolkig mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

A. B. Die Heizer der Werftdivision sind am 1. Oktober eingezogen. Schlosser, Maschinenbauer, Kupferschmiede, Schiffszimmerer, Schneider, die für die 1. Werftdivision (Kiel) ausgehoben sind, werden am 3. Februar nächsten Jahres eingezogen, die für die 2. Werftdivision (Wilhelmshaven) ausgehobenen am 1. Februar nächsten Jahres.

Joseph. Derartige Institute finden Sie im Annoncentheil bürgerlicher Blätter recht zahlreich angepriesen. Wir können Ihnen keines besonders empfehlen.

A. Kl., Lebuserstraße. Ohne mündliche Rücksprache nicht zu beantworten. — **O. W. 22.** Sie würden die Angelegenheit wohl in der Art auf das einfachste regeln können, daß Sie das Haus (unter Anrechnung des zu der Schuldenzahlung früher Verwendeten auf den Kaufpreis) Ihrer Frau gerichtlich verkaufen. — **W. R.** Das häusliche Gesinde unterliegt in Preußen keiner Krankenversicherung. Sie, nicht die Herrschaft, hätten für die Kosten

aufzukommen. — **F. R. 10.** Beschweren Sie sich beim Polizeipräsidium. — **Janvirs.** Nicht das Berliner Gewerbegericht, sondern das für W. zuständige Amtsgericht ist zur Entscheidung berufen. — **Pfölzno.** Ihr Versprechen ist leider bindend. Im Prozeß würden Sie nur dann gewinnen, wenn der gerichtliche Sachverständige und der Richter zu der Ueberzeugung gelangen, daß der Arzt völlig verkehrt unter Außerachtlassung der einfachsten Kenntnisse seines Handwerks gehandelt hat. Dies Ergebniß ist aber ein sehr seltenes. — **O. 2. Pankow.** Sie können eine schriftliche Gegen-Erklärung abgeben, können das aber auch unterlassen und ohne Erwiderung den Termin abwarten. — **L. K., F. B. 100, K. W.** Ja. — **L. 88.** Sie können Uebergabe einer brauchbaren Wohnung verlangen und falls bis zum bestimmten Termin solche Uebergabe nicht erfolgt, vom Vertrag zurücktreten und Schadenersatz verlangen. — **G. N. H. B.** Dem Lehrmeister ist leider in gleichem Umfang wie dem Vater das Zuchtrecht eingeräumt. Falsche Rechtsprechung versteht darunter auch Züchtigungsrecht. — **K. Wrangelstr.** Den Spiegel und die Spinden könnte er einbehalten. — **M. S. 1096.** Die Forderung des Wirths ist berechtigt. — **H. S.** Wenn die Thierchen in so unvertilgbarer Anzahl und Bosheit vorhanden sind, daß dadurch nach Ansicht des Richters die Wohnung unbrauchbar wird, so kann der Miether vom Vertrage zurücktreten, nachdem er den Vermiether vergeblich zur Beseitigung der Thierlein aufgefordert hat. — **Minerva I, N. L. 19, M. G.** 1. Ein Satz besteht darüber nicht. 2. Ja, falls dies zum Unterhalt nothwendig. 3. Nein. — **O. K.** Sie können die Baulichkeit herstellen lassen und die entstandenen Kosten von der Miethe abziehen, falls der Wirth trotz Fristsetzung die bauliche Aenderung nicht selbst vornimmt. — **G. H. 200.** 1. und 2. Die Sachen der Frau haften nicht für Schulden des Mannes. Der Gerichtsvollzieher kann indeß die Sachen pfänden. Die Frau muß dann interveniren. 3. und 4. Nein. — **Alter Abonnent.** 1. Nein. 2. Zwei Jahre. — **1000.** Das hängt von dem uns unbekannten Inhalt des Statuts und davon ab, ob in der That der Mann ausgeschieden ist. Sprechen Sie gelegentlich mit Statut in der Sprechstunde vor. — **G. J. Breslau.** 1. Das ist verschieden. 2. Ja. 3. Aber! — **F. B. 200.** Wegen Beleidigung der Ehefrau kann sowohl sie selbst wie ihr Ehemann klagen. — **Kreuschner.** Es müßte geklagt werden. Jedoch unterbleibt wegen der Schwierigkeit des Beweises die Klage besser. — **Bethe.** Sie müssen sich an das Vormundschaftsgericht behufs Regelung der Erziehungsfrage wenden. Liegt kein besonderer Ausnahmegrund vor, so sind die Kinder Ihnen zuzusprechen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, 3. Oktober.

Opernhaus. Das Heimchen am Herd.
Schauspielhaus. Ein Volksfeind.
Deutsches Theater. Morituri.
Berliner Theater. Die offizielle Frau.
Lessing-Theater. College Crampton.
Theater des Westens. Tausend und eine Nacht.
Neues Theater. Der Kampf der Frau.
Thalia-Theater. Gebildete Menschen.
Residenz-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Ninette im Schnee.
Theater Unter den Linden. Die Lachtaube.
Schiller-Theater. Ein Schritt vom Wege.
Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Belle-Alliance-Theater. 'n tolles Mädel.
Volks-Theater. Ein vorsichtiger Mann, Pladderadautz.
Friedrich Wilhelmstädt. Theater. Der Hüttenbesitzer.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Ein Schritt vom Wege.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Emilia Galotti.** — Abends 8 Uhr: **Wohlthäter der Menschheit.**

Friedrich Wilhelmstädt. Theater
Chausseestr. 25/26. Dir. **Max Samst.**
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Aufzügen nach dem gleichnamigen Roman v. George Ohnet. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, zum ersten Male: **Das Käthchen von Heilbronn.** Romantisches Schauspiel von Heinrich von Kleist.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, Klassiker-Vorstellung: **Maria Stuart.**

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: **Karl Weiss.**
Der deutsche Michel.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von **R. Kneisel.**
Anfang 7½ Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: **Richard Schultz. Emil Thomas a. G. Eduard Steinberger a. G.**
Zum 14. Male:
Eine wilde Sache.
Große burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund. Musik von J. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen: Eine wilde Sache.

Alexanderplatz-Theater.
Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Aufzügen. (Bons haben Wochentags Giltigkeit.) Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Ohne sittlichen Halt.**
Sonntag, 4. Oktober, Nachm. 4 Uhr: **Tischlein deck' dich, Esel streck' dich, Knüppel aus dem Sack.** Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Eugen Prudens.

Vogler's Casino
fr. **Weltrestaurant, Dresdenerstr. 97**
Im vorderen Saal:
Tyroler Concert
Entree vollständig frei!
Im ersten Theatersaal die unübertreffl.
Hamburger Sänger.
Im zweiten Theatersaal:
Variété u. Spezialitäten-Theater.
Auftreten v. Kunstkräften I. Ranges. Aufführung v. Possen u. Singspielen. Anf. Wochentags 7½ Uhr. Sonnt. 6 Uhr.
Billards. 4 neue Kegelbahnen.
Sorgf. gepfl. Biere, anerk. gute Küche.

Thalia-Theater
(vormals: **Adolph Ernst-Theater**)
Dresdenerstr. 72/73.
Direktion: W. Hasemann, königl. preuß. Kommissionsrath.
Gebildete Menschen.
Volksstück in 3 Akten v. Viktor Léon.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Spezial-Ausstellung
KAIRO
Von 7 Uhr nachmitt. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.
Schaustellungen der Beduinen
5 und 7½ Uhr.
Konzert v. 5 Kapellen.
Entree 50 Pf. Kinder d. Hälfte.

Alt-Berlin.
Bei günstiger Witterung nachmittags 3, 4 und 5 Uhr:
3 große historische Umzüge
1 altdeutsches Musikkorps
1 Elite-Kapelle
Süddeutscher Sänger-Chor „Alemania".
8 Damen u. 8 Herren in schwäbisch. Kostüm.
Eintritt: 25 Pfg.

Kaufmann's Variété
Halbe Menschen
und **20 Elite-Nummern**
Sensations-Programm.

Treptow. Parkschlößchen
empfiehlt sich den Vereinen und Gesellschaften. * **C. Kümpel Ww.**

Circus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Sonnabend, 3. Oktober 1896,
Abends 7½ Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Miss Bliss, Athlète à machoire,
Sensationell 8 neu dreff. russ. Fuchshengste als Thurmspringer. Zum I. Male: 8 russ. Rapphengste, dreff. und vorgef. vom Dir. **Busch. Wellington,** russ. Hengst, ger. v. Herrn **Eugen Salamonski. Alligator,** ostpr. Hengst, dreff. u. ger. v. Herrn **Foottitburghardt.** Auftr. des beliebten Klowns Mr. **Alfred Daniels.** Spezialitäten I. Ranges.
Sensationeller Erfolg!
Millennium, Bilder a. Ungarn.
Sonntag: 2 Vorstell. Nachm. 4 Uhr (ein Kind unter 10 Jahren frei) und abends 7½ Uhr: **Millennium.**

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57–62 Lehrt. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit.

42 wilde Weiber aus **Dahomey.**

Castan's Panopticum
Neu! Neu! Neu! Neu! Neu!
Die wunderbaren **indischen Pygmäen**
Ur-Australier (Kannibalen)

Volks-Theater
34 Reichenbergerstrasse 34
Haltestelle der Pferdebahnen: Rothhuser Thor.
Sonnabend, den 3. Oktob. 1896:
Eröffnungs-Vorstellung.
Berliner Possen-Cyclus No. 1
Ein vorsichtiger Mann!
Posse mit Gesang in 3 Bildern von G. v. Moser u. Ed. Jacobson. Musik v. R. Bial. Regie: **August Reiff.**
Hierauf:
Variété fremder Künstler.
Zum Schlusse:
Pladderadautz.
Berliner Rückblicke in Wort und Bild von **Oscar Wagner.**
I. Serie: **Berl. Gewerbe-Ausstellung.**
Anf. 7½ Uhr. Entree 50 Pf. bis 3 M.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: **Winkler & Fröbel.**
Das neue Riesen-
Oktober-Programm
Sehen! 40 Staunen!
Künstler ersten Ranges.
Auf vielseitigen Wunsch:
Verlängertes Gastspiel
der urdrastischen Pantomime
Im Reiche der Schatten.
Anfang 7½ Uhr. — Entree 30 Pf.

H. Ebert's Festsäle,
72. Kommandantenstr. 72.
Empfehle meine Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen ꝛc.
Habe noch einige **Sonnabende im Oktober und November frei.**
Jeden Sonntag: Ball.

Nur noch 14 Tage 2 Vorstellungen täglich Nachm. 5–7; Abends 9–11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient"
Olympia
Riesentheater.
Uebertrifft alles bisher dagew.! Von Publikum u. Presse einstimm. anerkannt.

Alcazar.
Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse No. 52/53. City-Passage
Das Riesen-Oktoberprogramm enthaltend 14 Sensationsnummern
Li-Hung-Chang!
Das Neueste vom Neuen!
Margarethe Nasarowska.
Josephine von der Heilsarmee. Miss Ara. The two Gomez. Lotte Sieger. 3 Bollini. Adelaide und **Erich** u. s. w.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf.
R. Winkler.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: **J. Glück.**
Signor Bernardi
„Il Camaleonte".
Mlle. Fougère
die Unübertreffliche.
Ducreux und Giraldic.
Robert Steidl. 7 Troubadours
u. s. w., u. s. w., u. s. w.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich: **Konzert, Theater-Vorstellung.**
Auftr. von Spezialitäten.
Künstler I. Ranges.
Karlchens Tante.
Schwank in 1 Akt von Schmasow.
Neu! Neu! Neu!
Berliner Konfektionenen.
Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Gericke. Musik v. Schmidt.
Jeden **Sonntag, Dienstag** u. **Donnerstag** nach d. Vorstellung
Tanzkränzchen.

Empfehle mein
Weiß- u. Bayr.-Bier-Lokal.
Mittagstisch mit Bier 50 u. 60 Pf.
Saal für 250 Personen.
Große und kleine **Vereinszimmer,** mit und ohne Pianino, passend für Gesangvereine, Vergnügungsvereine, Klubs und Vorstände.
Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.
2 Billards, sowie **2 Kegelbahnen** stehen zur Verfügung.
Fritz Zubeil,
Lindenstr. 106.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich **Reichenbergerstraße 97** ein [766b
Weiss- u. Bairischbier-Lokal
(vorläufig in Vertretung) übernommen habe. Achtungsvoll
Carl Klauke, Restaurateur, früher Schöneberg, Goltzstr. 43.

Jeden Sonnabend großes **Gänse-Ausspielen. Pause,** Waldemarstraße 72, Ecke Manteuffelstraße. [765b

Jeden Sonnabend **Gänse-Ausspielen** bei **Voelz,** Breslauerstr. 9. [776b

Cohn's Hosenfabrik und Resterhandlung
befindet sich nicht mehr Pallisadenstr. 7 sondern nur 5923L*
Pallisadenstr. 3.

Album- und Lederwaaren-Fabrik
Oskar Gundau
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstraße.

Gr. Lager aller Arten Lederwaaren u. Schmucksachen zu billigst. Preisen.
Portemonaies ff. Kalbleder, aus einem Stück mit Goldtasche **Mk. 1,50.**

Als Vermählte empfehlen sich:
Siegfried Goldschmidt, Elisabeth Goldschmidt.
Liegnitzerstr. 14. [7685

Hiermit sagen wir allen Freunden und Bekannten, welche sich bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters betheiligt haben, insbesondere den Kollegen der Firma Friedrich Roßmann unseren innigsten Dank. 778b
Wittwe Sucker nebst Tochter und Schwiegersohn.

Zeugen, welche den Unfall am Sonnabend, d. 30. Mai, eines Radfahrers mit der elektrischen Bahn am Lausitzer Platz gesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse bei Scherkus, Falckensteinstr. 10, abzugeben. [767b

Einem Buchdrucker
(Parteigenosse) ist gesicherte Existenz geboten durch Uebernahme eines gut fundirten, täglich erscheinenden Arbeiterblattes und vieler Druckarbeiten von Gewerkschaften und Privaten. Die Uebernahme hat am 1. Oktober 1897 zu erfolgen. Die Zeitung erscheint im 7. Jahrgang in einer Stadt Mitteldeutschlands mit 215 000 Einwohnern.
Kapitalkräftige Buchdrucker, welche hierauf reflektiren, wollen ihre Offerte unter Chiffre **M. V. 1** an die Expedition dieses Blattes einreichen. *

Klavier, Violinunt. bill. Zossenerstr. 41 III

Unbemitt. Musikunterr. „K" Postamt 79.

Künstl. Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Achtung! Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten bei Bestellung umsonst.
Guckel, Lausitzerplatz 2, Elsasserstr. 12, Steglitzerstr. 71, I.

Mühlenstr. Nr. 8,
nahe Oberbaum, sind vom 1. Oktober eine Wohnung von 2 Stuben u. Küche und eine Wohnung von 1 Stube und Küche billig zu vermiethen. [5829L*
Der Verwalter.

Gen. f. sof. Schlafst. Rykestr. 36, Hintz.

Arbeitsmarkt.

Kartonarbeiterin sofort verlangt Koppenstr. 60, J. V. Riehn. 878b

Tüchtige Schneider auf feine Jacken u. Capes
(Tailor made)
finden dauernde Beschäftig. Probearbeit vorzuzeigen.
Kraft & Lewin

Pflasterarbeiter!
Für Hamburg gesucht ein durchaus tüchtiger selbständiger Pflasterarbeiter, Werth besonders auf gestrichene und Kautschuckpflaster gelegt. Antritt sofort. Gefl. Offerten sub **A. B.** an **Károly & Liebmann,** Hamburg. 282*

Zimmermacher,
circa 50 Mann, werden bei Velkener Lohntarif sofort verlangt und finden dauernde Beschäftigung auf **Mücke's Werke,** Lindow i. d. Mark, Bahnstation. Fahrpreis hin u. zurück 2,20 M.

Barbierlehrling verlangt Bähr, Gubenerstr. 58. [772b

6 tücht. Ofensetzer b. hoh. Akkord sof. verl. Huthmann, Töpfermst. Neu-Ruppin.

Versilberin s. Schultze, Wasserthorstr. 46.

Tischler auf Schreibtische verl. Peege, Rüdersdorferstr. 48. 775b

Einem Theil der heutigen Auflage liegt ein Prospekt des Verkaufshauses M. Grünberg Nachf., Müllerstr. 181, bei.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobsy in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 232. Sonnabend, den 3. Oktober 1896. 13. Jahrg.

Ein Sozialistenköder vor Gericht.

Die Strafthaten, welche dem früheren Polizeiverwalter von Tilsit, Stadtrath Witschel zur Last gelegt werden, haben wir vorgestern kurz skizzirt. Am Donnerstag begann die überaus interessante Verhandlung vor dem Schwurgericht zu Tilsit. Ueberaus bezeichnend für gewisse Zustände ist schon der

Lebenslauf Witschel's.

Er macht den Eindruck eines pensionirten Majors. Witschel heißt mit Vornamen Otto Rudolph Hermann. Er ist am 23. November 1839 zu Perleberg geboren, evangelischer Konfession, Premier-Lieutenant der Landwehr-Kavallerie außer Dienst. Am 1. April 1869 wurde er Katasterkontrolleur in Pr.-Eylau. Am 1. Juni 1882 wurde er in gleicher Eigenschaft nach Tilsit versetzt. Im Januar 1884 wurde er zum Steuer-Inspektor ernannt. Bis zum Jahre 1889 wurde er zehnmal disziplinarisch bestraft. Am 29. April 1891 wurde er aus seiner Stellung durch Entscheidung des königlichen Staatsministeriums im Disziplinarwege entfernt, weil unter anderen Anklagepunkten erwiesen war, „daß er eine von ihm angefertigte katasteramtliche Karte zum Zwecke der Täuschung seiner vorgesetzten Behörde heimlich abgeändert und durch eine zweite heimliche Abänderung diese Fälschung zu verdecken gesucht habe“. Nach seiner Dienstentlassung behielt Witschel seinen Wohnsitz in Tilsit.

Dieser Mann wurde am 13. Januar 1893 zum unbesoldeten Stadtrath in Tilsit gewählt und erhielt die behördliche Bestätigung, als Polizeiverwalter fungiren zu dürfen.

Witschel bemerkt, daß er auf Anregung des Bürgermeisters Stadtrath geworden sei. Im Dezember 1893 sei er Polizeiverwalter der Stadt Tilsit geworden. Dies Amt habe er bis Ende August 1895 verwaltet und sei dann freiwillig aus dem Amte geschieden. — Es wird hierauf der Anklagebeschluß verlesen. Danach beginnt die sachliche Vernehmung des Angeklagten.

Zunächst kommt zur Erörterung, wie

der Kampf gegen Hauptmann's Weber

von Witschel geführt worden ist. Der Angeklagte bemerkt: Der Direktor des hiesigen Stadttheaters kam um die Erlaubniß bei uns ein, „Die Weber“ aufführen zu dürfen. Ich verbot die Aufführung. Der Direktor bat, ihm doch die Aufführung zu gestatten, er werde alle anstößigen Stellen streichen. Ich erwiderte: Ich kenne das schon, es bleibt bei dem Verbot. Wir haben bis 1890 nicht einen einzigen Sozialdemokraten gehabt. Inzwischen sind Agitatoren aus Königsberg nach Tilsit gekommen und bei der Reichstagswahl 1893 wurden uns schon weit über 1000 sozialdemokratische Stimmzettel in die Urne geworfen. Sie, so bemerkte ich dem Theaterdirektor, haben „Die Weber“ in Memel zur Aufführung gebracht. Sie sind dort vorher in die sozialdemokratischen Versammlungen und Kneipen gegangen und haben dort die Leute aufgefordert, ins Theater zu kommen. Ich kann also unter keinen Umständen die Aufführung gestatten. Gleich darauf traf ich den Oberbürgermeister. Dieser sagte zu mir: Sie haben die Aufführung der „Weber“ verboten, das geht doch nicht, wir müssen die Aufführung gestatten. Ich erwiderte: Die Entscheidung über die Aufführung habe ich und ich kann die Aufführung des Stückes nicht gestatten, das der Sozialdemokratie Vorschub leistet. Der Oberbürgermeister versetzte: Was sich Se. Majestät der Kaiser in Berlin gefallen lassen muß, müssen wir uns auch gefallen lassen. Bedenken Sie doch, Tilsit ist eine freisinnige Stadt; was soll die Bürgerschaft, was soll die Stadtverordneten-Versammlung dazu sagen. Ich erwiderte: Das soll mir sehr gleichgültig sein, ich gestatte die Aufführung um so weniger, da auch der Herr Landrath damit einverstanden ist. Am selben Abend las ich jedoch in Zeitungen von dem Theaterdirektor: „Der Vorverkauf für die Aufführung der „Weber“ hat begonnen.“ Ich sagte: Die Aufführung ist doch verboten. Der Mann will blos ein volles Haus haben. Es werden sehr viele Billets gekauft werden und alsdann wird im letzten Moment gesagt werden: Die Aufführung der „Weber“ gestattet die Polizei nicht, deshalb muß ein anderes Stück aufgeführt werden. Um nun das Publikum vor Schaden zu bewahren, erließ ich sofort in den Zeitungen eine Anzeige, daß die Aufführung der „Weber“ verboten sei. Infolge dieser Anzeige stellte mich der Oberbürgermeister zur Rede, und als ich ihm erwiderte, daß ich die Aufführung der „Weber“ auf keinen Fall gestatte, sagte er zu mir: „Ich habe Ihnen das Polizeiamt übertragen und entsetze Sie hiermit feierlichst als Polizeiverwalter.“ Ich sagte dem Oberbürgermeister: Sie haben kein Recht, mich meines Amtes zu entsetzen, dazu ist nur der Regierungspräsident befugt. „Ich nehme Ihnen hiermit das Polizei-Amt ab,“ versetzte der Oberbürgermeister, „und ich gestatte die Aufführung.“ Ich telegraphirte indessen sofort an den Regierungspräsidenten. Dieser telegraphirte zurück: „Die Aufführung der „Weber“ hat zu unterbleiben.“ Ich begab mich darauf in die Expedition der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“ und forderte den Verleger, Herrn Otto v. Mauderode, auf, nochmals die Anzeige aufzunehmen, daß die Aufführung der „Weber“ verboten sei. Herr v. Mauderode sagte zu mir: „Diese Anzeige nehme ich nicht auf. Sie sind nicht mehr Polizeiverwalter, sondern der Oberbürgermeister. Im übrigen wird heute Abend etwas Schönes über Sie in der Zeitung stehen.“ Ich erwiderte: Ich werde Ihnen zeigen, daß ich doch noch Polizeiverwalter von Tilsit bin und werde, sollte etwas Ungesetzliches in der Zeitung stehen, dieselbe konfisziren lassen. — Präs.: Herr v. Mauderode und eine Komptoristin haben beschworen, Sie hätten gesagt: „Wenn die Anzeige heute Abend nicht in der Zeitung steht, dann werde ich dieselbe konfisziren lassen“. Sie haben dies aber eidlich in Abrede gestellt? — Angekl.: Ich habe selbstverständlich die Wahrheit gesagt. Es wäre ja doch Wahnsinn gewesen, wenn ich gesagt hätte: ich werde die Zeitung konfisziren lassen, wenn meine Anzeige nicht aufgenommen sei. Ich entnahm aus der Bemerkung des Herrn v. Mauderode, daß ein Schandartikel über mich in der Zeitung stehen werde. Deshalb sagte ich: Wenn etwas Ungesetzliches in der Zeitung stehen sollte, dann werde ich dieselbe konfisziren lassen. Die Komptoristin hat meiner Meinung nach mich mißverstanden und fahrlässig ausgesagt. Ich will nicht behaupten, daß v. Mauderode einen wissentlichen Meineid geleistet, allein v. Mauderode hat eine große Voreingenommenheit gegen mich. Zunächst ließ ich einmal infolge eines Verdachts bei dem in der v. Mauderode'schen Druckerei beschäftigten Maschinenmeister Metz Haussuchung halten. Der Polizeikommissar, der die Haussuchung leitete, sagte mir: Der Mann muß von der Haussuchung mindestens zwei Stunden vorher unterrichtet gewesen sein, dafür sprach der Art, wie die verschiedenen Schriftstücke durcheinander geworfen waren. Es wurden nun bei Metz eine Anzahl von Schriften gefunden, die von Gotteslästerungen strotzten. Ferner wurde ein Aufruf gefunden, in dem es hieß: „Dem Polizei-Allgewaltigen von Tilsit muß gezeigt werden, daß er nicht machen kann, was er will; der Mann muß ebenso ein Ende nehmen wie der Polizeirath Rumpf in Frankfurt a. M.“ Der Verfasser dieses Aufrufs war zweifellos ein sehr gewiegter sozialdemokratischer Agitator, denn ein einfacher Arbeiter weiß nichts von der seiner Zeit geschehenen Ermordung des Polizeiraths Rumpf. (?) Wintschel erklärt dann, wie er den

Polizeikampf gegen die russischen Flüchtlinge

geführt hat.

Ich bemerke außerdem, daß mich verschiedene hohe russische Beamte besuchten und mir sagten: sie hätten gehört, daß in Tilsit ein sehr schneidiger Polizeiverwalter sei. Sie baten mich, auf die Sozialdemokraten Tilsits doch ein sehr wachsames Auge zu haben. Rußland werde seit einiger Zeit mit nihilistischen Aufrufen überschwemmt, die zweifellos in Deutschland gedruckt werden. Diese Aufrufe enthalten die ärgsten Schmähungen gegen die russische Krone und die russische Regierung. Es werde in den Aufrufen gesagt, daß bei der nächsten Erhebung die lithauischen Arbeiter sich mit den polnischen und russischen verbinden werden. Es wurde uns nun berichtet, daß sich hier mehrere Russen unangemeldet aufhalten und daß solche vielfach in der Druckerei des v. Mauderode verkehren. v. Mauderode druckt nämlich außer seiner Zeitung kirchliche Bücher, Aufrufe und Plakate. Ich ließ deshalb einmal die v. Mauderode'sche Druckerei von einer Anzahl Polizeibeamten umstellen und es gelang uns, acht Russen, die sich hier unangemeldet aufhielten, zu verhaften. v. Mauderode protestirte gegen die Verhaftung mit dem Bemerken, daß die Leute nur mit kirchlichen Schriften handeln. Ich fand aber bei diesen eine Reihe nihilistischer Schriften und verfügte daher, die Leute sofort über die Grenze zu schaffen. v. Mauderode bat mich per Telephon, doch die Leute nicht an die russische Regierung auszuliefern, es seien das gute Bekannte von ihm, ich blieb jedoch bei meiner Verfügung.

Die Revolver-Angelegenheit

stellt Witschel wie folgt dar: Nachdem ihm v. Mauderode die Aufnahme der Anzeige verweigert hatte, er wieder ganz ruhig in sein Bureau gegangen sei. Darauf sei der Oberbürgermeister in sein Bureau gekommen und habe ihn aufgefordert, das Bureau zu räumen, da er nicht mehr Polizeiverwalter sei. Er habe erwidert: er könne nur vom Regierungspräsidenten seines Amtes entsetzt werden, er werde daher das Bureau nicht räumen und nur der Gewalt weichen. Er habe sofort an den Regierungspräsidenten geschrieben und dieser habe verfügt: er (Witschel) solle das Amt des Polizeiverwalters behalten. Der Regierungspräsident kam einige Tage darauf nach Tilsit und hatte mit ihm und dem Oberbürgermeister eine Unterredung im Hotel „Prinz Wilhelm.“ In dieser Unterredung verfügte der Regierungspräsident, daß er, Witschel, das Polizeiamt ferner behalten solle, und bat, die Unterredung als eine vertrauliche zu betrachten. Der Oberbürgermeister gab auch dem Regierungspräsidenten das Ehrenwort, zu niemandem etwas über die Unterredung zu sagen. Einige Tage darauf forderte ihn der Oberbürgermeister auf, doch freiwillig das Polizeiamt niederzulegen, es könnten sonst kleine Artikelchen in den Zeitungen erscheinen, die ihm unangenehm sein würden. Er erwiderte darauf: er fürchte diese Zeitungsartikel nicht; sollten aber dieselben eine Beleidigung gegen ihn enthalten, dann werde er den Strafantrag stellen. „Bedenken Sie aber, daß bei solchen Gelegenheiten immer etwas hängen bleibt,“ versetzte der Oberbürgermeister. Diese Bemerkung frappirte mich ungemein, so daß ich zu dem Oberbürgermeister sagte: Nun bedaure ich, als Sie mich zur Räumung des Polizeibureaus aufforderten, ich Ihnen nicht mit Gewalt, d. h. mit Waffengewalt gegenüber getreten zu sein. — Präs.: Der Herr Oberbürgermeister hat nun beschworen, Sie hätten zu ihm gesagt, Sie bedauerten, daß Sie ihm nicht mit dem Revolver gegenüber getreten seien; dies haben Sie in der Prozeßverhandlung gegen den Redakteur Epstein eidlich in Abrede gestellt? — Angekl.: Jawohl, ich bleibe auch heute noch dabei, nur gesagt zu haben: ich bedaure, Ihnen nicht mit Gewalt, d. h. mit Waffengewalt gegenüber getreten zu sein. — Präs.: Das Wort „Revolver“ haben Sie nicht gebraucht? — Angekl.: Bestimmt nicht, Herr Präsident. — Präs.: Es wird nun ferner behauptet, Sie hätten zu dem Stadtverordneten-Vorsteher Schlegelberger gesagt: Wenn Ihnen die Stadtverordneten-Versammlung ein Mißtrauen aussprächе, dann werden Sie sofort Ihr Amt als Polizeiverwalter niederlegen. Sie haben diese Aeußerung ebenfalls eidlich in Abrede gestellt? — Angekl.: Jawohl, Herr Präsident. Ich hörte, daß die Stadtverordneten-Versammlung sich mit meiner Angelegenheit beschäftigen wolle. Ich äußerte daher den Wunsch, dieser Stadtverordneten-Versammlung beiwohnen zu dürfen, zumal die Stadtverordneten über die Angelegenheit nur einseitig unterrichtet waren. Der Oberbürgermeister versetzte jedoch: es sei dies nicht zulässig, ich hätte mindestens drei Tage vorher angemeldet werden müssen. Ich habe alsdann zu dem Stadtverordneten-Vorsteher Schlegelberger gesagt: Ich bin ja mit dem Polizeiamt nicht verheirathet und würde, wenn mir die Stadtverordneten dauernd ihre Unzufriedenheit ausdrückten, die Polizeiverwaltung freiwillig niederlegen. Es fiel mir aber nicht ein, zu sagen: wenn die Stadtverordneten mir ein Mißtrauensvotum gäben, würde ich sofort mein Amt niederlegen. Ich konnte dies schon deshalb nicht sagen, da ich die Ueberzeugung hatte, daß die Stadtverordneten über meine Angelegenheit nur ganz einseitig unterrichtet waren.

Präs.: Nun sollen Sie einmal von dem Kutscher des Pferdehändlers Werthmann, Gawehn, als Sie in dessen Stall ein Pferd besichtigten, mit Gewalt aus dem Hofe hinausgeworfen worden sein. Sie haben dies aber eidlich in Abrede gestellt. — Angekl.: Jawohl, Herr Präsident, Gawehn hat mich nicht angerührt. Wenn er dies gethan hätte, dann würde ich aus Nothwehr den Mann sofort niedergeschossen haben. — Präs.: Sie haben in dem Prozeß Epstein beschworen, daß Sie einen Revolver bei sich trugen, während von anderen Zeugen beschworen wurde, daß Gawehn Sie doch gewaltsam hinausgeworfen habe und daß Sie einen Revolver damals garnicht besaßen? — Angekl.: Ich besitze schon seit 1893 einen Revolver und habe ihn an jenem Tage bei mir getragen. — Der Präsident läßt den Angeklagten aus der Anklagebank treten, um den Geschworenen zu zeigen, in welcher Weise er den Revolver bei sich trug. — Der Präsident läßt darauf eine kurze Pause eintreten. — Nach Wiederaufnahme der Verhandlung bemerkt der Angeklagte auf Befragen des Präsidenten über seine

Disziplinarstrafen:

Er sei 32 Jahre im Amte gewesen und sei während dieser Zeit neunmal disziplinarisch mit je ein und zwei Thalern Ordnungsstrafe wegen nicht rechtzeitiger Einreichung von Berichten bestraft worden. Es sei richtig, daß einmal aus Anlaß einer Ackerfläche ein Betrugsverfahren in Bartenstein gegen ihn geschwebt habe, weil die Fläche nicht richtig gemessen worden war und angenommen wurde, er als Feldmesser hätte dies wissen müssen. Das Verfahren sei aber sehr bald eingestellt worden. — Es wird hierauf die Entscheidung des kgl. Staatsministeriums (Vorsitzender: Staatsminister Dr. v. Bötticher) verlesen, wonach der Angeklagte im Jahre 1891 wegen Fälschung einer katasteramtlichen Karte u. s. w. sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, nicht würdig erwiesen und deshalb mit Dienstentlassung und 600 M. Ordnungsstrafe bestraft wurde. — Der Angeklagte bemerkt: Der verstorbene Regierungspräsident v. Steinmann habe zwei Jahre gezögert, ehe er das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet habe. Dies sei doch ein Beweis, daß der Regierungspräsident an seine Schuld nicht geglaubt und ihn für einen tüchtigen Beamten gehalten habe. Daß er in dem Rufe eines tüchtigen Beamten stand und die Regierung auf seine Vergehen keinen großen Werth legte, dafür spreche doch auch der Umstand, daß der Regierungspräsident ihn kurze Zeit nach der Dienstentlassung als Stadtrath und Polizeiverwalter bestätigt habe. Es wird hierauf zur

Zeugenvernehmung

geschritten. Der erste Zeuge ist der Verleger der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“, Buchdruckereibesitzer Otto v. Mauderode. Dieser bekundet: Eines Tages schickte mir Stadtrath Witschel eine Anzeige für die nächste Nummer meiner Zeitung, in der er die Aufführung der „Weber“ verbot. Da der Oberbürgermeister mir kurz vorher eine Anzeige geschickt hatte, wonach die Aufführung der „Weber“ gestattet war, so benachrichtigte ich den Herrn Oberbürgermeister. Dieser antwortete mir: „Nehmen Sie beide Anzeigen auf.“ Kurze Zeit darauf sagte mir der Herr Oberbürgermeister Thesing telephonisch: Lassen Sie die Anzeige des Stadtraths Witschel vorläufig weg und nehmen Sie noch folgende Anzeige auf: „Mit dem heutigen Tage habe ich die Polizeiverwaltung wieder übernommen. Thesing, Oberbürgermeister.“ Sehr bald darauf kam Witschel in mein Bureau und sagte: Ich möchte gern einmal sehen, an welcher Stelle der Zeitung meine Anzeige stehen wird. Ich antwortete: Ihre Anzeige wird nicht aufgenommen, der Oberbürgermeister hat mir eine entgegengesetzte Anzeige geschickt. Witschel sagte: Dann nehmen Sie beide Anzeigen auf. Als ich dies ablehnte mit dem Bemerken, daß er nicht mehr Polizeiverwalter sei, sagte Witschel: „Ich bemerke Ihnen, wenn Sie meine Anzeige nicht aufnehmen, dann werde ich um 5 Uhr nachmittags die Zeitung konfisziren lassen.“ — Ich erwiderte darauf: Dazu haben Sie kein Recht. — Präs.: Waren Sie damals sehr aufgeregt? — Zeuge: Ich war ganz ruhig, Herr Witschel war dagegen sehr aufgeregt. — Präs.: War Witschel sehr laut? — Zeuge: Jawohl. — Präs.: Nun behauptet Witschel, Sie hätten zu ihm gesagt: es wird heute Abend etwas Schönes in der Zeitung stehen. Daraufhin habe Witschel erwidert: Ich warne Sie, wenn in der Zeitung etwas Ungesetzliches stehen sollte, dann werde ich die Zeitung konfisziren lassen. — Zeuge: Das bestreite ich ganz entschieden, ich erinnere mich der damaligen Unterredung sehr genau. — Präs.: Können Sie sich nicht irren? — Zeuge: Nein. — Witschel bemerkt: Der Zeuge sei ihm sehr feindselig gesinnt. Dieser habe monatelang Russen, die nihilistische Schriften bei ihm drucken ließen und vertrieben, bei sich versteckt gehalten; er habe dieselben jedoch verhaftet und über die Grenze schaffen lassen. — v. Mauderode: Ich bemerke, daß ich streng bei der Wahrheit geblieben bin und mich durch nichts habe beeinflussen lassen. Ich gebe zu, daß ich bisweilen Russen, die aus nichtigen Gründen von der russischen Regierung verfolgt wurden, bei mir beherbergt und nicht polizeilich angemeldet habe. Es mag ja das nicht ganz den polizeilichen Vorschriften entsprechen, von einem Verstecken kann aber keine Rede sein; einen Versteck habe ich in meinem Hause nicht. Im weiteren bemerke ich, daß in meiner Druckerei wohl Schriften in lithauischer Sprache, niemals aber nihilistische Schriften gedruckt wurden. Ich habe einmal einen russischen Studenten, einen sehr anständigen jungen Mann, beherbergt, der von der russischen Regierung verfolgt wurde, weil er Schriften über Sibirien bei sich führte. Um ihn nicht der Gefahr auszusetzen, daß er von Witschel der russischen Regierung ausgeliefert wurde, habe ich denselben nicht polizeilich angemeldet, sondern ihm mit Hilfe von Freunden zur Reise nach Amerika verholfen. — Witschel bemerkt: v. Mauderode hat einmal einen gewissen Angrabaß beherbergt, dessen Verhaftung ich verfügte, sobald er nur den Bahnhof in Tilsit betreten sollte. Ich wußte genau, was dieser Mann in Loretto und Zürich gemacht hatte. Ich frage den Zeugen, wo sich dieser Angrabaß jetzt aufhält. Der Zeuge hat ferner einen gewissen Johes und einen anderen Russen beherbergt. Letzterer hat sich fälschlich als katholischer Priester ausgegeben und noch die Frechheit gehabt, sich als solchen dem hiesigen katholischen Pfarrer vorzustellen. — v. Mauderode: Ich weiß selbstverständlich nicht, wo sich Angrabaß jetzt aufhält, ich wiederhole nur, daß ich Nihilisten niemals beherbergt habe. — Berth. R.-A. Fuchs: Giebt der Zeuge zu, daß er aus politischen Gründen dem Angeklagten feindlich gesinnt ist? — Zeuge: Ich bin wohl ein politischer Gegner des Angeklagten, dies hat mich jedoch in meiner Aussage nicht im geringsten beeinflußt. — Vertheidiger: Vor einiger Zeit schrieb die sozialdemokratische „Königsberger Volks-Tribüne“: Diesmal ist Herr von Reibnitz mit Hilfe der Sozialdemokraten in den Reichstag eingezogen. Wenn aber die Freisinnigen Tilsits nicht das nöthige Rückgrat dem Witschel-Regiment gegenüber zeigen, dann werden bei der nächsten Stichwahl in Tilsit die Sozialdemokraten mit der Hand in den Taschen dastehen.“ — Präs.: Herr Vertheidiger, das hat aber mit der gegenwärtigen Sache nichts zu thun. — Berth.: Es beweist, daß die Freisinnigen von den Sozialdemokraten gedrängt wurden, gegen Witschel Front zu machen. — Der Zeuge v. Mauderode bemerkt noch auf Befragen, daß allerdings in der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“, die ein freisinniges Blatt sei, mehrere Artikel gegen Witschel gestanden haben, da die Freisinnigen die Handhabung der Polizeigewalt durch Witschel bekämpften. — Die folgenden Zeugen: Komptoiristin Betty Foth, ehemaliger Theater-Direktor Huvart, Maschinenmeister Metz und Buchhalter Wanzer bekunden mit vollster Bestimmtheit übereinstimmend: Witschel habe gesagt, wenn seine Anzeige nicht aufgenommen werde, dann werde er um 5 Uhr nachmittags die Zeitung konfisziren lassen. Witschel bemerkt: Der Zeuge Metz ist Sozialdemokrat und deshalb ihm feindlich gesinnt. Metz erwidert, daß er sich streng an die Wahrheit gehalten habe und auch dem Witschel nicht feindlich gesinnt sei. Geschäftsführer Schwiderski bekundet: Er habe der Unterredung nicht volle Aufmerksamkeit zugewendet und nur gehört, daß Witschel gesagt: er werde die Zeitung konfisziren lassen. — Es tritt alsdann gegen 2¼ Uhr bis 4 Uhr nachmittags eine Pause ein.

Versammlungen.

Eine öffentliche Volksversammlung, einberufen von den Frauen, tagte am 30. September im Norden Berlins, Belfortstraße 15. Die Betheiligung an derselben war nur mäßig. In einem mit regem Interesse aufgenommenen Vortrag sprach Genosse Heinrich Schulz über das Thema: Wider unsere Prügelpädagogen. Diskutirt wurde über den Vortrag nicht. Zum Schluß forderte man zu recht reger Betheiligung an dem von den Genossinnen zum 17. Oktober in dem Feen-Palast arrangirten Fest auf.

Die Maurer hielten am Donnerstag eine öffentliche Versammlung ab. Aus dem Referat Silberschmidt's, der zunächst auf den Ausgang und Erfolg der Lohnbewegung einen Rückblick warf, ging hervor, daß die Unternehmer fortgesetzt bemüht sind, die von den Maurern errungene Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde wieder rückgängig zu machen. Während im Laufe des Sommers die neunstündige Arbeitszeit im allgemeinen nicht durchbrochen wurde, versuchen in letzter Zeit verschiedene Unternehmer, die zehnstündige Arbeitszeit auf Umwegen wieder einzuführen, indem sie jetzt, wo die Dunkelheit früher eintritt, die Maurer überreden, des Morgens um ½7 Uhr anzufangen, um dadurch die am Abend verloren gehende Zeit einzuholen. Hätte man die Maurer erst daran gewöhnt, vor 7 Uhr früh anzufangen, dann würde es dahin kommen, daß im nächsten Jahre die Arbeit wieder um 6 Uhr angefangen werden müsse und auf diese Weise der Zehnstundentag wieder eingeführt würde. Auf einigen Bauten, wo bisher neun Stunden gearbeitet wurden, ist bereits die zehnstündige Arbeitszeit kürzlich eingeführt worden. Es sei nun Sache der Berliner Maurer, strikte an den gefaßten Beschlüssen festzuhalten und nicht vor 7 Uhr morgens die Arbeit zu beginnen, damit nicht die im harten Kampfe errungenen Forderungen wieder illusorisch gemacht werden. Nachdem der Redner noch weitere Mißstände auf verschiedenen Bauten besprochen hatte, empfahl er namens der Kommission folgende Resolution: Die Versammlung nimmt Kenntniß von dem Versuch der Unternehmer, im Prinzip die Verkürzung der Arbeitszeit zu durchbrechen und protestirt mit aller Entschiedenheit gegen denselben. Die Kollegen verpflichten sich, einem jeden Versuch entgegenzutreten, der auf Verlängerung der Arbeitszeit oder auf Herabsetzung des Lohnes unter den Minimallohn gerichtet ist. Jeder Versuch dieser Art ist sofort der Kommission zu melden und hat dieselbe die Pflicht, den betreffenden Kollegen mit Rath und That zur Seite zu stehen. In der Diskussion sprachen verschiedene Redner im Sinne der Resolution, unter anderem bemerkte Fritsche, daß ihm bei Gelegenheit der Bautenkontrolle von manchen Polizen gesagt worden sei, die Maurer würden die neunstündige Arbeitszeit nur dann halten können, wenn sie den Arbeitsleuten behilflich wären, ebenfalls den Neunstundentag zu erreichen. Der Redner hält diesen Einwand für wichtig genug, um denselben in einer anderen Versammlung zu besprechen. Silberschmidt hält es für selbstverständlich, daß man den Bauarbeitern helfen werde, wenn sie in eine Bewegung eintreten. Beim jetzigen Streik hätten eben die Maurer ihre ganze Kraft für die eigene Bewegung einsetzen müssen. Was die Polire anbetrifft, so hätten diese für sich längst günstigere Bedingungen erzielen können, wenn sie nicht zu feige wären. Demgegenüber bemerkt Fritsche, er wolle nicht mißverstanden werden. Nicht für die Polire, sondern nur für die Arbeiter wolle er eintreten, da die Lage der letzteren in der That verbesserungsbedürftig sei. Die Resolution wurde einstimmig angenommen mit dem Zusatz, daß diejenigen Kollegen, welche um ½7 Uhr anfangen, dahin zu wirken haben, daß die Arbeitszeit vom nächsten Montag an wieder um 7 Uhr zu beginnen hat. Ferner wurde beschlossen, ein Flugblatt, welches für diese Versammlung verbreitet worden ist, in größerer Auflage zu drucken und zu vertheilen, und in nächster Woche vier Versammlungen abzuhalten.

Die Kommission beantragt, den am 7. August gefaßten Beschluß aufzuheben. Derselbe besagt, die zugereisten Kollegen sollen keine Arbeitsberechtigungskarte, sondern Unterstützung zur Abreise erhalten. Die Ausführung dieses Beschlusses habe — wie Silberschmidt bemerkt — nicht die Wirkung gehabt, die man seinerzeit erwartet habe, weshalb sich die Aufhebung desselben empfehle. Hierüber entstand eine längere Debatte, in der Beiersdorf und Knöppchen gegen, Fritsche und Richter für den Kommissionsantrag sprachen, welcher schließlich angenommen wurde. Ein Antrag Garbe's, der Gewerkschaftkommission 100 M. für die ausgesperrten Gasanstaltsarbeiter zu überweisen, wurde nach lebhafter Debatte mit schwacher Mehrheit abgelehnt, einem verunglückten Kollegen dagegen 30 M. bewilligt.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Schuhmacher tagte am Donnerstag im Lokal Königsbank, Frankfurterstraße. Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen Kohle über die Nothwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation, wurde über den Streik der Ballschuharbeiter und den Streik bei Rosenthal und Groß berichtet. Den Ausführungen von Willner war zu entnehmen, daß der Streik bedeutend günstiger als je für die Arbeiter steht. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine sehr gute, Streikbrecher haben sich trotz aller Anstrengungen der Fabrikanten nur sehr wenige gefunden und die Arbeit drängt. Der Fabrikant Fürstenheim wünscht mit der Kommission zu sprechen, nachdem er eingesehen hatte, daß die Arbeiter seiner Fabrik durchaus nicht wankelmüthig wurden, als er sie veranlaßte, die Papiere und Werkzeug abzuholen und sein Versuch, die dringlichen Arbeiten in anderen Fabriken anfertigen zu lassen, an dem Widerstand und der Solidarität der Arbeiter gescheitert ist. Aehnlich liegen die Verhältnisse in den verschiedenen Fabriken, die besonders in betracht kommen. Bei der Firma Silberberg wurden gleichfalls Lohnerhöhungen zugesichert, allerdings so geringe, daß der Preis, der in anderen Fabriken bezahlt wird, noch nicht einmal erreicht ist und an die Wiederaufnahme der Arbeit unter diesen Bedingungen nicht zu denken ist. Mit lebhaftem Beifall wurde der Bericht über den Streik bei der Firma Rosenthal u. Groß, an dem 45 Personen betheiligt sind, entgegen genommen. Die Firma Rosenthal u. Groß, die Herrn Fürstenheim in seiner Bedrängniß beistehen wollte, muthete ihren Arbeitern zu, Arbeit für Fürstenheim fertig zu stellen. Da alle Vorstellungen der Arbeiter nichts fruchteten und die Verhandlungen seitens des Herrn Groß kurzerhand mit der Bemerkung dem Arbeiterausschuß gegenüber, daß er diese Angelegenheit dem Fabrikantenverein übergeben habe und in dieser Sache machtlos wäre, abgebrochen wurden, legten sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen einmüthig die Arbeit nieder. In der weiteren Diskussion, in der über die Verhältnisse in den einzelnen Fabriken berichtet wurde, machten verschiedene Redner darauf aufmerksam, daß die Fabrikanten alles mögliche versuchen, auf irgend eine Weise die Arbeit fertig zu bekommen und forderten auf, eine scharfe Kontrolle zu üben, um dies zu vermeiden. Von mehreren Rednern wurde wiederholt auf die Schäden der Hausindustrie hingewiesen und gewünscht, daß unter keinen Umständen von der Forderung, Einrichtung von Betriebswerkstätten, abgelassen wird. Wie überhaupt die Wiedereinstellung sämmtlicher Arbeiter als selbstverständlich zu verlangen ist, so sei auch die Wiedereinstellung des entlassenen Vertrauensmannes und eines Theils des Arbeiterausschusses bei der Firma Silberberg, die bei Beginn der Bewegung zugegeben hat, daß die Lage der Arbeiter verbesserungsbedürftig sei, sich aber jetzt weigert, die berechtigten Forderungen zu bewilligen, unter allen Umständen zu fordern. Es gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in der die Versammlung ihre Ueberzeugung dahin ausspricht, daß der Stand des Streiks der Ballschuh-Arbeiter der denkbar beste ist und kein Grund vorhanden sei, an den gestellten Forderungen bedeutende Abänderungen vorzunehmen. Gleichzeitig begrüßt die Versammlung das Vorgehen der Arbeiter in der Fabrik von Rosenthal u. Groß mit Freuden und erklärt den Streik für vollständig berechtigt. Ein weiterer Antrag, wonach die Versammlung die Arbeiter aller Branchen in der Schuhindustrie verpflichtet, um den Ballschuharbeitern zum Siege zu verhelfen, 5 pCt. ihres Verdienstes an den Streikfonds abzuführen, fand gleichfalls Annahme. Unter Verschiedenem wurde der seiner Zeit gefaßte Beschluß über den Schuhmacher Guttmann, wegen seines unsolidarischen Verhaltens während des Streiks, nach kurzer Debatte aufgehoben.

Bildungsverein „Mehr Licht". Sonntag, den 4. Oktober, abends 7½ Uhr: Zwei Versammlungen, und zwar 1. im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c: Vortrag über „Volksbeglückung". Referent: Herr Dr. Pinn. 2. in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag über „Der deutsche Teufel". Referent: Herr Waldek Manasse. Darauf: Geselliges Beisammensein.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Stralsund-Franzburg-Rügen. Sonntag, den 4. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Linke, Jüdenstr. 36: Generalversammlung.

Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Filiale Berlin I. Mitglieder-Versammlung am Montag, den 5. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Wilke, Andreasstr. 26.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 4. Oktbr., vorm. 9½ Uhr, Rosenthalerstr. 38: Versammlung, „Freireligiöse Vorlesung". Um 10¾ Uhr vorm. ebendaselbst: Vortrag des Frl. Ida Altmann über „Das Weib".

Tischler-Verein. Heute Abend 9 Uhr, Melchiorstr. 16: Versammlung.

Porzellanarbeiter. Oeffentliche Versammlung am Sonntag, den 4. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27c. Vortrag der Genossin Frau Emma Ihrer. Diskussion über den Bericht vom Londoner Kongreß. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend Abend von 8—9½ Uhr: Südostschule, Waldemarstr. 14: Redeübung. (Die wichtigsten Gesetze für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrages.) Herr Heinrich Schulz. — Nordschule, Müllerstr. 179a: Geschlossen. Wiedereröffnung Anfang Oktober Brunnenstraße 25, 1. Hof links 1 Tr.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Pasewalkerstr. 3. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 48, v. 2 Tr.

Arbeiter-Radfahrerbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Karl Stiller, Kleine Frankfurterstraße Nr. 7, 1 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177 c.

Da sich im bisherigen Verlage des „Sozialist. Akademikers" dauernd Mißhelligkeiten redaktioneller und finanzieller Natur derart gezeigt haben, daß ein weiteres Zusammenwirken der streitenden Theile ausgeschlossen erscheinen mußte, so ist einer von den beiden Theilnehmern des Verlages auf Anrathen seines Rechtsbeistandes vom Verlage zurückgetreten. Da keine Aussicht vorhanden ist, daß der andere Inhaber des bisherigen Verlages (Firma: Hans Baake) das Blatt, selbst wenn er dessen bisherigen Titel sich aneignen sollte, auch im bisherigen Sinne und mit entsprechendem Inhalt fortführen wird, so wird vom Oktober d. J. ab eine zwar neue, aber dem „Sozialistischen Akademiker" nach Haltung und Inhalt entsprechende Monatsschrift (im Umfange von 4—5 Bogen) erscheinen unter dem Titel

Neuland.

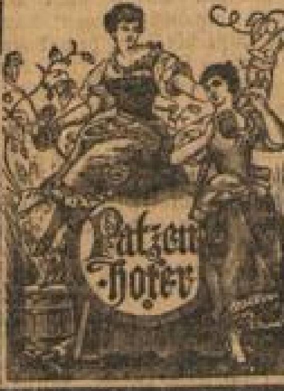
Für obige Zeitschrift haben neben einer größeren Anzahl der Mitarbeiter des bisherigen sozialistischen Akademikers noch mehrere bekannte in- und ausländische Autoren ihre Mitwirkung zugesagt. Ein ausführlicher Prospekt wird in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangen.

Die **erste Nummer** wird am **15. Oktober** erscheinen.

Verlag der Monatsschrift „Neuland".
Joh. Sassenbach,
Berlin 4, Invalidenstr. 145.

Parteigenossen!
Hüte nur mit **Kontrollmarke,** [58422*
Schirme, Stöcke, Kravatten.
Otto Gerholdt, Dresdenerstraße **2.** Ecke Skalitzerstr.

Für 10 Pfennig
1 Handtuch mit einem Stück guter, ungefüllter Nierenseife, liefert nach Fabriken und Kontoren 7572
L. Posener, Wäsche-Verleihgeschäft. Stallschreiberstr. 29, Tel. IV, 8399.



Wir erlauben uns, neben unseren bekannten dunklen und hellen Bieren unser **Patzenhofer Versandbier** (Münchener Farbe), **Patzenhofer „Ceres"** (ganz hell) in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Patzenhofer Brauerei,
NO., Landsberger Allee 24—27.
Fernsprecher Fassbier Amt VII. 5535.
„ Flaschenbier „ VII. 2200.

Rothenfelder Margarine-Fabrik
Rothenfelde bei Osnabrück
empfiehlt
ihre anerkannt vorzüglichen MARGARINE-FABRIKATE.
Zu haben in den meisten Kolonialwaaren-Handlungen.
Wo noch nicht vertreten, tüchtige, mit dem Artikel vertraute Agenten gesucht.

Dr. Pagel wohnt jetzt **Chausseestraße 85.**

Herren-Hüte 65 Pf.
Bessere Hüte, enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 32436
Barnimstr. 45.
Kastanien-Allee 101.

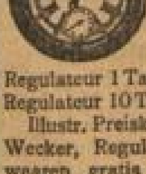
Bittegenau aufl. No. 35 z. acht

Jede Uhr repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 M. 50 Pf.** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pincenez.
Carl Lux, Uhrmacher,
35, Chaussee-Strasse 35.

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren
Reelle Waare.
Franz Tutzauer, Tischlermeister, Blücherstr. 14.
Ganze Wohnungs-Einrichtungen in Nussbaum u. Mahagoni zu soliden Preisen.

M. J. Hahlo,
Patentanwalt,
Berlin NW., Karlstrasse 8.
Patentnachsuchung und Verwerthung. [58242*
Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.
Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Meine Fabrikate sind weit bekannt als gut und billig!



Rem. Nickel M. 6.—
„ Silber 800/1000
Goldr. M. 10.—
Ancre Spir. Breguet 15 Stein. M. 16.—
mit 16 Stein., 1 Châton, System Glashütte M. 20.—
Wecker, leuchtend M. 2.70
Regulateur 1 Tag Geh- u. Schlagw. M. 8.50
Regulateur 10 Tg. Geh- u. Schlagw. M. 12.—
Illustr. Preiskourant über Uhren, Ketten, Wecker, Regulateure, Gold- und Silberwaaren gratis u. frko. Nicht Passend. wird umgetauscht oder der Betrag zurückerstattet.
Eug. Karecker, Uhren-Fabrik,
Lindau i. B., Nr. 47, früher Constanz.
2 Jahre Garantie!

Möbeltischlerei

u. **Lager compl. Wohnungseinrichtungen** von den **einfachsten** bis zu den **elegantesten** in **jeder Preislage** in solider Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt 59452*
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
Eigene Werkstatt im Hause.

Herren-Hüte enorm billig.
Nur neueste Façons in allen Farben, vollständig fehlerfrei,
giebt **einzeln** ab die Fabrik zu folgenden Preisen:
Steif 1,90—2,30—2,50—3,00 M.
Weich 1,00—4,00 M.
Haarhüte 4,80—6,00 M. 6008L*
Zylinder-Hüte 4—11 M.
im Komptoir **Grüner Weg 2, I,** a. d. Ifflandstraße.

Achtung! **Möbel!** Achtung!
Wegen Aufgabe unserer Möbeltischlereien und Tapezierwerkstatt sollen die Restbestände der Möbel- und Polsterwaaren, darunter ganze Einrichtungen, zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit lagern.
M. Wollner's Möbeltischlereien,
Berlin SO, Köpnickerstrasse 154, I. Hof, Fabrikgebände.
Geöffnet v. 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Total-Ausverkauf

zu außerordentlich billigen Preisen
wegen gänzlicher Auflösung meines Geschäfts.
Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Möbelstoffe (Reste), **Wäsche, Corsets, Trikotagen, Inlet, Hemdentuch, wollene Tücher, Herrenwesten, Pellerinen, Taschentücher, Handschuhe, Strümpfe** 2c. M*
Amandus Wronkow
Oranienstrasse 162 zwischen Moritz- und Oranienplatz.

Carolinenhof. **C. Mandt,** Restaurant.
Dampfschiffsstation. [58472*
Zwischen Grünau und Schmöckwitz schönster Punkt der Oberspree.
Stündliche Omnibus-Verbindung Bahnhof Grünau. Wald-Spielplätze.

Pichelswerder.
Empfehle den geehrten Herren und Damen meine Winter-Lokalitäten, gute Speisen und Getränke stets vorräthig. 6017L*
Es ladet ein **Der alte Freund.**

Möbel
unter Garantie guter Arbeit. Theilzahlung gestattet. 7275*
Frz. Müller, Alte Jakobstr. 65.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872
Skalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße am Kottbuser Thor. 50152*

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 5023L*
H. F. Dinslage,
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren, ganze Wirthschafts-Einrichtungen, auch auf Theilz. m. ger. An- u. Ratenzahl. b. L. Silberstein, Rosenthalerstr. 49, I.*

Adreßbuch

für Berlin und Vororte.

1897.

Hierdurch erlaube ich mir, die Bewohnerschaft der Reichshauptstadt darauf aufmerksam zu machen, daß die Hauslisten für den Jahrgang 1897 des Adreßbuchs für Berlin und Vororte nunmehr ausgetragen sind und bei den Herren Hauseigenthümern bezw. den Herren Verwaltern zur Ausfüllung bereit liegen. Die verehrlichen Haushaltungs-Vorstände bitte ich, die erforderlichen Angaben recht genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und deren schnelle Weitergabe zu veranlassen. Da die

Abholung der Hauslisten Montag den 5. October

beginnt, so richte ich an diejenigen Haushaltungs-Vorstände, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt worden sind, das Ersuchen, bei ihren Herren Hauseigenthümern bezw. Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für die schleunigste Eintragung der erforderlichen Angaben Sorge zu tragen, oder mir die letzteren unverzüglich direct zugehen zu lassen.

Im Hinblick auf das große Interesse, welches die Reichshauptstadt an einem möglichst vollkommenen und zuverlässigen Adreßbuche hat, gebe ich der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß die Bewohnerschaft Berlins die mühevolle und kostspielige Zusammenstellung des Materials für das so wichtige Nachschlagewerk durch recht genaue Ausfüllung der Hauslisten und deren schleunige Weitergabe unterstützen werde.

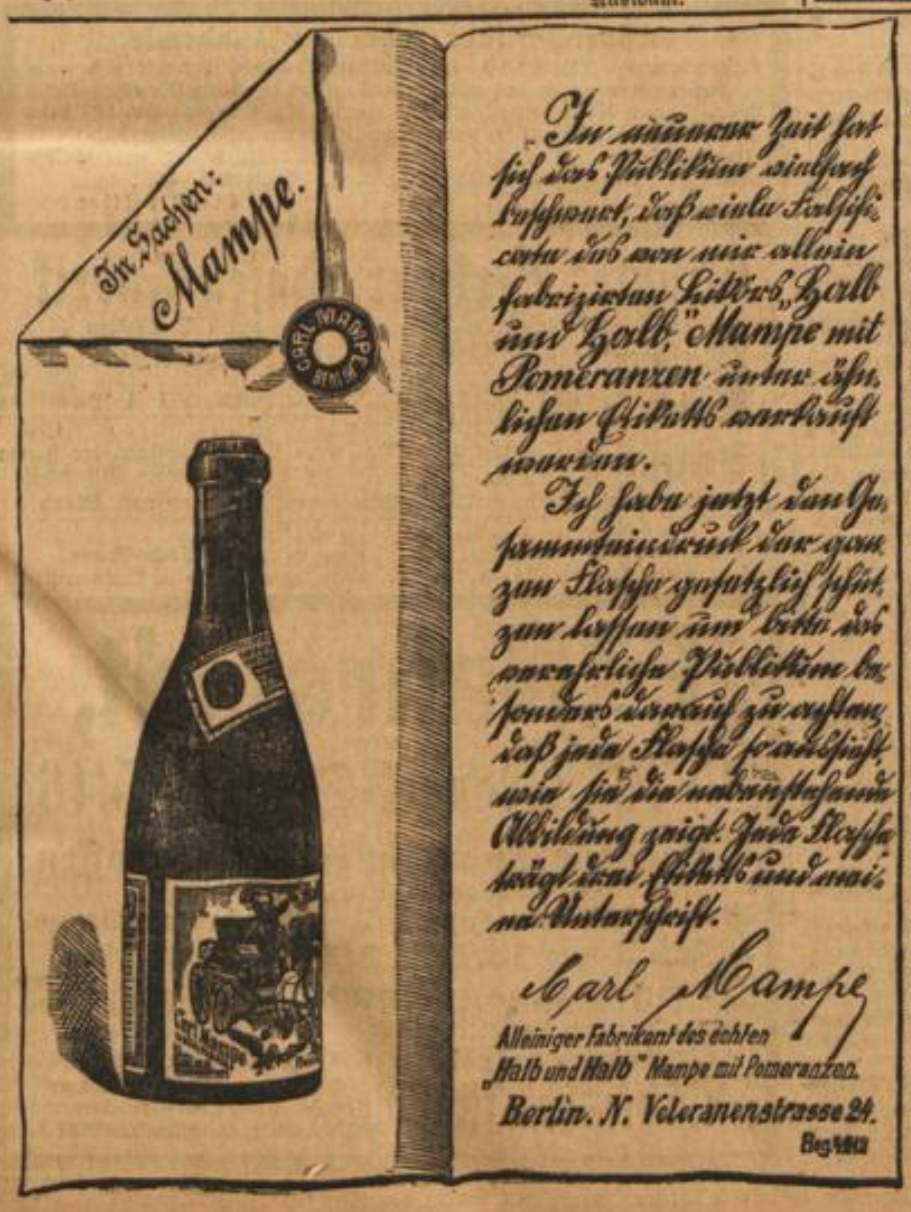
Berlin, den 3. October 1896.
SW., Zimmerstraße 40/41.

August Scherl.

Unsinn!!
ist es, viel Geld für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, z. B.:
Knabenfilzhüte von 1,— M. an
Herrenfilzhüte „ 1,50 „ „
Cylinderhüte „ 4,— „ „
Haarfilzhüte „ 4,80 „ „
Chapeau claques, Plüsch-Hüte, Loden- u. Jagdhüte enorm billig im Einzelverkauf
bei **Arnold & Eggert,**
Hut-Engroslager,
Waldemarstr. 44, parterre rechts im Komptoir. Kein Laden.
Nur moderne Waare in großer Auswahl.

Wichtig für Brautleute.
Außerordentlich bill. Gelegenheitskäufe.
Muschelbettstelle 28 M., Muschelkleiderspind 38 M., Muschelvertiko 38 M., Nachttische 9—14 M., Waschtische 17,50—27 M., Sophatische 17,50 M., Divans mit Auszug 48 M., Paneelsopha mit Säulen und Taschen 135 M.
Möbelspeicher,
Kantianplatz am Kupfergraben, früher Mehlhaus.

Achtung! **O. J. Engelke,** Neue Jakobstr. 26,
echter alten Nordhäuser Liter M. 1,—, ½ L. M. 0,50,
extra alte Waare „ „ 1,40, „ „ 0,70.
Kleinverkauf von 10 Pf. an.



Auszug
aus dem Gesetz zum Schutz d. Warenbezeichnung vom 12. Mai 1894.

§ 14.
Wer wissentlich oder aus grober Fahrlässigkeit Waren oder deren Verpackung oder Umhüllung, oder Ankündigungen, Preislisten, Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Rechnungen oder dergleichen mit dem Namen oder der Firma eines Anderen oder mit einem nach Massgabe dieses Gesetzes geschützten Waren-Zeichen widerrechtlich versieht oder dergleichen widerrechtlich gekennzeichnete Waren in Verkehr bringt oder feilhält, ist dem Verletzten zur Entschädigung verpflichtet.
Hat er die Handlung wissentlich begangen, so wird er ausserdem mit Geldstrafe von einhundertfünfzig bis fünftausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

§ 15.
Wer zum Zweck der Täuschung im Handel und Verkehr Waren oder deren Verpackung oder Umhüllung, oder Ankündigungen, Preislisten, Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Rechnungen oder dergleichen mit einer Ausstattung, welche innerhalb betheiligter Verkehrskreise als Kennzeichen gleichartiger Waren eines Anderen gilt, ohne dessen Genehmigung versieht, oder wer zu dem gleichen Zwecke derartig gekennzeichnete Waren in Verkehr bringt oder feilhält, ist dem Verletzten zur Entschädigung verpflichtet und wird mit Geldstrafe von einhundert bis dreitausend Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt
liefert
Schuhwaaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der **ausgesperrten Schuhmacher** in **Erfurt** werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98|99
und
Rosenthalerstr. 63|64
verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:
München, Sendlingerstraße 10.
„ Dachauerstraße 83.
„ Landsbergerstraße 7.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.
Düsseldorf, Bismarckstraße 91.
Köln a. Rh., Eigelstein 68.
Bremen, Faulenstraße 75.
Hannover, Klagesmarkt 7a.
Hamburg, Werftstraße 8a.
Leipzig, Zeitzerstraße 37.
Braunschweig, Höhe 4.

Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — **Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.**
Damenstiefel von **M. 3,50, Herrenstiefel** von **M. 5,75,**
In der Bellealliance-Straße bitte genau auf Nummer 98 zu achten. 5846L.*
Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Achtung! Zimmerer.

Sonntag, 4. Oktober, vorm. 10 Uhr, in **Keller's Festsälen,** Koppenstr. 29:

Große öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 256/5

1. Bericht der Lohnkommission. 2. Abrechnung vom Agitations- und Unterstützungsfonds pro April bis September 1896. 3. Neuwahl der Lohnkommission und der Revisoren. 4. Unsere Taktik in Zukunft. 5. Verschiedenes.

Die gedruckten Abrechnungen werden täglich in unserem Bureau, Grenadierstr. 33, Telephon Amt III Nr. 2153, wie auch in der Versammlung ausgegeben.

Die Lohnkommission.

Verband der Möbelpolirer.

Nächsten Montag Abend 8½ Uhr in **Rixdorf,** Kuesebeckstraße 49:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Massatsch** über: „Bourgeoisie und Proletariat." 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheit und Verschiedenes.

Um eine genaue Werkstellenliste zu erhalten, werden die Kollegen ersucht, sämmtliche ihnen bekannten Werkstellen, mit Namen, Straße und Nummer aufzuschreiben und heute Abend in den Zahlstellen oder in der Generalversammlung am Sonnabend, den 10. Oktober, bei Keller, Koppenstraße 29, abzugeben; daselbst sind auch Billets (Damen 30 Pf., Herren 50 Pf. inkl. Tanz) zu unserm 11. Stiftungsfest, welches am 17. Oktober in **Keller's Festsälen** stattfindet, zu haben. 145/4

Kollegen, mehrere Adressen konnten vom Arbeitsnachweis nicht erledigt werden, bitte dieses zu beachten.

Der Vorstand.

Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umgeg.

Sonntag, den 4. Oktober, vormittags präzise 10 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke:

Beschließende Versammlung.

Tages-Ordnung: 110/8

1. Was lehren uns die diesjährigen Lohnbewegungen und welche Taktik gedenken wir in Zukunft einzuschlagen?
2. Wie stellen sich die Mitglieder zur Erhöhung der Beiträge?

Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt!

Die Vertrauensleute ersuchen wir, alle Karten, welche sich in ihren Händen befinden, den Mitgliedern rechtzeitig auszuhändigen. **Berufungen auf bekannte Personen werden unter keinen Umständen berücksichtigt.**

110/8 **Der Vorstand.**

Achtung! Bilderrahmenmacher! Achtung!

Sonntag, den 4. d. M., vormittags 9½ Uhr, im Lokale Armin-Hallen, Kommandantenstraße Nr. 20:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Bericht über unsere Lohnbewegung.

Es ist Ehrenpflicht eines jeden, in dieser Versammlung zu erscheinen.

44/1 **Die Streikkommission.**

Verein der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen. und Umgegend.

Sonntag, 4. Oktober, nachm. 5 Uhr, in der Oranienstr. 51:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vierteljährlicher Kassenbericht. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.

138/1 **Der Vorstand.**

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- u. Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigt. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 5. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße Nr. 75:

Mitgliedschafts-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Besprechung über die Errichtung eines ständigen Bureaus. 2. Mitgliedschaftsangelegenheiten. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch [23/1] **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Sonntag, 4. Oktober, nachm. 6 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 21:

Große öffentliche Versammlung

aller im **Handels- u. Transportgewerbe** beschäft. Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Warum ist der Boykott über die Packetfahrt-Aktiengesellschaft aufgehoben worden? 2. Unsere fernere Stellungnahme zur Gewerkschaftskommission. 3. Die vom Kongreß beschlossene Enquete im Speditionsgewerbe.

Ausgabe von Fragebogen. 75/1

In anbetracht dieser hochwichtigen Tagesordnung ersuche ich alle Kollegen, am Platze zu sein. **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Tegel! Achtung!

Metallarbeiter aller Branchen!

Sonntag, den 4. Oktober, nachm. 2 Uhr, im Lokale des Herrn **Rübsam Nachflg,** Schloßstr. 7/8:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Fortsetzung der Diskussion über die Arbeitsverhältnisse in der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Germania in Tegel.

Einleitung der Diskussion durch Kollegen **Hermann Faber**-Berlin.

NB. Die Mitglieder des Gewerkvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. 113/16

Die Agitations-Kommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Parteigenosse, 24 Jahre alt, welcher bereits bei Parteizeitung als Redakteur thätig war, sucht Stelle in Redaktion oder auch Expedition einer Parteizeitung. [63L*

Nähere Auskunft ertheilt **Wilh. Pfannkuch, Hamburg-Eimsbüttel** u. **E. Krumm** in **Giessen.**

Genossenschafts-Buchdruckerei Solingen.

Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, im Lokale **Carl Ern** am Wehrwolf:

Ausserordentliche

General-Versammlung.

Tagesordnung:

Die zwischen der Geschäftsleitung und dem früheren Setzerpersonal ausgebrochenen Differenzen.

7346 **Der Aufsichtsrath.**

Fruchtweine

Johannisbeerwein, weiß und roth. **Stachelbeerwein, Heidelbeerwein** à Fl. (¾ Ltr.) 75 Pf., à Liter 1 Mark extl.

pro Glas. DEUTSCHES REICH 1896 10 PFENNIG 1/10 Liter.

Kosthalle der Berliner Groß-Destillateure Berliner Gewerbe-Ausstellung Elektr. Eisenbahn-Haltestelle. Marienschauspiele.

Eugen Neumann & Co.

Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliancepl. 6a, N. Friedrichstr. 81, Oranienstraße 8, Gembinerstr. 29. **Potsdam:** Bäckerstr. 7 **Charlottenburg:** Kaiser Friedrichstr. 48.

Harmonika, Violinen, Zithern in nur besten Qualitäten kaufen Sie **sehr** vortheilh. v. **Paulus & Kruse** Marknoukirchen 189. Kat. gratis.

Achtung!

Allen Freunden und Bekannten halte mein in **Moabit, Waldstr. 2,** nahe der Thurmstraße,

neu eingerichtetes Restaurant

zum Besuch empfohlen.

Kalte u. warme Speisen zu jeder Tageszeit. Achtungsvoll

Naetebus,

früher Putlitzstraße 7, Restaurant.

Paster's

Gesellschafts-Säle

Neue Königstrasse 7.

Säle von 100—400 Personen mit Garten für Festlichkeiten und Versammlungen. 5013L*

Cösliner Hof, Cöslinerstr. 8. Eröffnung: Sonntag, 11. Oct. Jed. Sonnt. u. Mittw.: Gr. Theater- u. Spezialität.-Vorst. Sonnt. Anf. 5, Mittw. 8 Uhr. Saal (1000 Pers.) zu Versamml. u. Festlichkeiten u. 2 heizbare Kegelbahnen zu vergeben.

Empfehle mein Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal m. Vorgarten, zwei Vereinszimmer mit Piano. **Johann Meßmann,** Danzigerstr. 78.

„Zum eichenen Stab"

Karl Schöning 6002Q

Köpenickerstr. 68, Hof part. empfiehlt Saal, zwei Vereinszimmer. Kegelbahn noch mehrere Tage frei.

Mart. Berndt's Würstelstube

empfiehlt nach wie vor allen Freunden und Bekannten ihren vorzüglichen **Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch.** Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab. **ff. Eisbeine.** Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet **Martin Berndt,** Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke.

A. Flick's Restaurant, Simeonstraße 23, gr. sep. Vereinszimmer frei.

Freunden und Gönnern halte mein in **Pankow, Wollankstr. 165** (neben dem **Elisabeth-Kirchhof**) neu eingerichtetes **Restaurant** zum Besuch empfohlen. Achtungsvoll

716b **Malchin,**

früher Reinickendorf, Residenzstr. 101.

Pferdebucht, Köpenick,

schönster Laubwald und größte Spielplätze der Umgegend, Kaffeeküche, Kegelbahn, Schießstand, Würfelbude.

58432* **W. Magdeburg.**

Johannisthal, Ladner's Kurhaus, Kaiser Wilhelmstraße 6.

Empf. meinen gr. schatt. Garten, Saal, Vereinsz., Kegelbahn, Billard, Sommerwohnung u. Ausspannung. [58442*

Haferland's Restaurant,

Ober-Schönweide. [5841L*

Empf. seinen Garten, Saal, Kegelbahn, Kaffeeküche. Solide Preise.

Achtung! Schlosser!

In nachstehenden Werkstellen befinden sich die Kollegen noch im Ausstande: **Bothmann,** Neue Jakobstr. 5; **della Vari,** Kastanien-Allee 10; **Rössemann,** Kastanien-Allee; **Wilh. Donner, Rixdorf,** Mariendorfer-Weg 66; **Jean Violet,** Kronenstr. 8; **Pinnow,** Pallisadenstr. 34. 116/5

Zuzug ist fernzuhalten.

Der Vertrauensmann der Berliner Schlosser.

Achtung, Schuhmacher! Rixdorf!

Montag, den 5. Oktober, abends 8½ Uhr, in den **Viktoriasälen,** Herrmannstraße 48/49:

Grosse öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 171/3

1. Bericht vom Kongreß in Kassel. Referent: Kollege **König.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. **Die Agitationskommission.**

Belle-Alliance-Theater.

Volksvorstellung unter Regie von Julius Türk.

Sonntag, den 4. Oktober 1896, nachmittags 2½ Uhr:

Einmalige Vorstellung: 228/2

Kabale und Liebe.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von Fr. Schiller.

Eintrittskarten à 60 Pf. sind in folgenden Zahlstellen zu haben: N.: **Beyer,** Veteranenstraße 13; **Mehnert,** Diedenhofenerstraße 3; **Winkelmann,** Ackerstr. 153; **Diecke,** Lothringerstr. 67; **Hinze,** Pankstr. 14a; **Vogel,** Demminerstraße 62. NO.: **Niemeyer,** Weberstr. 19; **Reul,** Baraimstr. 42. O.: **Wilke,** Andreasstr. 26; **Kothe,** Koppenstr. 90; **Böhl,** Frankfurter Allee 74; **Hoffmann,** Blumenstr. 14. SO.: **Nicolas,** Skalitzerstr. 107; **Böhlert,** Mariannenstraße 5; **Tolksdorf,** Sorauerstr. 17, Ecke Görlitzerstraße; **Moritz,** Manteuffelstraße 68; **Scholz,** Wrangelstr. 32. S.: **Gädicke,** Gräfestr. 93; **Schulz,** Admiralstr. 40a; **Börner,** Ritterstr. 15; **Baake,** City-Passage, Dresdenerstr. 52/53. SW.: **Ochs,** Lindenstr. 59; **Windthorst,** Junkerstr. 1; **Böttger,** Zossenerstr. 21. W.: **Paller,** Pallasstraße 16; **Behrend,** Blumenthalstraße 5. NW. (Moabit): **Reddemann,** Pritzwalkerstr. 3. C.: **Löwenberg,** Neue Schönhauserstr. 18; **Horsch,** Gipsstraße 27; **Scheithauer,** Rosenthalerstr. 64. 228/2

Sonnabend, 3. Oktober 1896, in **L. Keller's Festsälen,** Koppenstr. 29:

Stiftungsfest

des

Fachvereins d. Musikinstrumenten-Arbeiter.

Großes Konzert

ausgeführt von 20 Zivil-Berufsmusikern unter Leitung ihres Dirigenten Herrn **G. Grass.**

Festrede von Herrn **Dr. Paul Bernstein.**

Theater-Aufführung 141/1

ausgeführt von „Mitgliedern des Bundes der geselligen Arbeitervereine".

Der Zigeuner. Charakterbild mit Gesang in 1 Akt von **A. Berlau.**

Auftreten des Konzert- und Schnellmalers Herrn **William Fox.**

Komische Vorträge. Hierauf: **Ball.**

Entree: Damen 25 Pf., Herren 50 Pf. Anfang 8½ Uhr.

Billets sind bei den Vorstandsmitgliedern und im Vereinslokal, Restaurant Böcker, Naunynstr. 78, zu haben.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Redakteur.

Gesucht wird für ein täglich erscheinendes Partei-Organ ein **zweiter Redakteur.** Meldungen sind bis **spätestens 6. Oktober** unter Angabe von Referenzen abzugeben unter **M. n. 53093** bei **Rud. Mosse, Berlin.**

Jede Dame spart Geld

beim Einkauf von Damenmänteln! P*

Winterjaketts 5—15,00, hochelegante Modelle in **Kragen, Capes,** Applicationen und Stickereien auf **Seiden-Plüsch, Federkrimmer, Seal, Eskimo, Astrachan** 10—45,00. **Abendmäntel,** auf Seide wattirt, mit echten **Pelzbesätzen** 8—30,00. **Stoff-Abendmäntel** 8—15,00. Den **Rest Regenmäntel** und **Golf-Capes** 4—10,00. Steter Eingang von **Gelegenheitskäufen.**

Landsberger-Strasse 59, 1 Tr. (kein Laden).

Große Berliner Schneider-Akademie,

System Kuhn, **seit 1880 im Rothen Schloß,** befindet sich **vom 1. September an** in den mit allem Comfort der Neuzeit ausgestatteten Prachträumen des Hohenzollernhauses **Berlin W., Leipzigerstr. 117/118.** Gründliche Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei. Neue Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis.

62L* Die Direktion.

Größte Berliner Hosen-Fabrik

offerirt staunenswerth billig ihre anerkannt guten Qualitäten:

1) **Lederhosen:** Qualität 2 — 2,00; extraschwer — 3,15; Hauptqualität — ferner 3,90—6,00 M.

2) **Monteur- u. Maschinistenhosen:** echtbl. Haustuch II — 1,25; I — 1,50; Halbleinen — 1,75

3) **Stoffhosen:** Qualität 2 — 2,80; Qual. Vorwärts — 3,50; Hauptspec. der Firma schwere Winterhose

Kammgarnhose Nansen — 5,00; Reinwollene Hosen, fertig und nach Maaß — 7½ M.

Keine Fabrikniederlage, Verkauf **nur eigener Fabrikate.**

Verkauf **nur Germanstr. 2, 1 Tr.,** Ecke Rosenthaler- u. Weinmeisterstr.

F. Nahrstedt,

45/46 Wrangel-Straße 45/46

Gediegene Auswahl in Kleiderstoffen.

Besonders beachtenswerth für den Herbst sind:

Wollene Kleider-Lamas. — Mühlhauser Warps.

Zum Umzug: **Gardinen, Bett- und Tischdecken.**

Ganze Ausstattungen in Wäsche.

Fertige Betten sowie Bettfedern in allen Preislagen.

Wollene Westen und Trikotagen.

Arbeitsanzüge für Mechaniker, Maler sowie für jedes Gewerk, auch nach Maaß.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.